



1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

dezember



Allgemeine Wirtschaftspolitik

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht 12-2006

Redaktion:

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
Redaktion.Monatsbericht@bmwi.bund.de

Design und Umsetzung Inhalt:

DesignLevel2, Neuss

Druck:

Harzdruckerei, Wernigerode

Herausgeber:

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
Referat P3 – Öffentlichkeitsarbeit –
10115 Berlin
www.bmwi.de

Bestellservice:

Buero-p3@bmwi.bund.de

Der Umwelt zuliebe gedruckt
auf 100% Recyclingpapier.



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Technologie

Allgemeine Wirtschaftspolitik

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht 12-2006

Vorwort



Liebe Leserinnen und Leser,

mit den „Schlaglichtern der Wirtschaftspolitik“ für den Monat Dezember halten Sie die Erstausgabe einer neuen Veröffentlichungsreihe des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie in den Händen. Sie wird monatlich erscheinen und zum einen den bisherigen konjunkturellen Monatsbericht zur wirtschaftlichen Lage Deutschlands integrieren. Zum anderen aber – und dies ist mir besonders wichtig – werden wir in jeder Ausgabe aktuelle Themen aus wirtschaftspolitischer Sicht beleuchten, Hintergründe erläutern und politische Orientierung aufzeigen. Damit wollen wir versuchen, für Sie als Leserinnen und Leser Wirtschaftspolitik als breit angelegte Querschnittsaufgabe der Bundesregierung klarer und verständlicher zu machen. Dabei soll noch deutlicher werden, dass es nicht in erster Linie um Politik für die Wirtschaft, sondern um klare Vorteile für alle geht: Mittelstand, Verbraucher, Sparer, Rentner und vor allem für diejenigen, die Arbeit haben oder suchen.

Zum 1. Januar 2007 wird Deutschland die Präsidentschaft in der EU übernehmen. Für die Bundesregierung stehen dabei die Vollendung des europäischen Binnenmarktes, eine sichere und wirtschaftliche Energieversorgung, mehr Wettbewerb bei Telekommunikation und Post sowie eine Handels- und Industriepolitik, die Märkte öffnet und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft stärkt, ganz oben auf der Tagesordnung. Dabei wird der politische Rahmen im ersten Halbjahr 2007 in einigen europäischen Mitgliedstaaten besondere Anstrengungen bei der politischen Kompromissuche erfordern. Inhalte, Zielsetzungen und Ablauf der deutschen Präsidentschaft werden im ersten Beitrag eingehend erläutert.

China ist nicht nur Deutschlands größter Handelspartner in Asien, sondern – vielleicht noch wichtiger – globaler Partner und Wettbewerber der deutschen Wirtschaft auf den Weltmärkten. Wie die weitere Integration Chinas in die globale Wirtschaft gelingen kann und wie sich die deutsche Wirtschaftspolitik dabei positioniert, wird in einem zweiten Beitrag zur „Außenwirtschaftsstrategie China“ aufgezeigt.

Ende der 90er Jahre wurde Deutschland zu einem der Schrittmacher für die Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte in Europa. Nach bemerkenswerten Anfangserfolgen mit kräftig sinkenden Energiepreisen und neuen Energieanbietern hat die Wettbewerbsdynamik inzwischen wieder spürbar nachgelassen. Insbesondere die derzeit hohen Strom- und Gaspreise belasten die Verbraucher und gefährden die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Wie die Wirtschaftspolitik den Wettbewerb auf den Strom- und Gasmärkten sowohl in Deutschland als auch in Europa – im Interesse der privaten und industriellen Verbraucher – wieder voranbringen und sichern kann, ist Gegenstand unseres letzten Beitrags.

Bei der Lektüre wünsche ich Ihnen viel Spaß und vor allem neue Einsichten!



Michael Glos
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

Inhalt

I. Aktuelle Themen und Analysen

Ausblick auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007.....	7
Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte: Stand und Perspektiven.....	13
Außenwirtschaftsstrategie China: Wege zu einer engeren Partnerschaft	20

II. Wirtschaftliche Lage

Überblick	28
Internationale Wirtschaftsentwicklung	30
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.....	32

III. Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft	42
2. Produzierendes Gewerbe	50
3. Privater Konsum	58
4. Außenwirtschaft.....	60
5. Arbeitsmarkt.....	62
6. Preise	68
7. Monetäre Entwicklung	72

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse	74
---	----

I. Aktuelle Themen und Analysen

Ausblick auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007

Europa muss Wachstum und Beschäftigung auf Dauer sichern. Daher wird sich die deutsche Ratspräsidentschaft dafür einsetzen, noch bestehende Defizite beim Binnenmarkt – bspw. im Telekommunikationssektor und bei der Post – zu überwinden und die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der europäischen Unternehmen zu stärken. Ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung ist es außerdem, den europäischen Binnenmarkt für Strom und Gas besser zum Laufen zu bringen. Im Rahmen der Energieaußenbeziehungen kommt den Energiedialogen insbesondere mit Russland und den USA besondere Bedeutung zu. Für die EU ist zudem ein erfolgreicher Abschluss der Doha-Runde besonders wichtig. Die deutsche Ratspräsidentschaft wird hierfür alle Möglichkeiten ausschöpfen, wobei jedoch der verstärkte Einsatz bilateraler Handelsabkommen auf der Tagesordnung bleibt.

Brüsseler Bühne: Rahmen und Akteure

Die Bundesregierung bereitet derzeit für das erste Halbjahr 2007 ihre zwölfte EU-Präsidentschaft vor. Eine EU-Präsidentschaft – genauer gesagt: die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union – hat ihre Rituale und Traditionen. Ihre formale Grundlage ist die Geschäftsordnung des Rates. In den frühen Tagen der Gemeinschaft aus sechs Mitgliedstaaten war sie ein relativ kurzfristig wiederkehrendes Ereignis im Kreise von Akteuren, die sich oftmals untereinander kannten. Heute muss sie bei aktuell 25, bald 27, Mitgliedstaaten grundsätzlich neu erarbeitet werden. Ein wichtiges Element hierzu ist der Erfahrungsaustausch mit vorangehenden Präsidentschaften, der Kommission sowie dem Sekretariat des Rates und – von zunehmender Bedeutung – mit dem Europäischen Parlament. Eine Präsidentschaft erfordert inzwischen etwa zwei Jahre organisatorischen und ein Jahr inhaltlichen Vorlauf.

Die Präsidentschaft vertritt die Institution „Rat der Europäischen Union“ gegenüber den anderen Institutionen – vor allem der Kommission und dem Europäischen Parlament – und der Öffentlichkeit. Sie bestimmt im wesentlichen die Tagesordnung der Ratsarbeit von der Arbeitsgruppe auf Beamtenebene bis zum Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs. In diesem Kontext kann sie – am besten im Zusammenspiel mit der Kom-

mission – auf politischer Ebene Impulse geben. Größte Herausforderung bildet das Erarbeiten von Kompromissen für Entscheidungen des Rates – von der Schlussfolgerung bis zur Verabschiedung eines Rechtssetzungsaktes. Dabei hat sie Neutralität und Unparteilichkeit zu wahren. Dies kann besonders delikat im Hinblick auf die eigenen Interessen des Vorsitzlandes sein. Nicht umsonst gibt es das Wort vom „Präsidentschaftsopfer“. Die Geschäftsordnung des Rates sieht vor, dass drei aufeinander folgende Präsidentschaften ein gemeinsames 18-Monatsprogramm erarbeiten. Diese Bestimmung ist aus dem Verfassungsvertrag übertragen worden (laut Verfassungsvertrag sollen drei aufeinander folgende Präsidentschaften als Team agieren. Ein solches Programm wurde erstmalig im Dezember von Deutschland, Portugal und Slowenien dem Rat vorgelegt. Das deutsche Programm wird dieses Rahmenprogramm im Detail für die deutsche Ratspräsidentschaft konkretisieren.

Wie kaum ein zweites Ressort ist das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMW) in europäische Angelegenheiten involviert. Mit Organisationserlass der Kanzlerin von November 2005 wurde das BMW durch Rückübertragung der entsprechenden Kompetenzen vom Bundesministerium der Finanzen wieder neben dem Auswärtigen Amt zum Europaressort. Dies drückt sich im Kern durch das Recht der Weisungsgebung gegenüber der deutschen Ständigen Vertretung bei der EU in Brüssel und durch den Kovorsitz bei Gremien zur Koordinierung der Europapolitik der Bundesregierung aus. Das BMW hat darüber hinaus mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundeskanzleramt gemeinsam eine herausgehobene Rolle bei der Vorbereitung und Steuerung der Präsidentschaft.

Welche Spielräume und Gestaltungsmöglichkeiten bieten sich in der Präsidentschaft für die Bundesregierung bzw. das BMW? Für die aktive Arbeit im Rat stehen dem Vorsitzland sechs Monate zur Verfügung. Angesichts der Langläufigkeit Brüsseler Vorhaben ist dies ein außerordentlich kurzer Zeitraum. Vor allem wenn europäische Rechtsetzung erfolgt, d.h. die so genannten vergemeinschafteten Politikbereiche betroffen sind, werden die eigenen Aktionsmöglichkeiten durch zwei Aspekte eingegrenzt.

- (1) Welche Dossiers müssen von der vorangehenden Präsidentschaft übernommen werden?

Auszug aus dem Veranstaltungsprogramm des BMWi für die Präsidentschaft

Veranstaltung	Termin/Dauer	Ort
Informeller Rat für Wettbewerbsfähigkeit	26. – 28.04.2007	Würzburg
Informelles Handelsministertreffen	11.02.2007	Brüssel
Informelles Treffen der EU-Telekommunikationsminister am Eröffnungstag der CeBIT	15.03.2007	Hannover CeBIT
High-Level Workshop Strom und Gas	29./30.03.2007	Berlin
Informelles Treffen der Gruppe Unternehmenspolitik (Industrie)	30.03.2007	Berlin
Auftaktveranstaltung Strukturfondsförderung 007-2013	noch festzulegen	noch festzulegen
Kombinierte EU-G8-Konferenz „Energieeffizienz“	noch festzulegen	BMW Berlin
Europäische Normungskonferenz	27.03.2007	Berlin
Europäische Tourismuskonferenz	15./16.05.2007	Berlin/Potsdam
Konferenz über die Europäische Charta für kleine Unternehmen	04./05.06.2007	Berlin
Europäische Schiffbaukonferenz	Erste Junihälfte 2007	Deutscher Werftstandort
Digitaler Rundfunk in Europa – Potenzial für Wirtschaft und Kultur: Bilanz und Ausblick	13.06.2007	Berlin
European Competition Day	26./27.03.2007	München
Europäische Handwerkskonferenz	16./17.04.2007	Stuttgart

(2) Legt die Kommission – aufgrund ihres Initiativrechtes ist dies Voraussetzung einer substantiellen Behandlung im Rat – rechtzeitig die notwendigen Vorschläge vor? Dies erfordert intensive Arbeit im Vorfeld der Ratspräsidentschaft insbesondere in Abstimmung mit der aktuellen Präsidentschaft, den Finnen, und natürlich auch mit der Kommission. Gerade die in die Zuständigkeit des BMWi fallenden Politikbereiche zählen zu dieser Kategorie (für die Innen- und Justizpolitik oder Außen- und Sicherheitspolitik trifft dies beispielsweise weniger zu).

Zu den Rahmenbedingungen der Ratsarbeit zählt die Kompromissfähigkeit der Mitgliedstaaten. Das Eingehen von Kompromissen löst regelmäßig Rechtfertigungsdruck auf nationaler Ebene aus, den am ehesten stabile Regierungen aushalten. Hier ist der politische Kontext der deutschen Präsidentschaft nicht einfach: Im Mai 2007 stehen Präsidentschaftswahlen in Frankreich an. In das erste Halbjahr 2007 fallen auch allgemeine Wahlen in Finnland, Irland, Belgien und Estland. Dazu kommt die

Frage, wie es in Großbritannien und den Niederlanden weitergehen wird. Die Regierungsbildung in Österreich ist auch noch nicht abgeschlossen, und wie stabil die Situation in einigen anderen Mitgliedstaaten bleibt, entzieht sich der Prognose. Diese unübersichtliche politische Situation dürfte in der Tendenz dazu führen, dass eine Reihe Mitgliedstaaten eher zurückhaltend im Rat agieren werden.

Die wirtschaftspolitischen Schwerpunkte des BMWi

Nicht nur aus Sicht des BMWi wird Europa auch 2007 vor der zentralen Herausforderung stehen, die wirtschaftliche Dynamik zu stärken und die internationale Wettbewerbsfähigkeit Europas zu sichern. Die Sondersitzung des Kabinetts am 05. November 2006 hat noch einmal unterstrichen, dass Europa sein Gewicht nur zur Geltung bringen kann, wenn es wirtschaftlich stark und dynamisch ist. Deutschland wird für eine wettbewerbsfähige

Wirtschaftsordnung eintreten, die allerdings auch ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung gerecht wird. Die wirtschaftspolitischen Themen – Binnenmarkt, Energie, Telekommunikation, Handel und Industriepolitik, um nur die wichtigsten zu nennen – stehen demnach für die gesamte Bundesregierung im ersten Halbjahr 2007 ganz oben auf der Agenda.

Es geht nicht zuletzt im deutschen wirtschaftspolitischen Interesse darum, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sie Wachstum und Beschäftigung in Deutschland und Europa fördern. Hier ergeben sich auch die Verbindungen zur deutschen G8-Präsidentschaft 2007, die ihren Schwerpunkt auf die Entwicklung der Weltwirtschaft legen wird. Beide Präsidentschaften sollen – wo immer möglich – eng miteinander verzahnt werden. So können sich die Arbeiten in Bereichen wie der Innovationspolitik und beim Schutz des geistigen Eigentums (Stichwort Produktpiraterie) sowie insbesondere bei der Verbesserung der Energieeffizienz und Sicherung der Energieversorgung – nicht zuletzt angesichts der Abhängigkeit der EU von Energieimporten – sinnvoll ergänzen.

Dauerherausforderung Binnenmarkt

Angesichts der Herausforderung der Globalisierung sind aus Sicht des BMWi ein funktionierender Binnenmarkt und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft entscheidende Voraussetzungen für die Zukunftsfähigkeit der EU und damit für den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg Europas. Der Binnenmarkt ist ein Grundpfeiler der europäischen Integration und die Grundlage für Wachstum und Wohlstand in Europa. Deshalb müssen wir das Vertrauen der Menschen in seine Wirksamkeit stärken und ihn weiter fortentwickeln.

Die Neubelebung und Vertiefung des Binnenmarktes ist ein politischer Schwerpunkt des BMWi während der Ratspräsidentschaft. Hier zeigt sich exemplarisch die Möglichkeit einer Präsidentschaft, Impulse zu geben. Es geht darum, Bürgern, Unternehmen und Mitgliedstaaten neu vor Augen zu führen, welche Vorteile der Binnenmarkt für ihr Wirtschaften und ihr tägliches Leben bringt. Deren Wahrnehmung ist über viele berechtigte Kritik an Einzelmaßnahmen der EU ein Stück weit verschüttet worden. Teilweise gewinnt man den Eindruck einer Renationalisierung, insbesondere bei der Unterstützung



sog. Nationaler Champions, in der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten. Der wirtschaftliche Erfolg Europas im globalen Wettbewerb beruht maßgeblich auf einem funktionierenden Binnenmarkt. Seine Stärken und Schwächen zu untersuchen wird deshalb auch zentrales Thema des informellen Wettbewerbsfähigkeitsrates Ende April in Würzburg sein. Nach 15 Jahren Arbeit am Binnenmarkt (1992-2007) ist es Zeit für eine umfassende Bestandsaufnahme und kritische Bewertung des Erreichten, um noch bestehende Defizite zügig zu überwinden. Defizite im Binnenmarkt gibt es noch im klassischen Bereich des Warenverkehrs ebenso wie im Telekommunikationssektor und bei der Post. Wir streben für den Wettbewerbsfähigkeitsrat eine strategische Aussprache auf Grundlage der avisierten 15-Jahres Bilanz der Kommission an.

Nach wie vor sind aber auch konkrete Schritte zur Weiterentwicklung des Binnenmarktes erforderlich. Auf dem Programm stehen scheinbar so technische Dinge wie die Roaming-Verordnung. Tatsächlich wird ihre Verabschiedung die Mobilfunkgebühren bei Auslandsgesprächen verbilligen. Die vollständige Marktöffnung für Postdienstleistungen bis 2009 und damit Wettbewerb durch Preis und Qualität im Briefverkehr ist das Ziel einer Richtlinie, deren Entwurf die Kommission jetzt vorgelegt hat. Beide Vorhaben kommen dem Bürger unmittelbar zugute. Des Weiteren steht eine Überprüfung des bisherigen Regelungsrahmens für die Telekommunikation an. Ziel ist die Sicherstellung von innovations- und wachstumsfördernden Rahmenbedingungen für diesen wichtigen Sektor.

Ein großer Teil der in der EU gehandelten Waren unterliegt auch heute noch unterschiedlichen nationalen Regelungen und damit immer noch vielfältigen Hindernissen. Zur Verwirklichung des freien Warenverkehrs wird sich der deutsche Vorsitz für eine Stärkung und verbesserte Durchsetzung des Prinzips der Gegenseitigen Anerkennung einsetzen. Dieses Prinzip soll sicherstellen, dass alle Produkte, für die es keine Gemeinschaftsregeln gibt, in den anderen Mitgliedstaaten problemlos vermarktet werden können. Deutschland strebt eine Regelung an, die das Prinzip der Gegenseitigen Anerkennung kodifiziert und für alle Mitgliedstaaten verbindlich macht.

Der „Neue Ansatz“ für Normung und Standardisierung in der EU ist ein Erfolgsmodell mit einem EU-weiten jährlichen Handelsvolumen von 1.500 Milliarden Euro. Mit der anstehenden Überarbeitung soll ein umfassender Rahmen für die Rechtssetzung geschaffen werden, der in Fragen der Produktsicherheit ein einheitliches Niveau in den Mitgliedstaaten gewährleistet. Eher für einen kleineren Kreis von Bedeutung ist ein weiterer Punkt: Angestrebt wird eine Einigung über die Rechtsmittel bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Dies schafft eine verbesserte Sicherheit für Unternehmen und Kommunen.

Der Dienstleistungsbereich steht schon heute für ca. 70 Prozent aller Arbeitsplätze in der EU und 70 Prozent der EU-Bruttowertschöpfung. Er ist damit zentral für die Wettbewerbsfähigkeit Europas. Es bedarf jedoch weiterer Verbesserungen der Rahmenbedingungen, um seine Potenziale auszuschöpfen. Die nun anstehende Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie ist ein wichtiger Ansatzpunkt für die Realisierung dieser Potenziale. Mitgliedsländer und die Kommission müssen die dafür notwendigen Konkretisierungen zügig vornehmen und Eckpunkte erarbeiten, damit ein EU-weit stimmiges System sowohl bei der europäischen Verwaltungszusammenarbeit als auch bei der Schaffung der „Einheitlichen Ansprechpartner“ entsteht. Der deutsche Vorsitz wird diese Arbeiten aktiv begleiten.

Die Räte und ihre Themen

Beim Wirtschaftsminister liegt der Vorsitz von drei Fachräten: Wettbewerbsfähigkeitsrat, Energierat und Telekommunikationsrat. Wichtige Handelsthemen werden im Rahmen des Rates für Allgemeine Angelegenheiten von den Handelsministern behandelt. Auch diese Funktion liegt in Deutschland beim Wirtschaftsminister. Neben den Räten, für die das BMWi ohnehin zuständig ist, wird das Ressort maßgeblich die Vorbereitung des Frühjahrsgipfels der Staats- und Regierungschefs – er ist traditionell der Wirtschaftspolitik gewidmet – koordinieren. Das BMWi ist also vielfältig gefordert.

Termine	
15.02.	Telekommunikations-, Verkehrs- und Energierat nur zu Energiefragen Schwerpunkt: Vorbereitung des Europäischen Rats am 08.03.2006 zu Energiefragen
19.02.	Wettbewerbsfähigkeitsrat Schwerpunkt: Vorbereitung des Europäischen Rats am 08.03.2006 zu Fragen der Wettbewerbsfähigkeit
08.03.	Europäischer Rat Schwerpunkt: Wirtschaftsfragen
26.04 – 28.04.	Informeller Wettbewerbsfähigkeitsrat Thema: Attraktivität des Europäischen Binnenmarktes für Drittlandinvestoren
21.05 – 22.05.	Wettbewerbsfähigkeitsrat Schwerpunkte: Bessere Rechtsetzung; Industriepolitik
07.06. – 08.06.	Telekommunikations-, Verkehrs- und Energierat Schwerpunkte: Binnenmarkt für Gas und Strom, erneuerbare Energien, Postdienste

Für wettbewerbsfähige, innovationskräftige europäische Unternehmen

Der EU kommt bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen der Industrie eine Schlüsselrolle zu. Insbesondere auch die Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittelständischen Unternehmen wird inzwischen maßgeblich durch die europäische Ebene mitbestimmt.

„Bessere Rechtsetzung“ in der EU kann einen zentralen Beitrag zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeit in Europa und zur Senkung unnötiger Bürokratiekosten leisten. In der Vergangenheit hat Brüssel seinen Teil zu Überregulierung und Bürokratiebelastung beigetragen. Seit einigen Jahren versucht die Kommission umzusteuern. Die deutsche Präsidentschaft wird die Arbeiten der Kommission in diesem Bereich nachdrücklich unterstützen. Sie wird einen besonderen Schwerpunkt auf den Abbau bereits bestehender Bürokratiekosten legen. Dabei strebt sie ein einheitliches Verfahren zur Messung von Bürokratiekosten und zur Festlegung konkreter quantitativer Abbauziele an. Sie wird die Vereinfachung bestehenden EU-Rechts als politisch prioritäre Aufgabe aller EU-Institutionen vorantreiben und eine konsequente Durchführung von Folgenabschätzungen für alle wichtigen neuen Vorhaben sicherstellen.

Die Kommission wird auf unseren Wunsch im nächsten Jahr eine Zwischenbilanz ihrer industriepolitischen Mitteilung von 2005 und ihrer Sektoruntersuchungen vorlegen. Zum Jahresende 2006 wird sie Empfehlungen für die Ausgestaltung des Regelungsrahmens für die Automobilindustrie vorlegen (Follow up zu CARS 21), die wir rasch umsetzen wollen. Ähnliches streben wir für andere Industriezweige an, wie z. B. im Maschinenbau oder bei Textil und Keramik. Wichtige horizontale Fragen für die Industriepolitik sind die Auswirkungen der Energiepreise auf die Wettbewerbsfähigkeit und der Schutz geistigen Eigentums.

Bei der Umsetzung des neuen Rahmenprogramms „Innovation und Wettbewerbsfähigkeit“ (CIP) mit einem Finanzvolumen von immerhin 3,2 Mrd. € für die Jahre 2007 - 2013 wollen wir sicherstellen, dass insbesondere kleine und mittlere Unternehmen einen konkreten Nutzen aus den Fördermaßnahmen ziehen. Der deutsche

Vorsitz will die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandes verbessern. Dazu werden wir die Weiterentwicklung innovativer Finanzierungsinstrumente vorantreiben und die öffentliche Nachfrage nach innovativen Produkten und Dienstleistungen stärken.

Sichere und wirtschaftliche Energieversorgung

Der Europäische Rat im März dieses Jahres hat (vor dem Hintergrund des damaligen Gasstreits zwischen Russland und der Ukraine) den Frühjahrgipfel unter deutscher Präsidentschaft 2007 beauftragt, einen Energie-Aktionsplan für die EU zu verabschieden. Zur Vorbereitung wird es eine spezielle Sitzung des Energierates im Februar geben (15.02.2006). Grundlage dafür wird ein Paket von Vorschlägen sein, das die Kommission voraussichtlich im Januar vorlegen wird.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen im Energiebereich müssen die EU und die Mitgliedstaaten ihr gemeinsames Gewicht wirksam einsetzen und die europäischen Interessen an einer sicheren, preiswerten und umweltverträglichen Energieversorgung – für den Bürger sichtbar – nach außen vertreten. Die EU muss die energiepolitische Partnerschaft mit wichtigen Lieferanten-, Transit- und Verbraucherländern durch einen intensiven Dialog im Rahmen eines kooperativen Ansatzes und unter stärkerer Einbeziehung der Mitgliedstaaten auf eine solide und verlässliche Grundlage stellen. Dabei kommt der weiteren Ausgestaltung der Energiedialoge insbesondere mit Russland und den USA besondere Bedeutung zu.

Aber auch ein effizienter Umgang mit den Energieresourcen kann viel zu einer sicheren Energieversorgung beitragen. Zudem wird gleichzeitig ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Deswegen wird diesem Thema große Aufmerksamkeit geschenkt werden. Dabei wird es schwerpunktmäßig um EU-weite Verbesserungen im Gebäudesektor als Hauptnachfrager von Energie sowie um den Produktbereich gehen.

Unter Binnenmarktaspekten steht die Vollendung eines funktionierenden Binnenmarkts für Strom und Gas zum 1. Juli 2007 im Vordergrund. Der deutsche Vorsitz wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass durch kon-

sequente Umsetzung der europarechtlichen Vorgaben in allen EU-Mitgliedstaaten schnelle und sichtbare Erfolge für den Binnenmarkt und die Verbraucher erzielt werden. Außerdem ist es ein Ziel der deutschen Ratspräsidentschaft, den Einsatz erneuerbarer Energien europaweit voranzutreiben.

Stärkung von Handel und Wettbewerbsfähigkeit Europas durch aktive Außenwirtschaftspolitik

Der internationale Handel öffnet die Tür zu mehr Wachstum und Beschäftigung. Er zwingt jedoch auch dazu, die internationale Wettbewerbsposition ständig zu verbessern. Beschäftigung und Lebensstandard in Europa hängen vom Erfolg der europäischen Unternehmen auf den globalen Märkten ab. Die EU ist mit 20% Anteil am Welt-handel der größte Akteur auf den Weltmärkten. Sie verfügt damit über einen Einfluss, der weit über die Möglichkeiten der einzelnen Mitgliedstaaten hinausreicht. Diesen Einfluss gilt es zu nutzen, um durch die Fortentwicklung fairer multilateraler Regeln die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu stärken. Der deutsche Vorsitz wird daher alle dahingehenden Initiativen unterstützen.

Neben dem Warenhandel gilt das immer stärker auch für Dienstleistungen. In Bereichen wie Finanzdienstleistungen, Telekommunikation, Logistik und Baudienstleistungen, aber auch für viele freie Berufe gewinnt das Auslandsgeschäft zunehmend an Bedeutung. Geschäftsmöglichkeiten liegen insbesondere in den aufstrebenden Schwellenländern, in denen jedoch die Handelsbarrieren zum Teil noch besonders hoch sind.

Dabei steht das BMWi weiterhin zur WTO-Runde zur Erleichterung des internationalen Handels und wird sich für deren Fortsetzung und Abschluss einsetzen. Das schließt nicht aus, dass die EU, wie andere wichtige Handelspartner, verstärkt auch das Instrument bilateraler Abkommen nutzen sollte, z.B. im Verhältnis zu Asien. Es ist zu erwarten, dass entsprechende Verhandlungsmandate für die Kommission im Rat zu behandeln sind. Unabhängig davon wird unter deutscher Präsidentschaft voraussichtlich eine neue Marktzugangsstrategie der EU zu beraten sein, um den Exporteuren der EU den Absatz ihrer Produkte und Dienstleistungen in Drittstaaten zu erleichtern. Die Überprüfung der handelspolitischen

Schutzinstrumente, das Verhältnis zu China und insbesondere der bessere Schutz geistigen Eigentums genießen ebenfalls hohe Priorität auf der politischen Agenda.

Die EU steht vor einer Vielzahl politischer und wirtschaftlicher Herausforderungen. Der Wohlstand in den EU-Mitgliedsländern hängt davon ab, dass die EU sich den veränderten Rahmenbedingungen in einer globalisierten Welt anpasst und ihre wirtschaftliche Stärke und Dynamik bewahrt. Die deutsche Ratspräsidentschaft hat in ihrem Programm entsprechende politische Prioritäten formuliert und wird damit ihren Beitrag zu einer dauerhaft wirtschaftlich erfolgreichen EU leisten.

Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte: Stand und Perspektiven

Die Liberalisierung im Elektrizitäts- und Gasbereich ist weit vorangeschritten. Nach bemerkenswerten Anfangserfolgen mit sinkenden Energiepreisen und neuen Energieanbietern hat die Wettbewerbsdynamik inzwischen allerdings wieder spürbar nachgelassen. Weitere Schritte sind erforderlich, um den Wettbewerb auf nationaler wie auf EU-Ebene zu verbessern und die Strukturen in diesem vor wenigen Jahren noch monopolistisch organisierten Sektor zu verändern. Die derzeit hohen Strom- und Gaspreise belasten die Verbraucher und beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Neben wirtschaftlich vertretbaren Preisen müssen aber auch die Ziele der Versorgungssicherheit und der Nachhaltigkeit verfolgt werden.

Die Struktur der Elektrizitäts- und Gasversorgung in Deutschland

Die Struktur der leitungsgebundenen Energieversorgung in Deutschland lässt sich anhand der Wertschöpfungskette darstellen, die in vier Stufen unterteilt wird: Die erste Wertschöpfungsstufe bildet die Erzeugung von Elektrizität sowie die Gewinnung und der Import von Gas. Auf der zweiten Stufe steht die Übertragung von Elektrizität über das Hoch- und Höchstspannungsverbundnetz (Übertragungsnetz) sowie der Transport von Gas über Hochdruckfernleitungen (Fernleitungsnetz). Auf der dritten Stufe werden Elektrizität und Gas über örtliche und regionale Leitungsnetze verteilt. Die vierte Stufe bildet der Vertrieb, vor allem der Kauf von Elektrizität und Gas und der Weiterverkauf an private Haushalte und Unternehmen.

Die Energieversorgungsunternehmen (EVU) in Deutschland können demnach grob in drei Gruppen aufgeteilt werden:

- ▶ vertikal integrierte EVU, die nicht nur in der Übertragung und Verteilung tätig sind, sondern auch in der Stromerzeugung bzw. Gasgewinnung oder im Vertrieb;
- ▶ regionale EVU, die Elektrizität und Gas an lokale Versorgungsunternehmen oder Letztverbraucher verteilen;
- ▶ lokale, sich zumeist in kommunaler Hand befindende EVU, die an der Verteilung beteiligt sind, aber teilweise auch eigene Stromerzeugungsanlagen betreiben.

Unabhängig von dieser groben Einteilung gibt es auch EVU, die auf allen Stufen von der Erzeugung bis zum Vertrieb tätig sind, oder solche, die nur auf einer Stufe etwa nur am Vertrieb beteiligt sind.

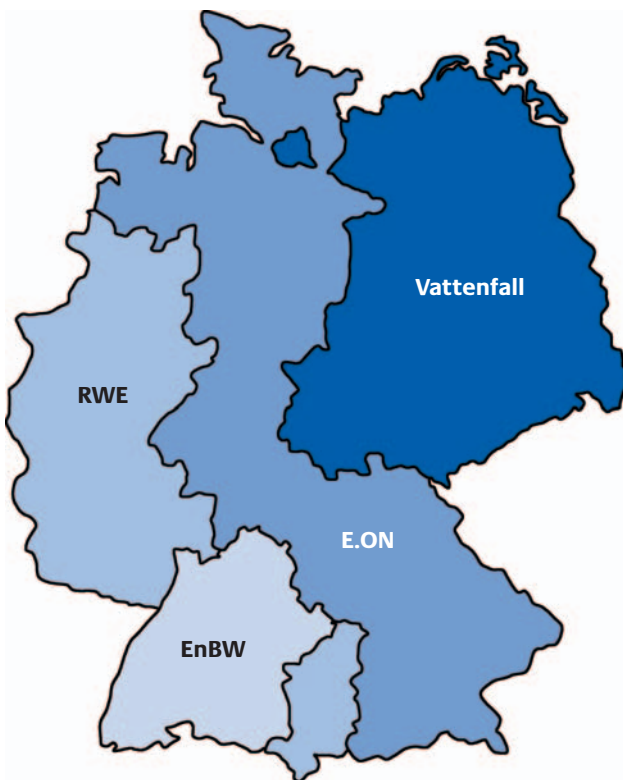
Durch Fusionen in den 1990er Jahren hat die horizontale und vertikale Konzentration im Strom- und Gasmarkt zugenommen. Die Zahl der Marktteilnehmer hat sich dadurch allerdings nur unwesentlich reduziert, da die Konzentration vor allem durch Beteiligungserwerb erfolgte.

Nach Angaben des Verbandes der Elektrizitätswirtschaft e.V. (VdEW) waren in Deutschland im Jahre 2005 ca. 1.100 Unternehmen auf dem Strommarkt aktiv, etwa 50 reine Stromerzeuger, 60 regionale Versorger, 25 größere Stadtwerke, 700 mittlere und kleine Stadtwerke, 100 kleine private Versorger und 150 neue Marktteilnehmer. Die Zahl der großen Verbundunternehmen hat sich durch Fusionen von acht auf vier vermindert, das sind RWE, E.ON, Vattenfall Europe und EnBW. Diese sind nicht nur Eigner und Betreiber des gesamten deutschen Strom-Übertragungsnetzes, sondern verfügen zusammen auch über rund 80 % der inländischen Stromerzeugungskapazität.

Ferner sind in Deutschland über 700 Gasversorgungsunternehmen tätig. Das Versorgungssystem ist im Wesentlichen dreistufig aufgebaut. Unternehmen der importierenden Ferngasstufe sind E.ON Ruhrgas, Wingas (BASF-Tochter mit Gasprom-Beteiligung), Exxon Mobil und Shell, Verbundnetz Gas (VNG/Leipzig) und RWE. Dabei deckt E.ON Ruhrgas den deutschen Gasbedarf zu ca. 55 % und besitzt große Teile des deutschen Fernleitungsnetzes. E.ON Ruhrgas und RWE halten in größerem Umfang Beteiligungen an regionalen Weiterverteilern und Stadtwerken. Ca. 30 regionale Gasversorgungsunternehmen und rund 700 lokale Endverteiler sorgen für die Verteilung des Gases an die Endkunden.

Auch nach der Fusions- und der damit einhergehenden Privatisierungswelle ist die öffentliche Hand weiterhin im Elektrizitäts- und Gasbereich als Gesellschafter engagiert. Dies gilt vor allem für die regionalen und lokalen EVU, aber auch für die großen EVU. So sind z.B. Städte und Gemeinden eine bedeutende Gesellschaftergruppe der E.ON Ruhrgas. Auch andere Staaten sind auf dem deutschen Elektrizitäts- und Gasmarkt mittelbar engagiert, z.B. der französische Staat über die Electricité de France (EDF) bei EnBW oder der schwedische Staat bei Vattenfall.

Regelzonen deutscher Übertragungsnetzbetreiber



Die Entwicklung bis 1998

Seit ihrer Errichtung, die zu Zeiten der Industrialisierung begann, waren die Strom- und Gasnetze als Monopole organisiert. In Deutschland bestanden flächendeckend sog. geschlossene Versorgungsgebiete, in denen das betreffende regionale oder lokale EVU eine Monopolstellung innehatte.

Rechtlich abgesichert war dieses System durch vertragliche und gesetzliche Regelungen. Zur Abgrenzung der Versorgungsgebiete wurden sog. Demarkationsverträge zwischen den EVU abgeschlossen, und zwar sowohl horizontal, d.h. zwischen den EVU derselben Wertschöpfungsstufe, als auch vertikal, d.h. zwischen EVU verschiedener Wertschöpfungsstufen. Gleichzeitig räumten die Gebietskörperschaften dem jeweiligen EVU in Konzessionsverträgen die ausschließliche Nutzung der Straßen und Wege ein, um gegen Zahlung von Konzessionsabgaben eigene Leitungsnetze für die Versorgung der örtlichen Letztverbraucher einrichten zu können. Solche wettbewerbsbeschränkenden Verträge der leitungsgebundenen Versorgungswirtschaft stellte das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) bis 1998 vom Kartellverbot

frei. Gerechtfertigt wurde dies mit der Lehre vom natürlichen Monopol, nach der wegen der hohen Investitionskosten bei leitungsgebundenen Versorgungsnetzen ein einzelnes Unternehmen besser in der Lage ist, die nachgefragten Leistungen zu günstigen wie kostendeckenden Preisen anzubieten, als mehrere Unternehmen im Wettbewerb. Auch das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) von 1935, das im wesentlichen unverändert bis 1998 fortgalt, verfolgte ausdrücklich das Ziel, „volkswirtschaftlich schädliche Auswirkungen des Wettbewerbs“ zu verhindern. Es unterwarf die Elektrizitäts- und Gaswirtschaft stattdessen einer nahezu umfassenden staatlichen Kontrolle. Die Strompreise für Haushaltskunden im Rahmen der sog. Allgemeinen Versorgung, der heutigen Grundversorgung, unterlagen einer Genehmigungspflicht. Daneben spielte die öffentliche Hand in der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft auch deswegen eine dominierende Rolle, weil viele EVU entweder öffentlich-rechtlich organisiert oder Gebietskörperschaften maßgebliche Anteilseigner privatrechtlich organisierter EVU waren.

Beginn der Liberalisierung: Erstes Richtlinienpaket und EnWG 1998

In den 1990er Jahren trieb die EU-Kommission die Marktöffnung in verschiedenen Sektoren wie z.B. Energie, Telekommunikation und Gas voran. Beginnend mit dem sog. ersten EU-Richtlinienpaket für den Elektrizitäts- und Gasbinnenmarkt im Jahre 1996 wurden die Märkte für Strom und Gas in der EU stufenweise liberalisiert und die Voraussetzungen für mehr Wettbewerb geschaffen. Kernpunkte der EU-Richtlinien waren die Entflechtung der monopolistischen Netzsparte von den übrigen, wettbewerbsfähigen Sparten der EVU, z. B. Erzeugung und Vertrieb, und der diskriminierungsfreie Netzzugang für andere Wettbewerber („third party access“). Grundlage dessen war u. a. die aus dem US-amerikanischen Kartellrecht stammende „essential facilities doctrine“. Demnach muss der Eigentümer oder alleinige Betreiber einer wirtschaftlich unbedingt notwendigen Einrichtung (essential facility), deren Duplizierung nicht möglich oder volkswirtschaftlich nicht sinnvoll ist, diese für Wettbewerber öffnen.

Deutschland setzte mit dem Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) 1998 das erste EU-Richtlinienpaket um und ging dabei weit über die EU-Vorgaben hinaus. So wurde der

Elektrizitäts- und Gasmarkt nicht nur stufenweise, sondern vollständig geöffnet. Netzzugang und Netzentgelte waren dabei zwischen den Marktteilnehmern vertraglich zu vereinbaren (sog. verhandelter Netzzugang und verhandelte Netzentgelte). Durchgesetzt werden sollte der Netzzugang in Streitfällen durch Kartellbehörden und Gerichte. Außerdem wurden mit dem EnWG 1998 die kartellrechtlichen Sonderregelungen für die leitungsgebundene Energieversorgung abgeschafft. Die o.g. Demarkations- und Konzessionsverträge hatte das Bundeskartellamt zuvor bereits in Musterverfahren wegen ihrer Unvereinbarkeit mit dem EG-Kartellrecht untersagt.

Status quo: Zweites Richtlinienpaket und EnWG 2005

Das zweite Richtlinienpaket für den Elektrizitäts- und Gasbinnenmarkt, die sog. Beschleunigungsrichtlinien, wurden im Jahre 2003 verabschiedet. Sie hatten zum Ziel, den Netzzugang gesetzlich zu regulieren, also nicht mehr nur vertraglich vereinbaren zu lassen, die Netzentgelte einer Kontrolle zu unterwerfen, den Netzbetrieb von den anderen Wertschöpfungsstufen zu entflechten und in jedem Mitgliedstaat Regulierungsbehörden zu schaffen. Spätestens ab dem 1. Juli 2007 sollen EU-weit alle Industrie- und Haushaltskunden die Möglichkeit haben, ihren Strom- oder Gasversorger zu wählen.

Das zweite Richtlinienpaket wurde in Deutschland mit dem EnWG 2005 umgesetzt. Die bisherige Regulierungsbehörde für Post und Telekommunikation wurde als Bundesnetzagentur über ihre bisherigen Aufgaben hinaus mit der Aufsicht über die Elektrizitäts- und Gasnetze einschließlich der Genehmigung der Netzentgelte betraut, soweit nicht Landesregulierungsbehörden zuständig sind. Nun kann der als individuelles Recht qua Gesetz gewährte Netzzugang nicht nur mit Hilfe der Gerichte, sondern auch von der Bundesnetzagentur und den Landesregulierungsbehörden durchgesetzt werden. Die Netzentgelte unterliegen nunmehr einer ex-ante-Regulierung.

Die Genehmigungspflicht der Strom-Endpreise für die Grundversorgung von Haushaltskunden endet nach derzeitigem Rechtsstand zum 1. Juli 2007. Dann unterliegen die Strom-Endpreise für alle Arten von Kunden nur noch der Missbrauchskontrolle durch die Kartellbehörden.

Die Regelungen zur Entflechtung zwischen Netzbetrieb und sonstigen Tätigkeiten eines EVU verlangen die

- ▶ gesellschaftsrechtliche Entflechtung (legal unbundling): Netzbetrieb einerseits und sonstige Tätigkeitsbereiche andererseits sind separaten Rechtsträgern zugeordnet.
- ▶ operationelle Entflechtung: getrennte Verwaltung der Bereiche durch organisatorische Trennung beim Personaleinsatz und den Leitungsbefugnissen
- ▶ informationelle Entflechtung: getrennte Verwendung betriebswichtiger Informationen
- ▶ buchhalterische Entflechtung (unbundling of accounts): getrennte Rechnungslegung.

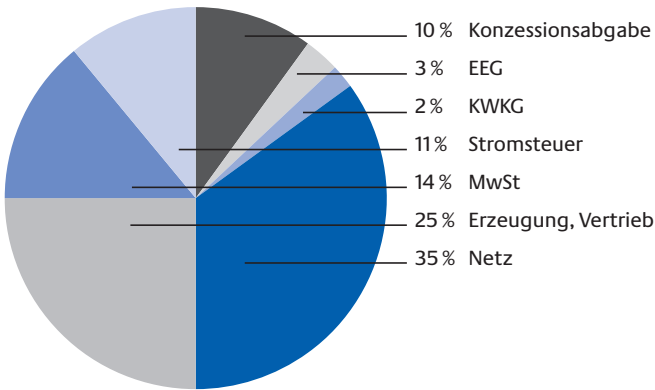
Die auf Grundlage des EnWG 2005 erlassenen Verordnungen zum Netzanschluss von Letztverbrauchern vom 1. November 2006 und zur Grundversorgung von Haushaltskunden und die Ersatzversorgung im Energiebereich vom 26. Oktober 2006 regeln das Verhältnis zwischen EVU und Letztverbrauchern. Sie erleichtern den Haushaltskunden einen Wechsel des Versorgers, z. B. durch kurze Kündigungsfristen.

Bilanz der bisherigen Liberalisierungsschritte

Der Wettbewerb auf dem Elektrizitäts- und Gasmarkt hat sich verbessert. Unternehmen wie Haushaltskunden können ihren Stromversorger und – soweit es bereits Wettbewerber gibt – ihren Gasversorger frei wählen. Die Regelungen zur Entflechtung sorgen für Transparenz bei den großen EVU und verhindern eine Quersubventionierung der Wettbewerbsbereiche mit Gewinnen aus der monopolistischen Netzsparte.

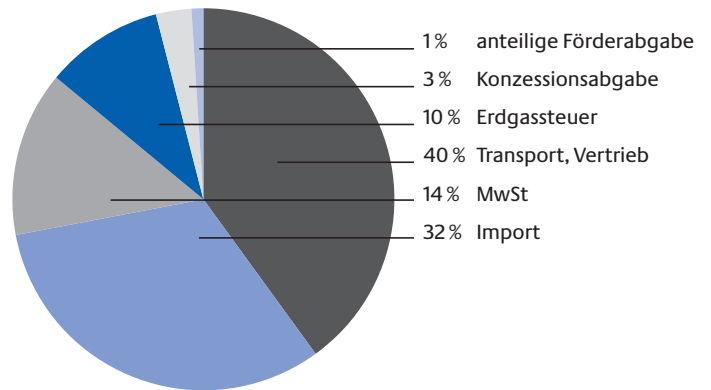
Die Netzentgelte, die beim Strom etwa 35 % des vom Haushaltskunden zu zahlenden Letztverbraucherpreises ausmachen, konnten bei einer Reihe von Netzbetreibern erheblich verringert werden, wodurch Erhöhungen der Endpreise bei Elektrizität und Gas zumindest abgedämpft wurden. Ob allerdings die Netzentgelte weiterhin im selben Maße sinken werden, bleibt abzuwarten. Die Netzbetreiber benötigen Spielraum für Investitionen in den Erhalt und den Ausbau ihrer Netze – auch bedingt durch den Ausbau der Windenergie im Norden Deutschlands.

Strompreis der privaten Haushalte 2005 nach Bestandteilen



KWKG: Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz,
 EEG: Erneuerbare-Energien-Gesetz,
 MwSt: Mehrwertsteuer
 Quelle: Verband der Elektrizitätswirtschaft e.V., Energy Advice Ltd.

Gaspreis der privaten Haushalte 2005 nach Bestandteilen

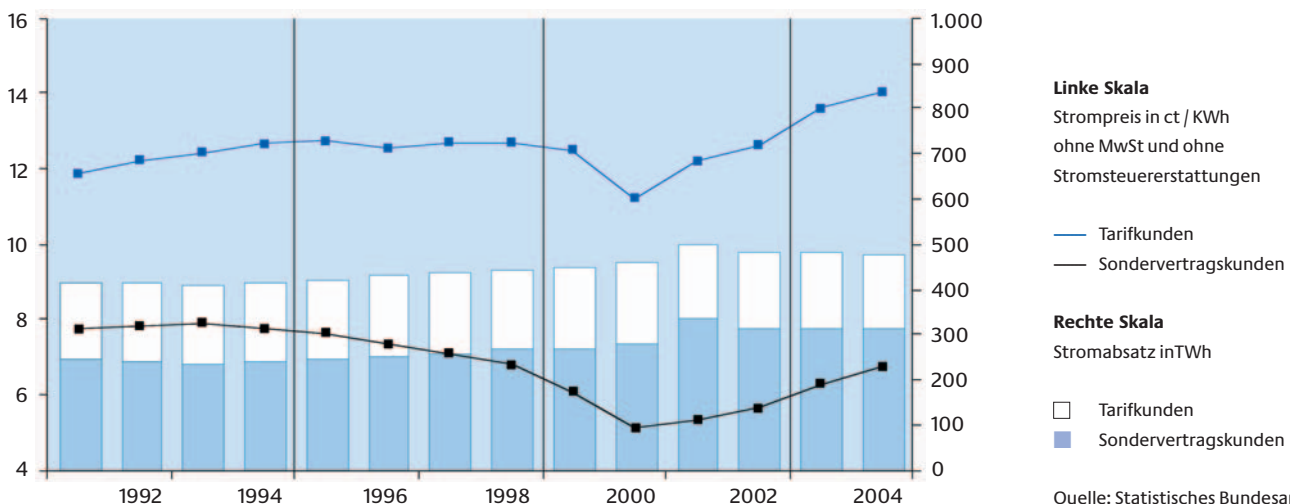


MwSt: Mehrwertsteuer
 Gaspreis für Erdgas, Anteil von Erdgas an der gesamten Gasabgabe > 99 %
 Quelle: Verband der Elektrizitätswirtschaft e.V., Energy Advice Ltd.

Beim Gas allerdings hat sich der Wettbewerb anders als im Strommarkt bisher nur im Bereich größerer Abnehmer und auch dort nicht in hinreichender Breite entwickelt. Hauptgrund für den bisher mangelnden Wettbewerb war das Fehlen eines funktionsfähigen Netzzugangs. Das am 1. Oktober 2006 gestartete neue Gasnetzzugangsmodell kann allerdings nur ein erster Schritt zur Verbesserung der Wettbewerbsvoraussetzungen sein. Doch zeigen sich trotz aller Schwierigkeiten auch im Haushaltskundenbereich erste Zeichen von Wettbewerb. So können Haushaltskunden bereits in Berlin, Hamburg und Bonn ihren Gasversorger wechseln.

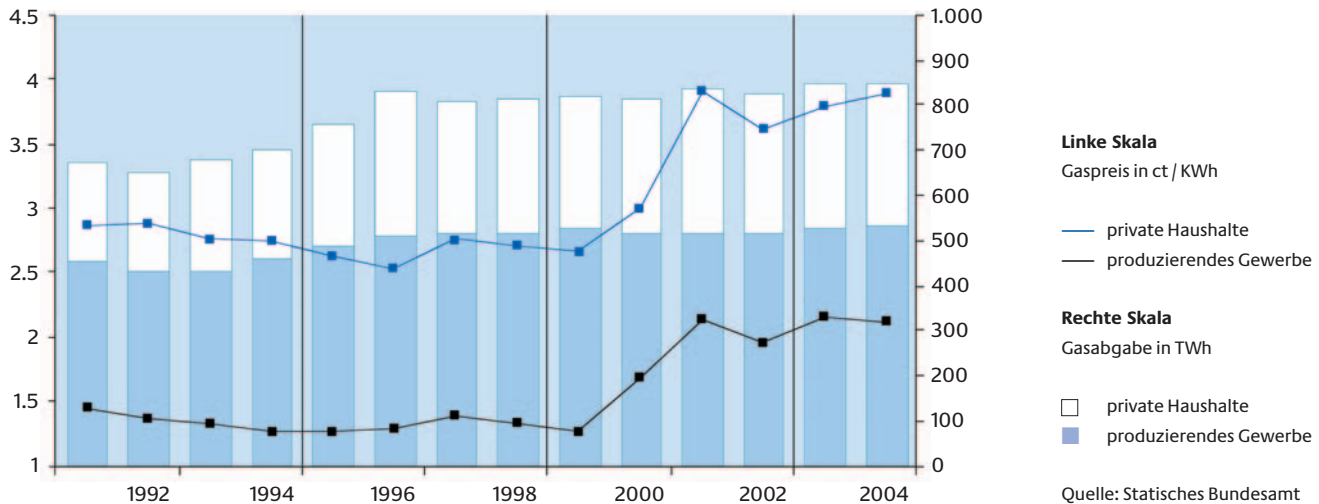
Über die Einhaltung der Wettbewerbsregeln des GWB im Elektrizitäts- und Gasbereich wacht das Bundeskartellamt, soweit nicht die Netze und Netzentgelte betroffen sind. Es ist derzeit z.B. wegen der Einkalkulierung kostenlos zugeteilter CO₂-Zertifikate in den Strompreis für Industriekunden tätig. Auch führt das Bundeskartellamt ein bedeutendes Verfahren im Gassektor, um das System marktabschottender, langfristiger Gaslieferverträge zwischen Importeuren und Weiterverteilern im Inland aufzulösen. Die Strom- und Gaspreise, die in den ersten Jahren der Liberalisierung zunächst spürbar gesunken sind, haben nunmehr ein unbefriedigend hohes Niveau erreicht.

Stromabsatz und Erlöse der Elektrizitätsversorgungsunternehmen 1991 bis 2004



Quelle: Statistisches Bundesamt

Gasabgabe und Erlöse der Gaswirtschaft 1991 bis 2004



Herausforderungen auf nationaler Ebene

Die derzeit hohen Strom- und Gaspreise belasten die Verbraucher und gefährden die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Als Antwort hierauf muss der Wettbewerb auf dem Strom- und Gasmarkt weiter verbessert werden. Angesichts der starken Konzentration muss gerade Neueinsteigern eine faire Chance zum Markteintritt geboten werden. Auf nationaler Ebene arbeitet das Bundeswirtschaftsministerium derzeit an mehreren Projekten.

Nötig sind neue Kraftwerke und zwar möglichst auch von neuen Anbietern. Eine Kraftwerksanschlussverordnung soll daher den diskriminierungsfreien Anschluss neuer Kraftwerke an das Netz zu erleichtern. Dies ist zwar bereits durch das EnWG gewährleistet und muss von der Bundesnetzagentur durchgesetzt werden. Es bedarf jedoch im Interesse der Rechtsklarheit einer Verordnung, die vor allem Neueinsteigern auf dem Markt einen möglichst unkomplizierten und raschen Netzanschluss ermöglicht. Um die finanzielle Planungssicherheit der Anbieter zu verbessern, wird diskutiert, neuen Kraftwerken für den von ihnen produzierten Strom in bestimmtem Umfang Netzkapazität zu garantieren. Bei möglichen Engpässen im Netz könnte dies sogar zu einer Privilegierung der neuen gegenüber bestehenden Kraftwerken führen. Derartige Überlegungen werden aber zunächst sorgfältig geprüft.

Flankierend zu der Netzanschlussverordnung, die auf eine strukturelle Verbesserung zielt, soll als Sofortmaßnahme die kartellrechtliche Missbrauchsaufsicht zur Bekämpfung von Preisauswüchsen bei den Erzeuger- und Großhandelspreisen im Strom- und Gasbereich effektiver gemacht werden. Dabei werden die gängige Vergleichsmarktmethode, d.h. der Nachweis eines Missbrauchs durch Preisvergleiche zwischen Unternehmen, erleichtert und Preis-Kosten-Vergleiche ermöglicht. Die Kostenkontrolle stellt eine weitere, bei Energiepreisen aber bisher kaum angewandte Methode zur Feststellung eines Preismissbrauchs dar. Ein Preis-Kosten-Vergleich ist auch Bestandteil des europäischen Missbrauchsverbots in Art. 82 EGV. Bei der geplanten Änderung des GWB geht es nicht um „politisch motivierte Preiskontrolle“, „Preisgenehmigungen“ oder gar um „Planwirtschaft“, sondern um nachträgliche Kontrolle im Einzelfall, die sich auf marktbeherrschende Energieversorgungsunternehmen beschränkt. Es sollen der Missbrauch von Marktmacht verhindert und damit die Marktfunktionen geschützt werden. Hierzu ist vorgesehen, das im GWB bereits geregelte allgemeine Missbrauchsverbot zu konkretisieren und das gesetzliche Instrumentarium der Kartellbehörden gegenüber marktbeherrschenden Energieversorgern – zeitlich begrenzt – zu verbessern. Das GWB soll durch eine bis 2012 befristete Regelung für marktbeherrschende EVU ergänzt werden.

Dabei ist insbesondere vorgesehen:

- ▶ das marktbeherrschende Unternehmen muss seine Preise gegenüber den Kartellbehörden rechtfertigen, z. B. durch den Nachweis einer ungünstigeren Versorgungsstruktur, d. h. die Beweislast wird umgekehrt.
- ▶ Preise können bereits dann missbräuchlich sein, wenn sie um weniger als 10% über den Preisen eines Vergleichsunternehmens liegen, d.h. der sog. Erheblichkeitszuschlag fällt weg.
- ▶ Einzelne Preisbestandteile, z. B. Messpreise, sollen separat überprüfbar sein.
- ▶ Ein Missbrauch soll künftig – alternativ zum o. g. Preisvergleich – auch dann vorliegen, wenn die Preise die Kosten unangemessen überschreiten.
- ▶ Beschwerden gegen Missbrauchsverfügungen sollen keine aufschiebende Wirkung mehr haben (Sofortvollzug).

Neueinsteiger sind durch die Änderungen des GWB nicht betroffen, da sich die Kontrollmaßnahmen nur gegen Marktbeherrscher richten.

Bei den Netzentgelten wird eine Anreizregulierung an die Stelle des derzeitigen Kostenprüfungsverfahrens treten. Grundgedanke der Anreizregulierung ist es, den Netzbetreibern über mehrjährige Zeiträume Obergrenzen für die Erlöse oder Preise vorzugeben. Der effizienteste Netzbetreiber setzt dabei den Maßstab (benchmark). Bleiben die Netzbetreiber mit ihren Kosten unter diesen Obergrenzen, können sie die Differenz als Gewinn einbehalten – je höher die Effizienz, desto höher die Gewinne. Damit werden den Netzbetreibern Anreize für einen effizienteren und damit kostengünstigeren Netzbetrieb gesetzt. Die Effizienzanforderungen an die Strom- und Gasnetzbetreiber müssen dabei so ausbalanciert sein, dass die Qualität der Versorgung nicht beeinträchtigt wird. Eine funktionierende Anreizregulierung kann einen wichtigen Beitrag zur Intensivierung des Wettbewerbs leisten. Keinesfalls soll jedoch einem Strukturwandel zu Lasten kleinerer Unternehmen Vorschub geleistet werden. Das Bundeswirtschaftsministerium prüft deshalb verschiedene Varianten, um für kleinere Unternehmen ein vereinfachtes Regulierungsverfahren zu installieren und übermäßige bürokratische Belastungen zu vermeiden.

Unabhängig von konkreten Projekten muss auch stets bedacht werden, dass 40 % des von den Privathaushalten zu zahlenden Strompreises staatlich veranlasst sind, z. B. durch Umsatzsteuer, Stromsteuer, Zuschläge nach dem Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz (KWKG) und dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sowie durch die Konzessionsabgabe. Bei künftigen Vorhaben muss daher Augenmaß bewahrt und in einer Gesamtbetrachtung müssen die einzelnen Instrumente sorgfältig evaluiert werden. Wichtig ist dies in der Diskussion um die Weiterführung der Förderung nach dem KWKG. Die Belastung der Verbraucher durch eine Novellierung des KWKG darf nicht höher werden als bisher.

Herausforderungen auf europäische Ebene

Die Strom- und Gasmärkte wurden seit Ende der 1990er Jahre in der gesamten EU liberalisiert. Ziele sind dabei die Wettbewerbsfähigkeit der Strom- und Gasversorgungsunternehmen, die Versorgungssicherheit und die Nachhaltigkeit der Energieversorgung. Hierbei ist man weit vorangekommen. Die derzeitige Entwicklung der Strom- und Gaspreise zeigt jedoch, dass der Wettbewerb noch nicht wie gewünscht funktioniert. Deutschland und die gesamte EU stehen daher vor weiteren Herausforderungen.

Die Energiepolitik wird ein Schwerpunktthema der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2007 sein. Im Januar 2007 wird die EU-Kommission Berichte u. a. zur Implementierung und Funktionsfähigkeit des Binnenmarktes für Strom und Gas und zum Wettbewerb in diesem Bereich vorlegen. Bereits bei der Präsentation ihrer Zwischenergebnisse zur Wettbewerbssituation hatte die Kommission u. a. die Marktkonzentration und die Preisbildung als Wettbewerbshindernisse benannt. Beide Berichte werden unter der deutschen Präsidentschaft u. a. im Rahmen eines High Level Workshops im März 2007 analysiert, zu dem auch der für Energie zuständige EU-Kommissar Andris Piebalgs erwartet wird. Die deutsche Ratspräsidentschaft wird darauf hinarbeiten, dass der Rat der Energieminister auf seiner Tagung im Juni 2007 die Schlussfolgerungen aus den Berichten der Kommission ziehen kann. Ziel ist es, den Binnenmarkt für Strom und Gas im Interesse der Verbraucher weiter voranzubringen und insbesondere den Wettbewerb zu intensivieren. Zunächst soll dafür das vorhandene In-

strumentarium auf mitgliedstaatlicher und EU-Ebene optimal genutzt werden. Erst wenn diese Möglichkeiten ausgeschöpft sind, sollten neue legislative Maßnahmen in Erwägung gezogen werden.

Um den EU-weiten Stromhandel zu steigern und um den Wettbewerb zu verbessern, werden zusätzliche grenzüberschreitende Stromleitungen benötigt. Gleichzeitig muss eine ausgewogene Standortverteilung der Kraftwerke gesichert werden, um eine gesamtwirtschaftlich optimale Versorgungsstruktur zu erhalten. Auf Anforderung des EU-Rates arbeitet daher die Kommission an einem Plan für die Förderung grenzüberschreitender Leitungen, um bestehende Kapazitätsbeschränkungen zu beseitigen. Unter der deutschen Ratspräsidentschaft werden dazu weitere Schritte beraten.

Die Netzbetreiber müssen als neutrale Marktmittler fungieren: Sie müssen ihre Netze allen Interessenten diskriminierungsfrei öffnen. In der aktuellen Diskussion um die Entflechtung wird nun auch vereinzelt die Eigentums-Entflechtung der Netze („Ownership unbundling“) gefordert. Dies würde bedeuten, dass Eigentümer und Betreiber von Netzen nicht gleichzeitig an den benachbarten Wertschöpfungsstufen, z.B. Produktion oder Vertrieb, beteiligt sein dürfen. Ein auf mehreren Stufen tätiges EVU wäre daher gezwungen, das Eigentum an seinen Netzen aufzugeben. Ob dies richtig und sinnvoll ist, muss sorgfältig geprüft werden. Es bleibt zunächst abzuwarten, wie sich die EU-Kommission in ihrem o. g. Bericht zum Strom- und Gasbinnenmarkt im Januar 2007 zur Entflechtung äußert und welche Maßnahmen sie vorschlägt.

Jedenfalls bringt „Ownership unbundling“ auch Risiken mit sich, wie das Beispiel der Eisenbahn in Großbritannien in den 1980er und 1990er Jahren zeigt. Ferner sind in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten die Ausgangslagen und die damit verbundenen Probleme zu unterschiedlich, um eine EU-weite Lösung zu rechtfertigen. In manchen Mitgliedstaaten befinden sich die Netze in öffentlicher Hand, wie z.B. das Übertragungsnetz in den Niederlanden. In Deutschland würde die Eigentumsentflechtung erheblich in das Privateigentum eingreifen, das durch Grundgesetz wie Europarecht geschützt ist. Im Übrigen wurde das zweite EU-Richtlinienpaket zum Elektrizitäts- und Gasbinnenmarkt soeben erst von den Mitgliedstaaten umgesetzt und muss zunächst einmal seine Wirkungen entfalten können. Erst dann sollten



etwaige Defizite analysiert und in einem nächsten Schritt – falls erforderlich – Überlegungen angestellt werden, die bestehenden EU-Vorgaben zur Entflechtung weiterzuentwickeln und zu optimieren.

In der aktuellen Diskussion wird auch die Forderung erhoben, eine EU-Regulierungsbehörde zu schaffen. Allerdings ist es primär die Aufgabe der Mitgliedstaaten, die EU-Vorgaben zum Strom- und Gasbinnenmarkt einheitlich umzusetzen und anzuwenden. Die nationalen Regulierungs- und Kartellbehörden arbeiten hierbei bereits sehr gut zusammen, auch unter Mitwirkung der EU-Kommission und der EVU. Angesichts sehr unterschiedlicher Gegebenheiten in den Mitgliedstaaten z.B. beim Energiemix, in der Topographie oder bei Investitionszyklen ist es zweifelhaft, ob eine neue EU-Behörde die richtige Lösung ist. Zielführender erscheint es, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der nationalen Behörden und Marktteilnehmer in regionalen Initiativen zu erweitern und zu vertiefen. Bestes Beispiel hierfür ist das pentalaterale Energieforum, bestehend aus Deutschland, Frankreich und den Benelux-Staaten.

Im Interesse der Energieverbraucher müssen die nationalen Teilmärkte zu einem funktionierenden europäischen Gesamtmarkt für Elektrizität und Gas zusammenwachsen. Bestehende Barrieren müssen identifiziert und beseitigt werden. Insbesondere muss der grenzüberschreitende Strom- und Gashandel erleichtert werden. Die vorhandenen Kapazitäten müssen dabei besser genutzt und erforderlichenfalls ausgebaut werden. Ferner müssen EU-Kommission und Mitgliedstaaten das Wettbewerbsrecht konsequent anwenden.

Außenwirtschaftsstrategie China: Wege zu einer engeren Partnerschaft

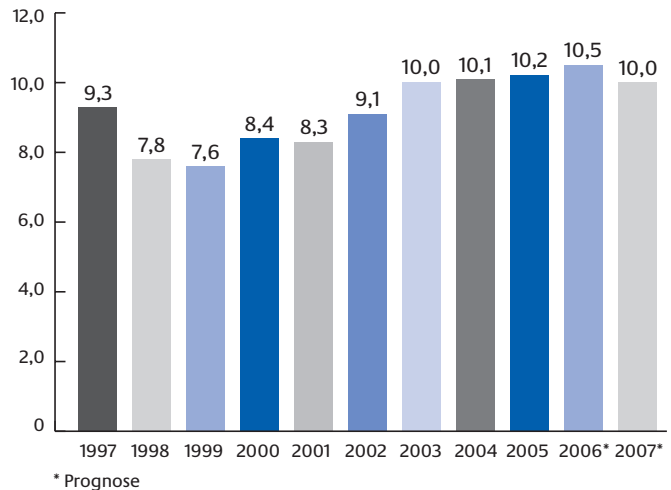
China hat großen volkswirtschaftlichen Entwicklungsbedarf und bietet damit auch hervorragende Absatzchancen – vor allem für die Investitionsgüterindustrie. Deutsche Konsumenten profitieren umgekehrt von preisgünstigen Waren aus chinesischer Produktion. Doch trotz der sehr guten bilateralen Basis ist die deutsch-chinesische Partnerschaft noch weiter ausbaufähig: China ist gehalten, seinen eigenen Markt für gewerbliche Produkte und Dienstleistungen mehr noch als bisher zu öffnen. Noch immer behindert der unzureichende Schutz geistigen Eigentums in China Handel und Kooperation; China sollte daher vermehrt in internationale Abstimmungs- und Koordinierungsmechanismen einbezogen werden.

Chinas Entwicklung – wirtschaftliche Erfolge und fortbestehende Defizite

Die Volksrepublik China hat seit Beginn ihrer Öffnungspolitik in der zweiten Hälfte der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts einen phänomenalen wirtschaftlichen Aufschwung genommen. Kein anderes Land der Welt hat zwischen 1995 und 2006 auch nur annähernd ein durchschnittliches jährliches BIP-Wachstum von rd. 10 % erreicht und rund 250 Mio. Menschen aus der Armut geführt. China ist heute bereits die viertgrößte Volkswirtschaft weltweit. Bis 2010 wird das Land Deutschland vom dritten Platz verdrängt, bis 2015 aller Voraussicht nach auch Japan überholt haben. Die USA sind in Sichtweite; schon jetzt ist absehbar, dass China wohl noch in diesem Jahrhundert den ersten Platz in der Rangliste der großen Wirtschaftsnationen einnehmen wird.

Die Öffnung für ausländisches Kapital und Know-How, die Förderung der Privatwirtschaft, die Anerkennung von Privateigentum in der chinesischen Verfassung, die Schaffung einer modernen Infrastruktur und schließlich die bewusste Integration in die Weltwirtschaft waren und sind entscheidende Weichenstellungen für Chinas wirtschaftlichen Erfolg. Seit Beginn der 90er Jahre sind über 500 Mrd. US-Dollar an ausländischen Investitionen in das Land geflossen. China verfügt mittlerweile noch vor Japan über die weltweit größten Devisenreserven im Wert von über 1 Billion US-Dollar. Die kaufkräftige Mittelschicht wächst weiter, heute sind es rund 200 Mio. Chinesen, bis 2020 werden es nach Schätzungen 680 Mio. sein. China ist schon heute drittgrößte Handelsnation der Welt.

Chinas Wirtschaftswachstum – Bruttoinlandsprodukt
(Veränderungen in %, real)



* Prognose

Quelle: bfai VR China – Wirtschaftsdaten kompakt November 2006

Neben den sichtbaren Erfolgen steht das Land vor spürbaren Belastungen und Defiziten. China ist immer noch das größte Entwicklungsland der Welt mit einem Pro-Kopf-BIP von 1.700 US-Dollar (2005). Rd. 25 Mio. Chinesen leben – laut Angaben der chinesischen Regierung – immer noch unterhalb der Armutsgrenze. Mehr als weitere 20 Mio. leben in den Städten am Rande des Existenzminimums. Die Einkommensunterschiede zwischen Stadt und Land sind enorm und wachsen weiter, die Relation stellt sich auf mehr als drei zu eins. Es gibt starke regionale Entwicklungsdifferenzen. Zu den boomenden Städten an der Ostküste kontrastiert ein weitgehend unterentwickeltes Hinterland. Das Ziel internationaler Wettbewerbsfähigkeit erfordert umfassende Anpassungen der industriellen Strukturen, insbesondere in den Staatsbetrieben. Die damit verbundene Freisetzung von Arbeitskräften sorgt für sozialen Sprengstoff. Die Ein-Kind-Politik macht sich mit einer rapide zunehmenden Überalterung der Gesellschaft mehr und mehr bemerkbar. Die chinesische Regierung stellt ihre Reformpolitik deshalb seit 2005 unter das Motto der Entwicklung einer harmonischen Gesellschaft durch nachhaltiges Wirtschaftswachstum. War bislang Wirtschaftswachstum um jeden Preis das Motto, so soll bis 2020 der kleine Wohlstand für alle Realität werden. Dazu gehört der Aufbau funktionierender sozialer Sicherungssysteme (Gesundheits-, Arbeitslosen- und Rentensicherungssystem). Der Staat strebt eine Grundsicherung für alle an. Der noch weitgehend staatliche Bankensektor ist wenig konkurrenzfähig und hat aufgrund historischer Verflechtun-

gen mit unrentablen Staatsunternehmen mit einem Bestand uneinbringlicher Forderungen von rd. 180 Mrd. US-Dollar fertig zu werden.

Die enormen Umweltschäden, die nach jüngsten Schätzungen das jährliche BIP mit 8 - 10 % (ca. 160 Mrd. US \$) belasten sollen und mit erheblichen gesundheitlichen Problemen für weite Teile der Bevölkerung verbunden sind, und der rasant gestiegene Energie- und Rohstoffverbrauch sollen durch eine Politik des Ressourcen schonenden, nachhaltigen Wirtschaftens gemildert werden. So sieht es das im März 2006 vom Nationalen Volkskongress verabschiedete 11. Fünfjahres-Programm vor. Z. B. soll der Energieverbrauch pro BIP-Einheit um 20 % gesenkt werden.

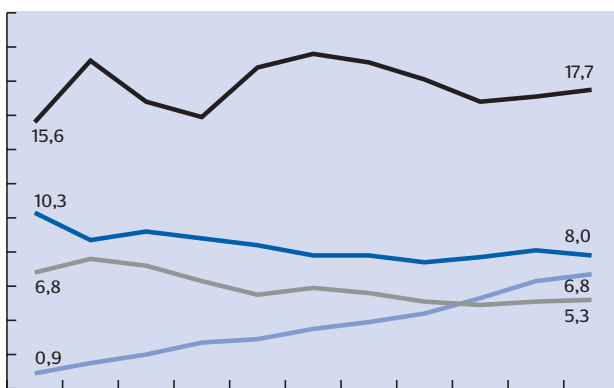
Bruttoinlandsprodukt der größten Volkswirtschaften der Welt

Rang	Land	BIP 2005 (in Mrd. US\$, zu laufenden Preisen)
1	USA	12.456
2	Japan	4.567
3	Deutschland	2.792
4	VR China	2.234
5	Großbritannien	2.229
6	Frankreich	2.127
7	Italien	1.766

1 Schätzung

Quelle: IMF

Anteile am Weltimport



— USA — China
 — Deutschland — Japan

Quelle: UN

Führende Exporteure und Importeure im Weltwarenhandel 2005

(in Mrd. US\$, Anteile und Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in %)

Rang	Exporteure	Exportwert	Anteil	Veränderung
1	Deutschland	969,9	9,3	7
2	USA	904,4	8,7	10
3	China	762,0	7,3	28
4	Japan	594,9	5,7	5
5	Frankreich	460,2	4,4	2
6	Niederlande	402,4	3,9	13
7	Großbritannien	382,8	3,7	10
8	Italien	367,2	3,5	4
9	Kanada	359,4	3,4	14
10	Belgien	334,3	3,2	9

Quelle: WTO

Rang	Importeure	Importwert	Anteil	Veränderung
1	USA	1.732,4	16,1	14
2	Deutschland	773,8	7,2	8
3	China	660,0	6,1	18
4	Japan	514,9	4,8	13
5	Großbritannien	510,2	4,7	8
6	Frankreich	497,9	4,6	6
7	Italien	379,8	3,5	7
8	Niederlande	359,1	3,3	12
9	Kanada	319,7	3,0	15
10	Belgien	318,7	3,0	12

Quelle: WTO

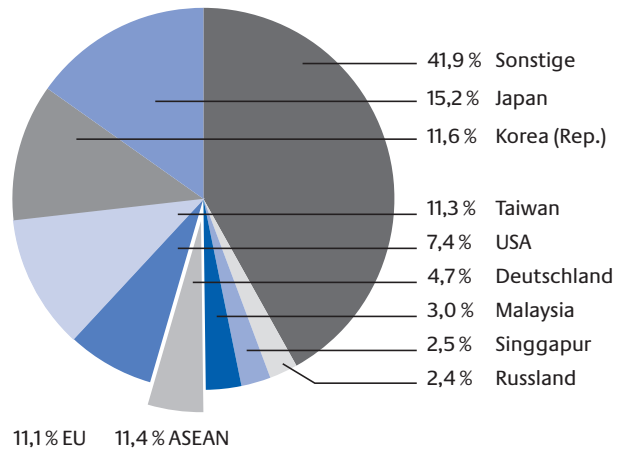
Deutsch-chinesische Wirtschaftsbeziehungen – eindrucksvolle Bilanz und andauernde Herausforderung

Deutschland ist mit China auf vielfältige Weise wirtschaftlich verbunden. Das Land ist mit einem Ex- und Importvolumen von 61,2 Mrd. Euro (2005) unser größter Handelspartner im asiatisch-pazifischen Raum und nach den USA unser zweitgrößter Wirtschaftspartner außerhalb der Europäischen Union. Ein Handelsumsatz von 100 Mrd. Euro bis 2010, den die beiden Regierungen anstreben, erscheint realistisch. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass bei steigendem Handelsvolumen auch ein steigendes Handelsbilanzdefizit zu Lasten Deutschlands festzustellen ist.

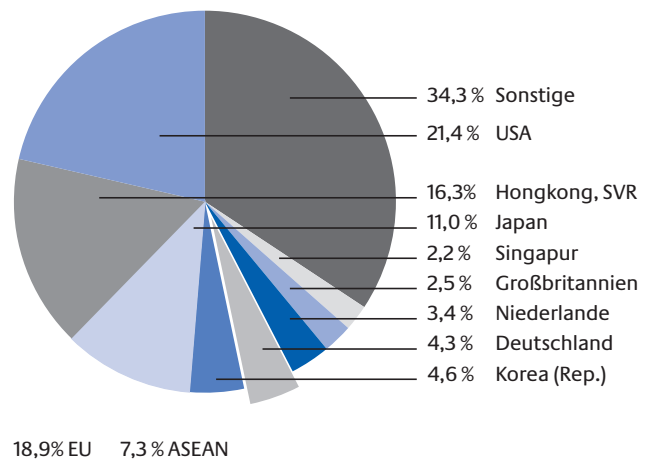
Auf der anderen Seite ist Deutschland für China einer der größten ausländischen Wirtschaftspartner und mit weitem Abstand Partner Nummer eins in Europa. 44 % der europäischen Einfuhren aus China entfallen auf uns. Darunter sind überwiegend Waren, die auf der Grundlage deutscher Unternehmensinvestitionen in China produziert werden. Dementsprechend steht das Land mittlerweile an dritter Stelle der Herkunftsländer deutscher Importe. Deutsche Konsumenten profitieren erheblich von günstigen Preisen aus China importierter Waren. Die Preisstabilität bzw. spürbaren Preissenkungen der letzten Jahre in den Bereichen Textilien, Haushaltsgeräte, Unterhaltungselektronik gehen weitestgehend auf das Konto der stark erweiterten Produktionen in China. Deutsche Unternehmen haben rd. 10 Mrd. Euro Kapital nach China gebracht. Sie stehen für die Schaffung von mehr als 300.000 Arbeitsplätzen, mit denen die günstigen Produktionskosten, aber auch das enorme Potenzial des chinesischen Marktes genutzt und erschlossen werden.

Chinas wichtige Handelspartner

Hauptlieferländer (2005, Anteile in %)



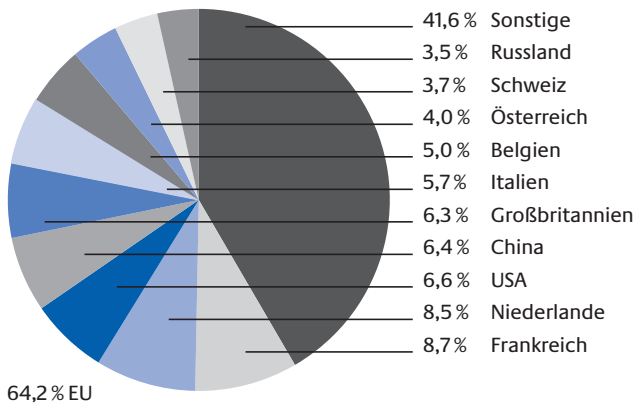
Hauptabnehmerländer (2005, Anteile in %)



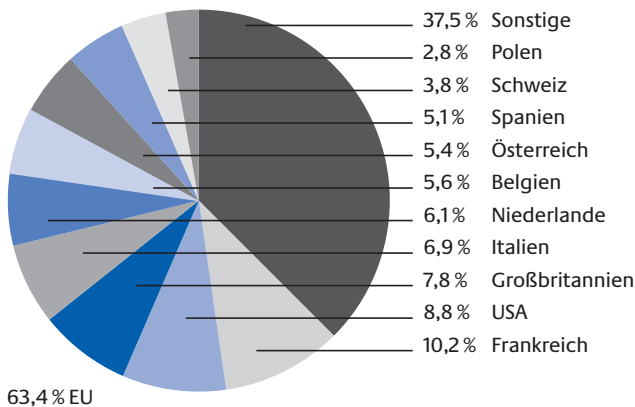
Quelle: bfai, VR China - Wirtschaftsdaten kompakt, November 2006

Deutschlands wichtige Handelspartner

Hauptlieferländer (2005, Anteile in %)



Hauptabnehmerländer (2005, Anteile in %)



Quelle: bfai, Deutschland - Wirtschaftsdaten kompakt, November 2006

Die deutsche und die chinesische Volkswirtschaft haben ein großes Maß an gegenseitiger wirtschaftlicher Verflechtung erreicht. Für eine Reihe deutscher Unternehmen ist China der strategische Pol ihrer Präsenz in der Wachstumsregion Asien-Pazifik. Sie planen, 10 % und mehr ihres Umsatzes in China zu erzielen. Andere deutsche Firmen nutzen die Produktionsvorteile in China, um ihre internationale Konkurrenzfähigkeit zu erhalten.

Umgekehrt sehen sich Produzenten in Deutschland einem immer stärkeren Importdruck aus China ausgesetzt. Mit keinem anderen Land hat Deutschland ein vergleichbar großes Handelsbilanzdefizit. Es hat 2005 einen Betrag von 18,6 Mrd. € erreicht und wird 2006 aller Vor-

aussicht nach weit mehr als 20 Mrd. € aufweisen. Chinesische Unternehmen treten auch mehr und mehr als Konkurrenten deutscher Firmen im Lande und auf den Weltmärkten auf. Trotz des WTO-Beitritts ist China noch keine Marktwirtschaft. Ein unzureichender Schutz Geistigen Eigentums und inakzeptable Praktiken beim Technologie-Transfer erschweren die Wettbewerbsposition deutscher Unternehmen.

Deutscher Außenhandel mit der Volksrepublik China (in Mrd. €)

Jahr	Tatsächliche Werte		Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß (+)	Zu-/Abnahme gegenüber Vorjahr in %	
	Einfuhr	Ausfuhr		Einfuhr	Ausfuhr
1995	8,2	5,5	-2,7	3,8	4,7
1996	9,2	5,6	-3,6	12,6	1,0
1997	11,0	5,4	-5,6	19,6	-2,4
1998	11,9	6,1	-5,8	7,6	12,0
1999	13,8	6,9	-6,8	16,4	14,2
2000	18,6	9,5	-9,1	34,5	36,1
2001	19,9	12,1	-7,8	7,5	28,1
2002	21,3	14,6	-6,8	7,0	20,2
2003	25,7	18,3	-7,4	20,4	25,4
2004	32,8	21,0	-11,8	27,7	14,9
2005*	39,9	21,3	-18,6	21,7	1,4

1-6/2006: Dt. Ausfuhr 12,11 (+27,6%); Dt. Einfuhr 22,69 (+28,8%)

* vorläufige Ergebnisse
Quelle: Statistisches Bundesamt

Die deutsch-chinesische Partnerschaft verbessern

Was ist zu tun? Wie kann gewährleistet werden, dass die deutsch-chinesische Zusammenarbeit ihr Wachstumspotenzial zum beiderseitigen Vorteil weiter ausschöpft, die deutsche Wirtschaft ihre Chancen auf dem chinesischen Markt nutzt und sie zugleich vor unfairem Wettbewerb geschützt wird.

Den Infrastrukturaufbau in China durch vertiefte Kooperationen unterstützen.

Die Restrukturierung der chinesischen Volkswirtschaft geht weiter. Deutschland hat dazu in der Vergangenheit beigetragen und will und sollte künftig weiter mitwirken.

China benötigt nach Einschätzung seiner Regierung ein jährliches Wirtschaftswachstum von mindestens 7%. Nur so kann die Entwicklungsdynamik aufrechterhalten, können die erforderlichen Arbeitsplätze (15-20 Mio. jährlich) geschaffen werden. Dies setzt die Umsetzung einer umfangreichen wirtschaftspolitischen Agenda voraus, die die Wirtschaftsstrukturen massiv verändert.

Die deutschen Unternehmen verfügen über die Kapazitäten und die Bereitschaft zur Beteiligung, in manchen Feldern auch über besondere Vorzüge bei der Umsetzung der gestellten Aufgaben.

► **Beispiel: Verkehrsinfrastruktur**

Der Ausbau des chinesischen Schienenfernverkehrsnetzes von rund 80 000 km auf 100.000 km bis 2020 mit Investitionen in Höhe von rd. 200 Mrd. Euro wird nicht ohne ausländische Beteiligung erfolgen können. Deutsche Firmen haben ihre Leistungsfähigkeit bei allen Aspekten des Schienenverkehrs unter Beweis gestellt und sollten auch gute Aussichten auf Mitwirkung an künftigen Projekten haben. Des gleichen gilt auch für den notwendigen Ausbau der Nahverkehrssysteme in den wirtschaftlichen Ballungszentren Peking (Olympiade 2008), Shanghai (Weltausstellung 2010) und im Perlfussdelta (Kanton, Hongkong). Hier werden Milliarden-Investitionen erforderlich.

Der Luftverkehr entwickelt sich ebenfalls sehr dynamisch. China ist schon jetzt drittgrößter Markt im Luftverkehr nach USA und Europa. Nach offiziellen Schätzungen werden bis 2025 rd. 2.300 neue Flugzeuge im Wert von mindestens 180 Mrd. US-Dollar angeschafft. Europa und Deutschland haben angesichts der Situation auf dem Weltflugzeugmarkt gute Chancen auf lukrative Aufträge, auch wenn kooperative Formen der Zusammenarbeit in diesem Sektor an Gewicht gewinnen. Auch beim Aufbau und Betrieb von Flughäfen sind deutsche Unternehmen leistungsfähige Partner.

► **Beispiel: Energie und Umweltschutztechnik**

Der Energiebedarf wird nach Berechnungen der chinesischen Regierung bis 2025 um 30-35% zunehmen. Die Internationale Energie-Agentur (IEA) schätzt weitergehend, dass im Jahr 2030 ein Fünftel des gesamten Weltenergiebedarfs auf China entfällt. Die

chinesische Regierung plant die Energieerzeugungskapazitäten auszuweiten, die Energieeffizienz zu steigern und den Anteil erneuerbarer Energie zu erhöhen. Dem Energieträger Kohle, bei der China mit rd. 2 Mrd. t/a jährlich größter Produzent ist, kommt weiterhin eine Schlüsselrolle zu. Auf sie entfallen rd. 67% der Primärenergieerzeugung. Bei Betrieb und Neubau von Kohlekraftwerken werden Umweltschutzgesichtspunkte eine wachsende Rolle spielen.

Der Anteil erneuerbarer Energien, der derzeit noch bei rd. 2% liegt (nach chinesischer Definition fällt darunter auch die Wasserkraft), soll bis 2010 auf 5% gesteigert werden. Bis 2020 sollen 12% der Stromversorgung darauf entfallen. Hier sind Investitionen von 16-18 Mrd. Euro geplant.

Die chinesische Regierung setzt für die Verbesserung der Energiesituation auch auf die Kernkraft. Ihr Anteil an der Energieerzeugung soll bis 2020 von derzeit 2% auf 4% gesteigert werden. In den nächsten 15 bis 20 Jahren ist dementsprechend der Neubau von rund 30 Kernkraftwerken vorgesehen.

Energieverbrauch der VR China

(in Mio. t SCE, Veränderung im Vergleich zum Vorjahr in %)

Jahr	Verbrauch	Veränderung
1999	1.338,3	1,2
2000	1.385,5	3,5
2001	1.432,0	3,4
2002	1.518,0	6,0
2003	1.749,9	15,3
2004	2.032,3	16,1
2005	2.233,2	9,9

Anmerkung: SCE = standard coal equivalent

Quelle: China Statistical Yearbook 2006

Anteile der verschiedenen Energieträger am gesamten Energieverbrauch (in %)

Jahr	Kohle	Erdöl	Erdgas	Wasserkraft, Kernenergie, Windkraft
1996	74,7	18,0	1,8	5,5
2001	66,7	22,9	2,6	7,9
2002	66,3	23,4	2,6	7,7
2003	68,4	22,2	2,6	6,8
2004	68,0	22,3	2,6	7,1
2005	68,9	21,0	2,9	7,2

Quelle: China Statistical Yearbook 2006

Die deutsche Industrie hat bei der Energiegewinnung in allen diesen technischen Feldern schon in der Vergangenheit herausragende technische Leistungen vollbracht und auch im internationalen Rahmen ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen können. Auch bei der Erhaltung und Erweiterung des chinesischen Energienetzes hat sie erfolgreich mitgewirkt. Mit ihrer großen Erfahrung sollte es ihr auch künftig gelingen, umweltorientierte Energieerzeugungsanlagen und Energieverteilungstechnik erfolgreich in China einzusetzen.

Bei Wasserversorgung, Wasserreinhaltung, Luftreinhaltung und Bodensanierung besteht in China ebenfalls dringender Handlungsbedarf. Im Fünfjahresprogramm ist dementsprechend ein Betrag von rd. 140 Mrd. € für diese Zwecke vorgesehen. So sollen bis 2010 alle Städte mit über 250.000 Einwohnern mit Kläranlagen ausgerüstet werden. Das bedeutet den Neubau von rd. 1.000 Anlagen. Deutsche Technik hat bei all diesen Themen der Umweltschutztechnik einen exzellenten internationalen Ruf, so dass sich eine Mitwirkung deutscher Unternehmen anbietet.

► Beispiel: Medizinwirtschaft

Das chinesische Gesundheitswesen befindet sich derzeit im Umbruch. Neubau und Ausbau von Krankenhäusern sowie ein verbessertes Management, Versorgung mit Medikamenten und Medizintechnikprodukten, Rehabilitation, Forschung und Ausbildung sind erforderlich bzw. müssen auf eine neue Grundlage gestellt werden. Das erfordert milliardenschwere Investitionen.

Regierungskontakte für die Wirtschaft nutzen

Die Bundesregierung legt großen Wert auf enge und regelmäßige Kontakte zur chinesischen Regierung. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie hat mit dem deutsch-chinesischen Forum für wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit und dem deutsch-chinesischen Gemischten Wirtschaftsausschuss zwei hochrangige Gremien zur Verfügung, in denen unter Beteiligung der deutschen Wirtschaft Kernfragen zum bilateralen Handel, zu Investitionen und zu Industrieprojekten erörtert werden.

Dem Technologie-Forum sind strategische Arbeitsgruppen zu den Themen Infrastruktur, Energie, Umweltschutztechnik, Informations- und Kommunikationstechnologie und Medizinwirtschaft zugeordnet, die zusammen mit der Wirtschaft daran arbeiten, deren Projekte mit der chinesischen Seite umzusetzen.

Dem Gemischten Wirtschaftsausschuss arbeiten Arbeitsgruppen zu den Themen Kohle, Rechtsfragen (Vertragsgestaltung), Handelsstatistik sowie Normung zu. Ihre Aufgabe besteht in der Erweiterung der Kooperation und der Vereinfachung der Handelspraxis.

Mittelständische Unternehmen stärker einbeziehen

Mit der Öffnung der chinesischen Volkswirtschaft und der wachsenden Bedeutung des Privatsektors für die wirtschaftliche Entwicklung gewinnt die mittelständische Wirtschaft immer größere Bedeutung. Nach Berechnungen der OECD erfolgen in China bereits rd. 63 % der Wertschöpfung der gewerblichen Wirtschaft im privaten Sektor, während der entsprechende Anteil des Staatssektors auf unter 30 % gefallen ist.

Da die Privatwirtschaft auch in China stark mittelständisch geprägt ist, lässt sich daraus das bereits erreichte und weiter wachsende Gewicht mittelständischer Unternehmen für die chinesische Volkswirtschaft ableiten, wenn auch deren Anteil noch nicht mit dem in Deutschland vergleichbar und generell ein direkter Vergleich zwischen deutschem und chinesischem Mittelstand nicht möglich ist.

Das Engagement mittelständischer deutscher Firmen in China ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Mittlerweile dürften rd. 80 % der deutschen Wirtschaftsaktivitäten auf mittelständische Firmen entfallen.

Im Dezember 2004 haben die beiden Regierungen eine Rahmenvereinbarung zur mittelständischen Zusammenarbeit geschlossen, die regelmäßige Konsultationen des Bundeswirtschaftsministeriums und der Nationalen Entwicklungs- und Reformkommission vorsieht, um die Rahmenbedingungen für die Kooperation zwischen deutschen und chinesischen mittelständischen Firmen zu festigen. Eine erste Konsultationsrunde fand im April 2006 in Peking statt.

Für fairen Handel sorgen

Mit dem Beitritt zur Welthandelsorganisation im Dezember 2001 hat China ein wichtiges Etappenziel auf dem Weg zur Integration in die Weltwirtschaft erreicht. Die Zollsenkungen haben dazu geführt, dass der durchschnittliche chinesische Zollsatz heute leicht unter dem durchschnittlichen Zollsatz der Entwicklungsländer liegt. Allerdings ist eine Tendenz zu beobachten, die Senkung von Zöllen und Quoten durch nichttarifäre Handelshemmnisse in ihrer Wirkung aufzuheben und damit der heimischen Wirtschaft neue Schutzzäune zu errichten. Die WTO hat in diesem Zusammenhang im Frühjahr 2006 auf Antrag der Europäischen Union erste Schritte in einem Verfahren wegen Vorgaben der chinesischen Regierung in der Automobilpolitik zur Verwendung lokal produzierter Autoteile eingeleitet. Auch hat die chinesische Regierung noch nicht Abschied von der Subventionierung einzelner Branchen genommen, wie dies in staatlich gelenkten Volkswirtschaften üblich ist. Es ist zu begrüßen, dass China der WTO in diesem Jahr zum ersten Mal einen Subventionsbericht vorgelegt hat.

China, das mit über 112 Mrd. US-Dollar (2005) über einen beachtlichen Handelsbilanzüberschuss verfügt, sollte sich als eine der führenden Exportnationen strikt an den WTO-Vorschriften über Disziplin bei Exportsubventionen orientieren und international übliche Konditionen für staatliche Finanzierungen entsprechend den Leitlinien für öffentlich unterstützte Exportkredite einhalten, um internationale Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

Bei der Ende 2006 anstehenden Öffnung des Dienstleistungssektors wird es darauf ankommen, dass die Verpflichtungen ohne Vorbehalte eingehalten werden und ausländische Dienstleister die gleiche Behandlung wie inländische erfahren.

China sollte sich nicht nur in der WTO aktiv beteiligen, sondern auch in anderen parallelen und ergänzenden Organisationen, wie z.B. der OECD. Wichtig ist vor allem die baldige Aufnahme von Verhandlungen zum Beitritt zum Government Procurement Agreement (GPA), wozu Bereitschaft bereits im Beitrittsprotokoll geäußert wurde.

Schutz geistigen Eigentums sichern

China gehört zu den Ländern, in dem die Fälle von Verletzungen geistiger Eigentumsrechte (Intellectual Property Rights/IPR) besonders zahlreich sind. Obwohl die chinesische Regierung eine Rechtslage geschaffen hat, die mit Gesetzen und anderen Rechtsvorschriften internationalen Standards nahe kommt, lässt die Umsetzung im Verwaltungswege und die gerichtliche Praxis viele Wünsche offen. Auch entfaltet eine regelmäßig sehr niedrige Sanktionshöhe keine abschreckende Wirkung auf Produktfälscher.

Mit Zunahme schutzwürdiger Rechte der eigenen Industrie auf dem heimischen Markt wie auf den internationalen Märkten wächst das chinesische Eigeninteresse an einer wirksamen Verfolgung von IPR-Verletzungen. In letzter Zeit sind entsprechende Maßnahmen z.B. durch die Einrichtung von 50 Meldestellen landesweit festzustellen. Diese begrüßt die Bundesregierung ausdrücklich. Es wird aber darauf ankommen, dass die Vorschriften zum Schutz Geistigen Eigentums auch von nachgeordneten staatlichen Stellen beachtet und umgesetzt werden.

Das Bundeswirtschaftsministerium hat einen Arbeitskreis „Gewerblicher Rechtsschutz in China“ eingerichtet, der einen Diskussionsrahmen für Wirtschaftsverbände und Ressorts bildet. Auf Anregung u. a. des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie ist im Deutschen Industrie- und Handelskammertag eine Anlaufstelle eingerichtet worden, die Fälle von geistigen Eigentumsverletzungen sammelt und in geeigneten Fällen der Bundesregierung für Interventionen zur Kenntnis gibt¹.

¹ Die Kontaktstelle ist beim Aktionskreis Deutsche Wirtschaft gegen Produkt- und Markenpiraterie (APM) angesiedelt. Kontaktadresse: juergensen.ulrich@berlin.dihk.de

Im April 2006 hat im Rahmen des Forums zum Schutz geistiger Eigentumsrechte der chinesischen Regierung in Peking ein deutsch-chinesisches Symposium zu dem Thema stattgefunden. Für 2007 ist eine Fortsetzung in Deutschland geplant. Die Bundesregierung verfolgt das Thema im Rahmen der EU-Präsidentschaft und der G 8.

Technologie-Kooperation dem Prinzip der Freiwilligkeit unterordnen

Die Technologisierung der chinesischen Volkswirtschaft gehört zu den wichtigsten Zielen der Wirtschaftspolitik der chinesischen Regierung. Die technologische Lücke zu den Industriestaaten soll möglichst bald geschlossen werden.

Ausländische Unternehmen sind dabei ein willkommener Technologielieferant und Deutschland ist ein beliebter Partner, weil deutsche Unternehmen in der Vergangenheit zu weit reichendem Technologie-Transfer in China bereit waren. Durch rechtliche Vorschriften und spezielle Praktiken wird Druck auf ausländische, auch deutsche Unternehmen ausgeübt, Technologie auf chinesische Wirtschaftsakteure zu übertragen. Dies führt mehr und mehr zu Unwillen in der deutschen Industrie. Rein nationale Ausschreibungen, Auflagen, einen bestimmten Anteil am Endprodukt aus lokal hergestellter Produktion zu decken (local content) sind einige der Instrumente, mit denen unfreiwilliger Technologie-Transfer erreicht wird.

Niemand bestreitet China das Recht auf schnelle Technologisierung seiner Wirtschaft. So weit ausländische Technologie-Inhaber betroffen sind, sollte Technologietransfer jedoch im Sinne einer Technologiepartnerschaft und freiwillig erfolgen. Hierfür setzt sich das Bundeswirtschaftsministerium ein.

China in die internationale Koordinierung einbeziehen

China tritt aufgrund seines hohen Wirtschaftswachstums und seines Ressourcenbedarfs immer stärker als Nachfrager auf den internationalen Energie- und Rohstoffmärkten auf. Zugleich ist China bislang nur unzureichend in die wichtigen internationalen Koordinierungsmechanismen einbezogen (z.B. OECD-Konventionen, Schuldentragfähigkeitskriterien des IWF für Entwicklungsländer). Dies entspricht nicht mehr dem gewachsenen politischen

und wirtschaftlichen Gewicht Chinas. Ansätze für eine stärkere Einbeziehung Chinas in die Spitzengremien internationaler Koordinierung sind bereits erkennbar. So wird Deutschland – wie dies bereits beim diesjährigen G7/G8-Gipfel in St. Petersburg geschah – China auch 2007 als einen von fünf outreach-Gästen zum G7/G8-Gipfel nach Heiligendamm einladen. Die weltweit knapper werdenden Rohstoff- und Energievorräte, aber auch seine mittlerweile herausragende weltwirtschaftliche Bedeutung legen nahe, das Land verstärkt in die internationale Abstimmung und Koordinierung zu integrieren sowie vermehrt an den Gesprächsrunden über die Entwicklung der Weltwirtschaft zu beteiligen; dies zumal vor dem Hintergrund, dass die internationale Gemeinschaft von der chinesischen Regierung bei ihrer weltweiten Akquisition von Rohstoffen auch Verhalten im Sinne einer guten Regierungsführung („Good Governance“) erwarten darf.

Aufgrund seines mittlerweile großen weltwirtschaftlichen Gewichts ist China gefordert, international mehr Verantwortung zu übernehmen. Das gilt für den monetären Sektor, wo eine realitätsgerechte Währungsparität des Renminbi außenwirtschaftliche Ungleichgewichte verringern hilft. Das gilt auch für die Doha-Runde und eine aktive Mitgliedschaft Chinas in der Welthandelsorganisation.

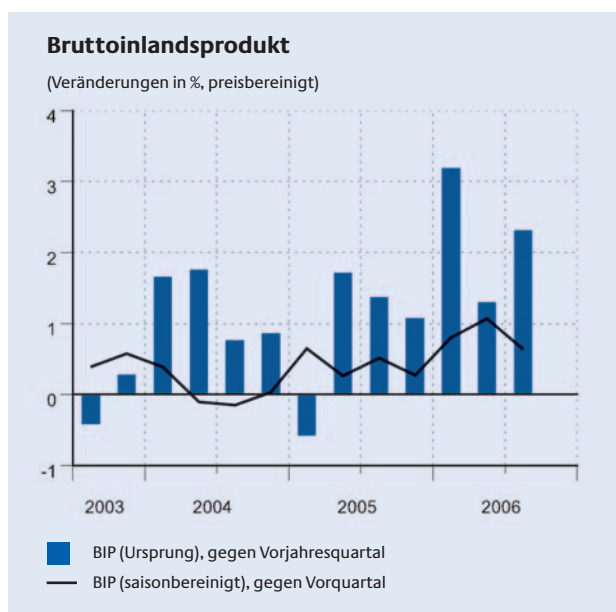
Die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen stehen auf einem soliden Fundament. Die Präsenz deutscher Unternehmen auf dem chinesischen Markt wird zunehmen. Dabei müssen adäquate Rahmenbedingungen gewährleistet sein. Darauf wird die Bundesregierung im ständigen Dialog mit der chinesischen Regierung hinwirken. Die Reformbereitschaft darf auch in Deutschland nicht nachlassen, damit deutsche Unternehmen im weltweiten Wettbewerb, auch in China und im Wettbewerb mit chinesischen Unternehmen auf den internationalen Märkten, bestehen können.

Deutschland muss der Versuchung widerstehen, auf die chinesische Herausforderung mit Abwehrmaßnahmen oder gar mit Abschottung zu reagieren. Dies würde für eine international verflochtene Volkswirtschaft wie die deutsche in eine Sackgasse führen. Deutschland wird auch künftig einen konstruktiven Dialog mit China führen, um kontinuierlich die Hindernisse zu beseitigen, die einer stetigen Ausweitung der bilateralen wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Wege stehen.

II. Wirtschaftliche Lage

Überblick¹

Die deutsche Wirtschaft befindet sich konjunkturell in einem robusten Aufschwung. Im dritten Quartal 2006 erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nunmehr im siebenten Quartal in Folge um preis-, kalender- und saisonbereinigt² 0,6 % zum Vorquartal. Die konjunkturelle Grunddynamik erscheint mittlerweile so gefestigt, dass die fiskalisch bedingte Dämpfung der Binnennachfrage ab dem Jahreswechsel relativ zügig überwunden werden dürfte.



Nach der beschleunigten Entwicklung im zweiten und dritten Quartal wurde die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe im September und Oktober allerdings etwas eingeschränkt. Sie ging im Oktober saisonbereinigt um 1,4 % zum Vormonat zurück. Der Ausstoß im Verarbeitenden Gewerbe minderte sich um 1,2 % und vollzog sich in allen drei Hauptgruppen. Besonders betroffen waren bei den Investitionsgütern der Wirtschaftszweig „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“ und bei den Konsumgütern das Ernährungsgewerbe. Auch im Zweimonatsvergleich (September/Oktober gegenüber Juli/August) büßte die Gesamterzeugung im Produzierenden Gewerbe leicht um saisonbereinigt 0,6 % und die Industrieproduktion geringfügig um 0,3 % ein. Das Vorjahresniveau wurde im Produzierenden Gewerbe arbeitstäglich bereinigt im September/Oktober um 4,6 % und in der Industrie um 5,0 % weiterhin deutlich übertroffen. Die Auftragseingänge in der Industrie haben sich am aktuellen Rand nach dem kräftigen Aufwuchs zuvor im Oktober preis- und saisonbereinigt um 1,1 % abgeschwächt. Der Umfang an Groß-

aufträgen war dabei allerdings deutlich geringer als in den Vormonaten. Obwohl im Oktober der Rückgang der inländischen Nachfrage (-2,6 %) ausschlaggebend war, gingen die schwächeren Auftragseingänge in der Industrie im September/Oktober gegenüber Juli/August (-1,7 %) auf die Entwicklung der Auslandsnachfrage (-4,6 %) zurück. Die inländische Nachfrage nahm in diesem Zeitraum dagegen weiter zu (+1,3 %). Den Vorjahresstand überschritten die Auftragseingänge im September/Oktober weiterhin sehr deutlich um 7,6 % (Ursprungswert). Im Bauhauptgewerbe nahm die Produktion im Oktober preis- und saisonbereinigt um 2,3 % zum Vormonat ab. Den Vorjahresstand übertraf die Bauproduktion im Zweimonatszeitraum September/Oktober aber weiterhin um arbeitstäglich bereinigt 5,0 %. Die Auftragseingänge waren hier im August und September ebenfalls rückläufig. Das ifo-Geschäftsklima für das Bauhauptgewerbe hellte sich zuletzt demgegenüber wieder zweimal in Folge auf.

Nach den starken Aufwüchsen in den Vormonaten kann der Rückgang der Produktion im Produzierenden Gewerbe am aktuellen Rand als Normalisierung angesehen werden, zumal vor dem Tag der deutschen Einheit diesmal ein Brückentag lag, was durch die Saisonbereinigung nicht berücksichtigt wird. Eine ähnliche Bewertung gilt auch für die Auftragseingänge in der Industrie, die in den Vormonaten durch Großaufträge eher etwas überzeichnet wurden. Die Auftragsbücher sind weiterhin gut gefüllt und das Geschäftsklima erwies sich zuletzt als gefestigt. Die Erzeugung des Produzierenden Gewerbes sollte sich somit im Verlauf des vierten Quartals wieder etwas erhöhen, zumal bis zum Jahresende im Bauhauptgewerbe durch die milde Witterung sowie durch Vorzieheffekte noch kräftige Impulse zu erwarten sind. Zum Jahreswechsel dürften sich allerdings die von der Binnennachfrage ausgehenden dämpfenden Effekte der Erhöhung der Mehrwertsteuer bemerkbar machen. Gerade die wieder steigenden Geschäftserwartungen der Unternehmen signalisieren aber, dass die Auswirkungen von den Industrieunternehmen nicht als so durchschlagend und vor allem nicht als nachhaltig eingeschätzt werden.

Die privaten Konsumausgaben haben sich nach vier Jahren der Stagnation im laufenden Jahr – gestützt durch die Fußball-Weltmeisterschaft sowie durch Vorzieheffekte – belebt. Die revisionsanfälligen Umsätze im Einzelhandel im engeren Sinne, also ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen, nahmen allerdings im dritten

¹ In diesem Bericht wurden statistische Daten verwendet, die bis zum 14. Dezember 2006 vorlagen.

² Wenn nicht anders vermerkt, handelt es sich bei den in diesem Bericht verwendeten saisonbereinigten Angaben um Berechnungen nach dem Census X-12-ARIMA-Verfahren.

Quartal preis- und saisonbereinigt um 0,4% und im Oktober um 0,5% zum Vormonat ab. Demgegenüber haben die Neuzulassungen von Personenkraftwagen mit dem Monat November im Vorgriff auf die Erhöhung der Mehrwertsteuer enorm zugenommen. Umfragen deuten darauf hin, dass bis Jahresende noch mit weiteren Vorzieheffekten zu rechnen ist. Für die Entwicklung des privaten Konsums ab dem Jahreswechsel zeichnen die Konjunkturindikatoren allerdings ein eher zurückhaltendes Bild. Das ifo-Geschäftsklima im Einzelhandel trübte sich in den vergangenen beiden Monaten wegen deutlich verschlechterter Geschäftserwartungen ein. Die Einzelhändler dürften hier den Kaufkraftenzug der Erhöhung der Mehrwertsteuer im Blick haben. Erst im weiteren Jahresverlauf dürfte dieser Effekt dann allmählich durch die die Kaufkraft stärkenden Auswirkungen der positiven Beschäftigungsentwicklung gemildert werden.

Beim Außenhandel dürfte sich die in der Tendenz zu beobachtende deutliche Aufwärtsentwicklung der Ein- und Ausfuhren bis zum Jahresende fortsetzen. Deutschland wird voraussichtlich zum vierten Mal in Folge Exportweltmeister bei den Warenexporten werden. Das robuste weltwirtschaftliche Wachstum und die hohe preisliche und qualitative Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft sind auch angesichts eines etwas stärkeren Euros gute Voraussetzungen für weitere Impulse aus dem Außenhandel. Die Warenausfuhr erhöhte sich im Oktober saisonbereinigt in jeweiligen Preisen um 2,6% zum Vormonat. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Exporte in den beiden letzten Monaten durch Nachmeldungen etwas überzeichnet waren. Kumuliert lagen die nominellen Warenausfuhren (Ursprungswerte) im laufenden Jahr im Oktober um 13,8% über dem Vorjahr. Die Wareneinfuhr ist im Oktober dagegen geringfügig um saisonbereinigt 0,2% gegenüber dem Vormonat zurückgegangen. Kumuliert bis Oktober lagen die Einfuhren in jeweiligen Preisen sogar um 17,7% (Ursprungszahlen) über dem Niveau des Vorjahres. Mit der vermutlich weiter zunehmenden Binnennachfrage im vierten Quartal, aber auch aufgrund des Importgehalts der deutschen Ausfuhren dürften die Wareneinfuhren in den kommenden Monaten ebenfalls weiter steigen. Die Handels- und Leistungsbilanz schlossen im Oktober mit deutlichen Überschüssen von 17,3 Mrd. Euro bzw. 11,6 Mrd. Euro.

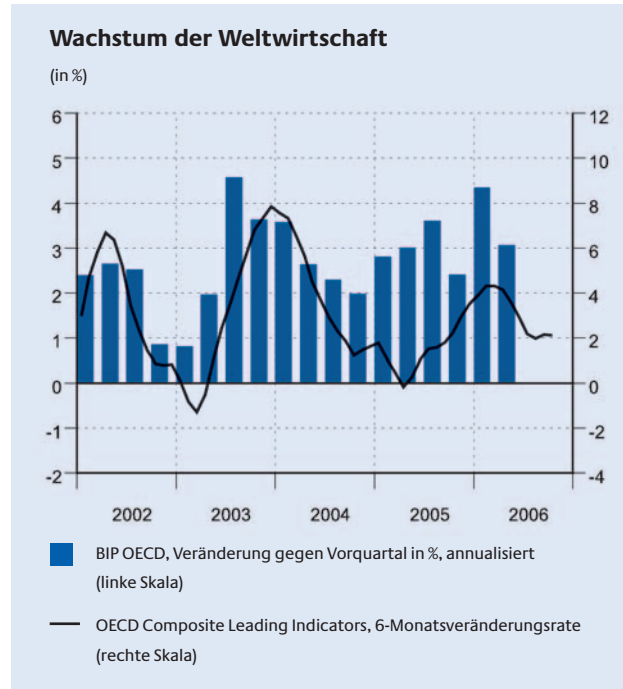
Die Belebung des Arbeitsmarktes setzt sich – gestützt auf einen soliden konjunkturellen Aufschwung – fort. Dabei geht der Aufbau der Beschäftigung im Vorjahresvergleich um 346.000 im Oktober auf 39,68 Millionen Erwerbstätige im Inland schon im gesamten Jahresverlauf vor allem von der Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung aus. Diese erhöhte sich im September nach ersten Hochrechnungen binnen Jahresfrist um 317.000 Personen. Besserungstendenzen sind mittlerweile in den meisten Wirtschaftsbereichen zu beobachten. Zuletzt wirkte sich zusätzlich die milde Witterung positiv auf den Arbeitsmarkt aus. Die Arbeitslosigkeit ging somit im November ungewöhnlich stark um saisonbereinigt 86.000 Personen weiter zurück und unterschritt sogar erstmals seit vier Jahren die Vier-Millionen-Grenze. Die Arbeitslosenquote sank bundesweit auf 9,6% (Ursprungszahl).

Das Preisklima auf der Verbraucherstufe ist weiterhin ruhig. Gegenüber dem Vormonat gingen die Verbraucherpreise sogar geringfügig um 0,1% zurück. Ausschlaggebend war die Entwicklung bei Heizöl und Kraftstoffen. Gegenüber dem Vorjahr lagen die Preise im November um 1,5% höher. Die Kerninflation, also der Preisauftrieb ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel, lag am Vorjahresniveau gemessen bei 1,1%.

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Der Aufschwung der Weltwirtschaft hat sich in den letzten Monaten etwas verlangsamt. Wenngleich viele Schwellenländer weiterhin ein lebhaftes Wachstum verzeichneten, ging im dritten Quartal die Dynamik vor allem in den Industrieländern deutlich zurück (vgl. Abbildung). Die angehobenen Leitzinsen und der starke Anstieg der Energie- und Rohstoffpreise im ersten Halbjahr haben sich dämpfend niedergeschlagen. In einigen Ländern kühlten sich zugleich die Immobilienmärkte etwas ab, was in erster Linie mit einem Rückgang der privaten Wohnungsbauinvestitionen einherging. Diesen retardierenden Momenten steht vielerorts eine zunehmende Beschäftigung im Verbund mit steigenden Löhnen gegenüber, durch die die Entwicklung des privaten Konsums gestützt wird. Engpässe am Arbeitsmarkt zeichnen sich dabei noch kaum ab, sodass das Risiko eines von starken Lohnsteigerungen ausgehenden Inflationsdrucks begrenzt erscheint. Der private Konsum kann darüber hinaus von den Vermögensgewinnen aus den spürbar gestiegenen Aktienkursen profitieren. Auch für die Investitionen von Unternehmen ist das Umfeld nach wie vor günstig. Der anhaltende Nachfragesog hat den Erneuerungs- und Erweiterungsbedarf erhöht, und die Finanzierungskonditionen sind nach wie vor günstig. Schließlich dürften auch die seit einigen Monaten wieder rückläufigen Energiepreise Verbraucher und Unternehmen im weiteren Verlauf entlasten. Alles in allem bleiben die Aussichten somit gut, dass sich der Aufschwung der Weltwirtschaft auch im kommenden Jahr in zügiger Gangart fortsetzt.

Die guten Konjunkturaussichten spiegeln sich auch in den internationalen Finanzmärkten wider. Die Aktienmärkte sind seit Monaten aufwärts gerichtet, die Renditen langfristiger Staatsanleihen sind leicht rückläufig und die Risikokennziffern sind deutlich entspannt. Verstärkte Kursschwankungen waren zuletzt allerdings bei den Wechselkursen zu beobachten. Insbesondere der US-Dollar verlor deutlich an Wert. Der Euro wertete gegenüber Dollar, Yen und auch gegenüber dem britischen Pfund auf. Von vielen Marktteilnehmern wurde als ein Grund für die Dollar-Schwäche die Umschichtung von Devisenreserven einiger Zentralbanken genannt. Das Defizit der US-Leistungsbilanz scheint sich unterdessen allmählich zu stabilisieren. So ging im Oktober das Handelsbilanzdefizit, auch durch den niedrigeren Ölpreis bedingt, auf unter 60 Mrd. US-Dollar zurück.



Die Expansion der US-amerikanischen Volkswirtschaft verlangsamt sich allmählich. Im dritten Quartal schwächte sich das Wachstum auf real 3,0 % gegenüber dem Vorjahr ab. Die vorliegenden Daten für Oktober und November zeichnen bislang ein wechselhaftes Bild über den Konjunkturverlauf. Einige wichtige Frühindikatoren waren erneut rückläufig. Der private Konsum beschleunigte sich indessen wieder, und der Beschäftigungsaufbau setzte sich für viele Beobachter überraschend solide fort. Die Arbeitslosenquote blieb im November mit 4,5 % vergleichsweise niedrig, und die Stundenlöhne nahmen weiterhin kräftig zu. Dies hat an den Finanzmärkten zu einer Korrektur in der Erwartung einer baldigen Zinssenkung der Zentralbank geführt. Entlastung mit Blick auf die Inflationsrisiken kommt allerdings durch den deutlichen Rückgang der Energie- und Rohstoffpreise. Im Oktober ging die allgemeine Preissteigerungsrate für Konsumgüter auf 1,3 % zurück, während sie ohne Berücksichtigung von Energie und Lebensmitteln bei 2,4 % blieb.

In Japan hat sich das Wirtschaftswachstum im dritten Quartal deutlich abgeschwächt. Im Vorjahresvergleich stieg das Bruttoinlandsprodukt lediglich um real 1,7 % an. Besonders der private Konsum und die öffentlichen Investitionsausgaben entwickelten sich sehr schwach. Die privaten Investitionen blieben hingegen dynamisch, und auch die Außenwirtschaft trug erheblich zum Wachstum

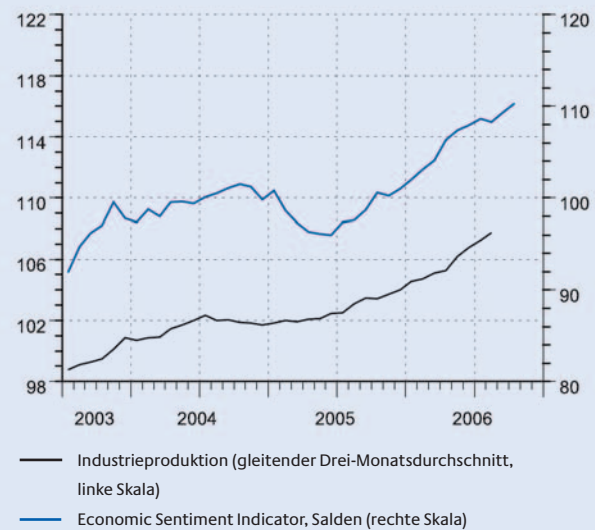
bei. Letzteres dürfte auch durch die jüngste Abwertung des japanischen Yen begünstigt worden sein. Die bis Anfang Dezember vorliegenden Indikatoren deuten auch für den weiteren Verlauf auf eine schwächere Dynamik hin. Die Umfragewerte für das Verbrauchervertrauen sind weiter rückläufig, und die Auftragseingänge für Maschinen blieben schwach. Die Arbeitsmarktentwicklung blieb unterdessen freundlich. Die Beschäftigung nahm erneut deutlich zu, die Arbeitslosenquote sank im Oktober auf 4,1%. Im Vorjahresvergleich stagnierende Löhne und die rückläufigen Energiepreise haben den sich in den vergangenen Monaten allmählich abzeichnenden geringfügigen Preisauftrieb wieder abreißen lassen. Das allgemeine Verbraucherpreisniveau ging sowohl im September als auch Oktober zurück. Nominal betrachtet war die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal insgesamt sogar rückläufig.

Die konjunkturelle Entwicklung im Euroraum zeigt sich – bei leichter Abschwächung im dritten Quartal – weiterhin aufwärts gerichtet. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) erhöhte sich um preis-, kalender- und saisonbereinigt 0,5% gegenüber dem Vorquartal, nach +1,0% im zweiten Quartal. Gegenüber dem Vorjahr nahm das BIP im dritten Quartal real um 2,7% zu, nach +2,8% im Vorquartal. Für das laufende Jahr insgesamt prognostiziert die EU-Kommission ein Wachstum im Euroraum von real 2,6%. Die Frühindikatoren lassen eine Fortsetzung der positiven Wirtschaftsentwicklung erwarten. So lag der Stimmung Indikator der EU-Kommission im November mit 110,3 auf einem seit dem ersten Halbjahr 2001 nicht mehr erzielten Niveau. Der Geschäftsklimaindex der EU-Kommission erreichte im November sogar ein Allzeithoch. Auftragseingänge und Industrieproduktion sanken zwar im September leicht im Vormonatsvergleich, bewegen sich aber dennoch deutlich über Vorjahresniveau (+7,6% bzw. +3,3%).

Risiken für die konjunkturellen Aussichten im Euroraum bilden die fortbestehenden globalen Ungleichgewichte sowie die weiterhin hohen und volatilen Energiepreise. Nach der Vorausschätzung von Eurostat betrug die jährliche Inflationsrate im Euroraum im November 1,8%. Damit liegt sie seit drei Monaten unter dem Preisziel der EZB von unter, aber nahe bei 2%. Auf dem Arbeitsmarkt im Euroraum gab es, wie bereits im Vormonat, keine größeren Veränderungen. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote (berechnet nach ILO-Kriterien) betrug im Oktober 7,7%. Die Lage in den einzelnen Ländern unterscheidet

Eurozone: Industrieproduktion und Economic Sentiment

(Volumenindex 2000 = 100, saisonbereinigt)



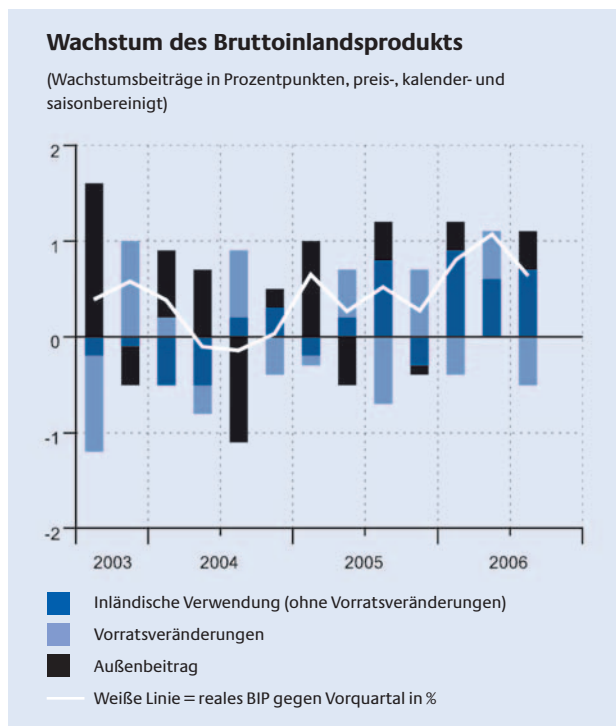
sich jedoch recht deutlich, mit niedrigen Arbeitslosenquoten in den Niederlanden (3,9%) und Irland (4,2%) und relativ hohen Quoten in Griechenland (9,0%), Frankreich (8,8%), Spanien (8,4%), Belgien (8,3%) und Deutschland (8,2%). Die Arbeitslosenrate bei den unter 25-Jährigen liegt weiterhin deutlich höher; im Schnitt betrug sie in der Eurozone 16,6%, wobei sich die Länder auch hier stark unterscheiden.

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Gesamtwirtschaft

Die deutsche Wirtschaft befindet sich konjunkturell in einem robusten Aufschwung. Von den fiskalischen Maßnahmen, einschließlich der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes, die Anfang des neuen Jahres in Kraft treten, gehen zunächst dämpfende Effekte auf die Binnennachfrage aus. Die konjunkturelle Grunddynamik erscheint mittlerweile aber so gefestigt, dass diese Dämpfung nach dem Jahreswechsel relativ zügig überwunden werden dürfte.

Im dritten Quartal 2006 erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,6 % zum Vorquartal. Die Wirtschaftsleistung nahm damit im siebenten Quartal in Folge zu. Eine solche Entwicklung gab es zuletzt Mitte der 90er Jahre. Im ersten und im zweiten Quartal war das BIP aufwärts revidiert um real +0,8 % bzw. +1,1 % gewachsen. Dabei wurde die Entwicklung im ersten Halbjahr durch Sondereffekte wie die Fußball-Weltmeisterschaft begünstigt. Die konjunkturelle Grundtendenz hat sich somit im dritten Quartal³ nahezu unverändert fortgesetzt.



Nach den mittlerweile vorliegenden ausführlichen Ergebnissen zum dritten Quartal kamen die größten Wachstumsbeiträge vom Außenhandel sowie, etwas überraschend, von den privaten Konsumausgaben (jeweils +0,4 Prozentpunkte). Auch die Investitionen in Ausrüstungen und Bauten wurden weiter ausgeweitet (+0,7 % bzw. +0,8 %), wenn auch weniger dynamisch als zuvor. Die Vorratsveränderungen dämpften dagegen die Entwicklung im dritten Quartal mit einem negativen Wachstumsbeitrag von 0,5 Prozentpunkten beträchtlich. Die inländische Verwendung erhöhte sich insgesamt um 0,2 Prozentpunkte. Auf der Entstehungsseite trugen fast alle Wirtschaftsbereiche zum Wachstum bei. Der Aufschwung ist demnach sowohl auf der Entstehungs- als auch der Verwendungsseite breit angelegt. Dies ist eine günstige Ausgangsbasis für die weitere Entwicklung.

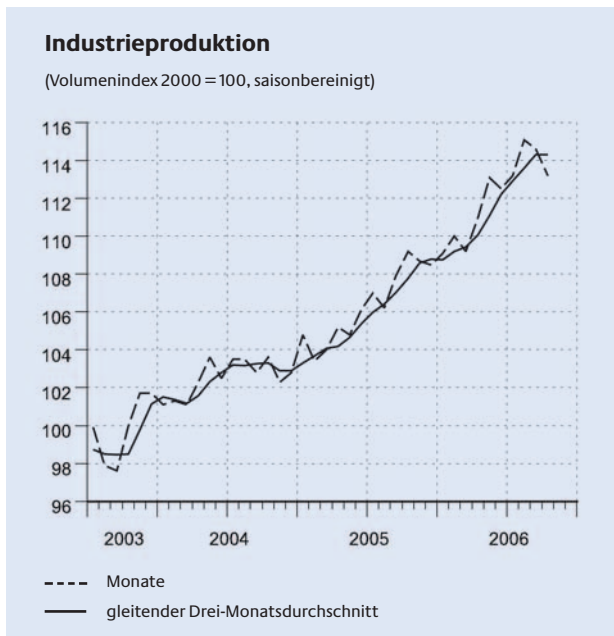
2. Produzierendes Gewerbe

Nach der beschleunigten Entwicklung im zweiten und dritten Quartal wurde im Produzierenden Gewerbe in den letzten beiden Berichtsmonaten September und Oktober die Produktion wieder etwas eingeschränkt. Dies betraf sowohl das Verarbeitende Gewerbe, das Bauhauptgewerbe als auch den Bereich Energie. Die weiteren Aussichten bleiben gleichwohl recht günstig. Die Auftrags-eingänge haben sich zwar am aktuellen Rand nach dem deutlichen Aufwuchs in den Vormonaten ebenfalls abgeschwächt, die Auftragsbücher sind aber gut gefüllt und das Geschäftsklima hatte sich zuletzt sogar weiter aufgehellt. Die nach dem Jahreswechsel zu erwartenden dämpfenden Effekte der Erhöhung der Mehrwertsteuer auf die Binnennachfrage könnten sich zwar auf der Produktionsebene teilweise schon im vierten Quartal, etwa bei den Herstellern von Konsumgütern, bemerkbar machen. Gerade die wieder steigenden Geschäftserwartungen der Unternehmen signalisieren aber, dass die Auswirkungen von der Industrie insgesamt nicht als so durchschlagend eingeschätzt werden. Die Erzeugung des Produzierenden Gewerbes könnte sich somit im Verlauf des vierten Quartals eher wieder etwas erhöhen, zumal das Bauhauptgewerbe aufgrund von Sondereffekten noch kräftig zulegen dürfte.

Im Produzierenden Gewerbe ging die Erzeugung im Oktober saisonbereinigt um 1,4 % zum Vormonat zurück. Bereits im September hatte sie leicht um 0,6 % abgenom-

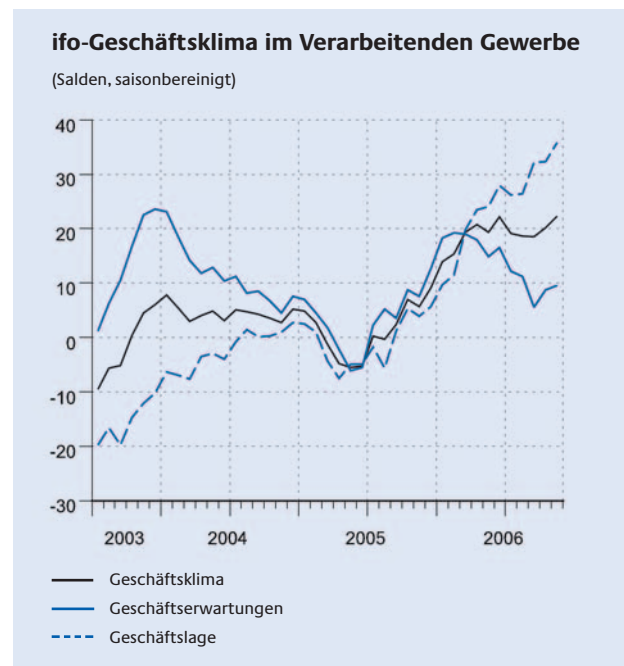
³ Das Statistische Bundesamt hat die ausführlichen Ergebnisse zur Wirtschaftsleistung im dritten Quartal am 23. November 2006 veröffentlicht.

men. Der Ausstoß im Verarbeitenden Gewerbe minderte sich um 1,2%. Dies vollzog sich bei den Herstellern von Vorleistungsgütern (-0,5%), vor allem aber bei den Herstellern von Investitionsgütern (-1,8%) sowie von Konsumgütern (-1,6%). Bei den Investitionsgüterproduzenten war die Entwicklung maßgeblich auf den Wirtschaftszweig „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“ und bei den Konsumgütern auf das Ernährungsgewerbe zurückzuführen. Auch im Zweimonatsvergleich (September/Oktober gegenüber Juli/August) büßte die Gesamtzeugung im Produzierenden Gewerbe saisonbereinigt leicht um 0,6% und die Industrieproduktion geringfügig um 0,3% ein. Das Vorjahresniveau wurde im Produzierenden Gewerbe insgesamt arbeitstäglich bereinigt im September/Oktober um 4,6% und in der Industrie um 5,0% weiter deutlich übertroffen. Nach den starken Aufwüchsen in den Monaten Juli und August sollte der zweimalige Rückgang am aktuellen Rand deshalb eher als eine gewisse Normalisierung angesehen werden, zumal vor dem Tag der deutschen Einheit diesmal ein Brückentag lag, was durch die Saisonbereinigung nicht berücksichtigt wird.

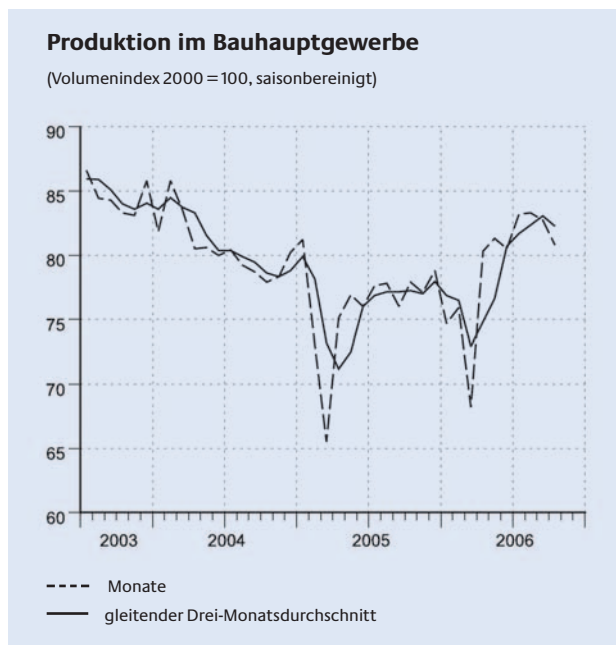


Zwar gingen auch die Auftragseingänge in der Industrie im Oktober gegenüber dem Vormonat preis- und saisonbereinigt um 1,1% zurück und damit zum zweiten Mal hintereinander. Der Umfang an Großaufträgen, die in der Regel nicht sofort im vollen Umfang produktionswirksam werden, war allerdings deutlich geringer als in den Vor-

monaten. Ausschlaggebend im Oktober war der Rückgang der inländischen Nachfrage um 2,6%. Auch betraf die Abschwächung ausschließlich die Nachfrage nach Investitionsgütern, die um 2,8% zurückging. Hierfür war überwiegend die Entwicklung beim Fahrzeugbau verantwortlich. Insbesondere nahm die Nachfrage beim sonstigen Fahrzeugbau (Flugzeuge, Schiffe, Bahn) ab, der zuvor von Großaufträgen profitiert hatte. Im Maschinenbau als einen anderen wichtigen Wirtschaftszweig für Investitionsgüter stieg die Nachfrage dagegen sowohl aus dem Ausland als auch dem Inland an. Der inländische Investitionsaufschwung scheint sich demnach fortzusetzen. Auch die Auftragseingänge bei den Herstellern von Vorleistungs- und Konsumgütern erhöhten sich im Oktober weiter. Für die auch im Zweimonatsvergleich rückläufigen Auftragseingänge in der Industrie um saisonbereinigt 1,7% war dagegen die Abnahme der Auslandsnachfrage um 4,6% ausschlaggebend, während die inländische Nachfrage weiter zunahm (+1,3%). Den Vorjahresstand überschritten die Auftragseingänge in der Industrie im September/Oktober weiterhin sehr deutlich um 7,6% (Ursprungswert). Angesichts der auch durch Großaufträge eher überzeichneten hohen Zuwächse in den Vormonaten ist der Rückgang der Auftragseingänge ebenfalls eher als Normalisierung zu sehen. Insbesondere die inländische Nachfrage scheint nach wie vor intakt zu sein.



Nach dem bisherigen Verlauf von Auftragseingang und Industrieproduktion verwundert es nicht, dass das Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe laut dem ifo-Konjunkturtest, insbesondere aufgrund der Einschätzung der aktuellen Geschäftslage, seit Monaten ausgesprochen positiv ist. Im Oktober und November haben sich aber gerade auch die Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate wieder aufgehellt. Die dämpfenden Effekte, die von der Erhöhung der Mehrwertsteuer auf die private Nachfrage ausgehen, werden demnach von den Unternehmen für die Industrieproduktion nicht als gravierend und vor allem nicht als nachhaltig eingeschätzt. Vor diesem Hintergrund und angesichts des vorhandenen hohen Auftragsbestands könnte sich auch die Industrieproduktion im Verlauf des vierten Quartals wieder festigen.



Die Bauproduktion nahm im Jahresverlauf von Quartal zu Quartal zu, war dabei allerdings auch teilweise starken witterungsbedingten Sondereinflüssen unterworfen. Im Oktober ging die Bauproduktion preis- und saisonbereinigt um 2,3% zum Vormonat zurück. Der bereits erwähnte Brückentageeffekt könnte eine gewisse Rolle gespielt haben. Den Vorjahresstand übertraf die Erzeugung im Bauhauptgewerbe weiterhin im September/Oktober deutlich um arbeitstäglich bereinigt 5,0%. Die Auftragseingänge waren im August und September rückläufig. Das ifo-Geschäftsklima für das Bauhauptgewerbe hellte sich zuletzt aber wieder zweimal in Folge auf, im

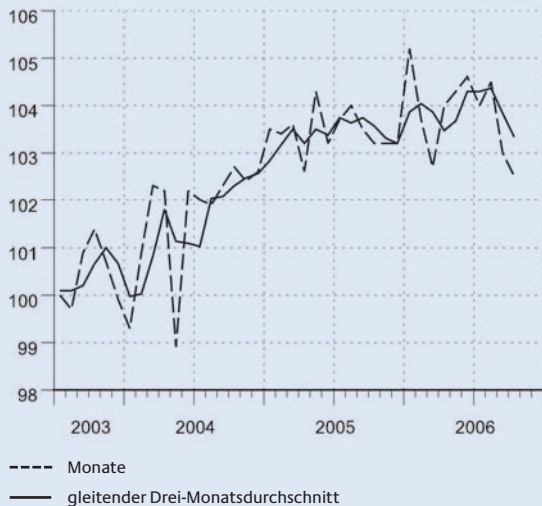
November insbesondere aufgrund zuversichtlicherer Geschäftserwartungen. Bis zum Jahresende sind noch kräftige Impulse durch die milde Witterung sowie durch Vorzieheffekte beim privaten Wohnungsbau wegen der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes zu erwarten. Die wieder ansteigenden und oberhalb der Lagebeurteilung rangierenden Geschäftserwartungen im Bauhauptgewerbe signalisieren gleichzeitig, dass im neuen Jahr nicht mit einem Abbruch der nunmehr stabilisierten Baukonjunktur zu rechnen ist. Mit zunehmender Bedeutung von Erweiterungsinvestitionen, worauf sowohl die hohe Kapazitätsauslastung als auch Umfrageergebnisse hindeuten, sollten vielmehr auch die gewerblichen Bauinvestitionen weiter zunehmen und die auslaufenden Sondereffekte beim Wohnungsbau kompensieren können.

3. Privater Konsum

Die privaten Konsumausgaben haben sich nach vier Jahren der Stagnation im laufenden Jahr belebt. Sondereffekte wie die Fußball-Weltmeisterschaft sowie vorgezogene Anschaffungen wegen der kommenden Erhöhung der Mehrwertsteuer dürften hierzu beigetragen haben. Auf Vorzieheffekte weisen zum Beispiel auch die Ergebnisse einer Studie der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) hin, die hierzu Verbraucher repräsentativ befragt hat. Im dritten Quartal nahmen die privaten Konsumausgaben preis-, kalender- und saisonbereinigt um +0,7% zu. Sie lagen kumuliert im bisherigen Jahresverlauf saisonbereinigt knapp ein Prozent über dem Vorjahreszeitraum. Der Umsatz im Einzelhandel im engeren Sinne, also ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen, verringerte sich nach spürbarer Zunahme im ersten Halbjahr im dritten Quartal saisonbereinigt um 0,4% und war auch im Oktober rückläufig (-0,5% zum Vormonat). Demgegenüber haben sich die Neuzulassungen von Personenkraftwagen im November stark erhöht. Ein beträchtlicher Anteil hiervon dürfte im Vorgriff auf die Erhöhung der Mehrwertsteuer von der privaten Konsumnachfrage ausgehen. Die Lagebeurteilung der Einzelhändler erreichte im Rahmen des ifo-Konjunkturtests zuletzt ein seit dem Wiedervereinigungsboom nicht mehr gesehenes positives Niveau, was ebenfalls auf Vorzieheffekte hindeutet.

Einzelhandelsumsatz (ohne KFZ und Tankstellen)

(Volumenindex 2000 = 100, saisonbereinigt)



Für die weitere Entwicklung des privaten Konsums zeichnen die Konjunkturindikatoren allerdings ein eher gemischtes Bild. Einerseits hellt sich das von der Gesellschaft für Konsumforschung ermittelte Konsumklima der Verbraucher immer weiter auf. Dies ist aber insbesondere auf die Anschaffungsneigung für langlebige Gebrauchsgüter zurückzuführen und dürfte sich vor allem auf das Vorziehen von Käufen bis zum Jahreswechsel beziehen. Andererseits trübte sich das ifo-Geschäftsklima im Einzelhandel in den vergangenen beiden Monaten wegen deutlich verschlechterter Geschäftserwartungen ein. Die Einzelhändler befürchten offensichtlich einen Kaufkraftentzug durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Vor diesem Hintergrund ist bis Jahresende bei eher noch zunehmenden Vorzieheffekten mit einer weiter steigenden privaten Konsumnachfrage zu rechnen. Anfang des neuen Jahres sind dann zunächst die Rückpralleffekte der vorgezogenen Käufe sowie der Kaufkraftentzug der privaten Haushalte durch die fiskalischen Maßnahmen zu verkraften. Beides dürfte aber allmählich durch positive Auswirkungen der praktisch schon im gesamten Jahresverlauf überaus günstigen Beschäftigungsentwicklung gemildert werden. Mit weiter zunehmender Beschäftigung verbessern sich die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer, und auch ihre Konjunktur- und Einkommensperspektiven werden sich nach und nach aufhellen. Dies könnte mittelfristig dem privaten Konsum nachhaltige Impulse verschaffen.

4. Außenwirtschaft

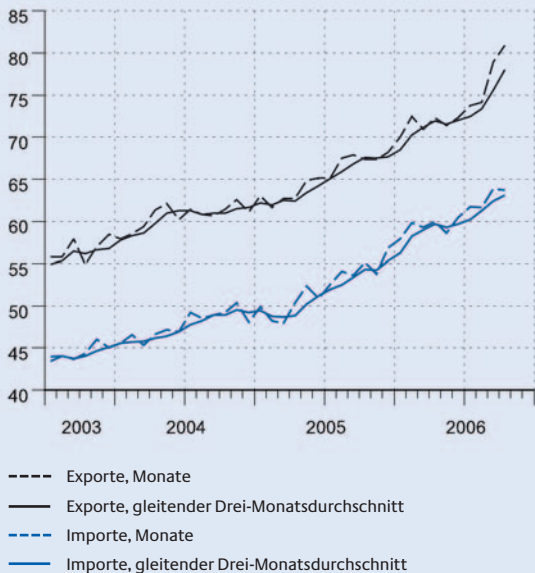
Während die Warenexporte im Oktober weiter kräftig zunahmen, haben sich die Warenimporte nur geringfügig abgeschwächt. Die in der Tendenz zu beobachtende deutliche Aufwärtsentwicklung der Ein- und Ausfuhren setzt sich demnach insgesamt fort. Das robuste weltwirtschaftliche Wachstum und die hohe Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft sind auch angesichts des stärkeren Euro gute Rahmenbedingungen für weitere außenwirtschaftliche Impulse für die deutsche Volkswirtschaft.

Die Warenausfuhr in jeweiligen Preisen erhöhte sich im Oktober saisonbereinigt um 2,6% zum Vormonat nach einem Anstieg um 6,5% im September. Im Zwei- bzw. Dreimonatsvergleich nahmen die Exporte um 8,1% bzw. 7,6% zur Vorperiode zu. Die beschleunigte Entwicklung des dritten Quartals setzt sich demnach fort. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Exporte in den beiden letzten Monaten durch Nachmeldungen überzeichnet sind. Kumuliert lagen die nominellen Warenausfuhren (Ursprungswerte) im laufenden Jahr bis Oktober um 13,8% über dem Vorjahr. Die Ausfuhrpreise erhöhten sich von September auf Oktober um 0,4%. Ihre Jahresrate stieg wieder leicht auf +2,5% (September: +2,3%). Für die preisbereinigten Ausfuhren liegen die Daten um einen Monat verzögert vor. Danach erhöhte sich das saisonbereinigte Ausfuhrvolumen – nach lediglich +0,4% im zweiten Quartal – im dritten Quartal um 6,4% zum Vorquartal. Wie im gesamten bisherigen Jahresverlauf nahmen die Exporte auch im Oktober in Drittländer sowie in EU-Länder außerhalb der Eurozone stärker zu als die in die Eurozone selbst.

Die weiteren Aussichten für die Ausfuhrentwicklung bleiben insgesamt recht günstig. Die internationalen Organisationen prognostizieren für das kommende Jahr eine nahezu ungebremste Fortsetzung des Aufschwungs der Weltwirtschaft. Etwas gedämpfter dürfte allerdings die Entwicklung in den USA verlaufen, auf die ein Exportanteil von gegenwärtig knapp 9% der deutschen Ausfuhren entfällt. Auch die Aufwertung des Euro könnte sich, soweit sie sich als nachhaltig erweist, mittelfristig dämpfend auswirken, sollte aber auch nicht überbewertet werden. Zwar hat der Euro gegenüber dem US-Dollar allein im November um knapp 4% und im Jahresverlauf um knapp 12% aufgewertet. Die preisliche Wettbewerbsfähig-

Außenhandel mit Waren

(Werte in Milliarden Euro, saisonbereinigt)



keit der deutschen Wirtschaft, gemessen am realen effektiven Wechselkurs gegenüber den 19 wichtigsten Handelspartnern, verschlechterte sich aber im Jahresverlauf nur um rund 1%. Die deutschen Ausfuhren gehen eben zu über 40% in den Euroraum und zu über 60% in die Europäische Union. Außerdem ist die Preisstabilität in Deutschland stärker ausgeprägt als bei den meisten Handelspartnern. Zu berücksichtigen ist ferner, dass mit einem stärkeren Euro auch die importierten Vorleistungsgüter günstiger werden. Darüber hinaus sind die deutschen Unternehmen derzeit für den internationalen Wettbewerb auch gut gerüstet. Die aktuellen Konjunkturindikatoren stimmen zudem zuversichtlich. Die Bestellungen in der Industrie aus dem Ausland liegen im Oktober zwar unter dem Niveau des durch Großaufträge getriebenen dritten Quartals, haben sich aber am aktuellen Rand saisonbereinigt zum Vormonat wieder leicht erhöht (+0,6%). Die ifo-Exportorerwartungen im Verarbeitenden Gewerbe stiegen im November mit +22,2 Saldenpunkten sogar auf einen neuen Rekordwert seit der Wiedervereinigung an. Die Warenausfuhren dürften demnach bis auf weiteres aufwärts gerichtet bleiben.

Die Wareneinfuhr ist am aktuellen Rand geringfügig gesunken. Sie ging in jeweiligen Preisen im Oktober saisonbereinigt um 0,2% gegenüber dem Vormonat zurück.

Im Zwei- und Dreimonatsvergleich erhöhte sie sich dagegen um 3,4% bzw. 4,7% und bleibt damit in der Tendenz ebenfalls aufwärts gerichtet. Kumuliert bis Oktober liegen die Einfuhren in jeweiligen Preisen um 17,7% (Ursprungszahlen) über dem Stand des Vorjahres. Die Einfuhrpreise sind von September auf Oktober insbesondere wegen der Preisentwicklung bei Mineralölerzeugnissen nochmals zurückgegangen (-0,3%). Auch der Preisabstand zum Vorjahr hat nach seinem Höchststand im Mai (+7,5%) im Oktober weiter abgenommen (+3,0%). Das Einfuhrvolumen nahm im dritten Quartal saisonbereinigt mit +3,1% zum Vorquartal ebenfalls beschleunigt zu, allerdings weniger stark als die Ausfuhren. Mit der vermutlich weiter wachsenden Binnennachfrage im vierten Quartal, aber auch aufgrund des Importgehalts der deutschen Ausfuhren dürfte auch in den kommenden Monaten mit einer lebhaften Einfuhrentwicklung zu rechnen sein.

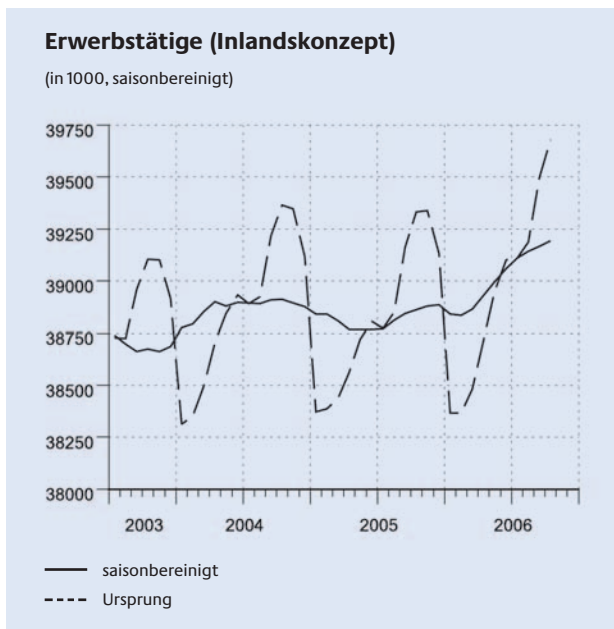
Die Handelsbilanz ergab im Oktober einen Überschuss von 17,3 Mrd. Euro gegenüber 11,8 Mrd. Euro im Vorjahresmonat. Kumuliert über das Jahr lag der Überschuss bei 134,8 Mrd. Euro und damit leicht unter dem Vorjahresstand. Die Leistungsbilanz schloss im Oktober mit einem Überschuss von 11,6 Mrd. Euro gegenüber 5,8 Mrd. Euro im Vorjahresmonat. Kumuliert bis Oktober betrug der Leistungsbilanzüberschuss 79,0 Mrd. Euro; das sind 3,1 Mrd. Euro mehr als im Vorjahreszeitraum.

5. Arbeitsmarkt

Die Belegung des Arbeitsmarktes setzt sich – gestützt auf einen soliden konjunkturellen Aufschwung – fort. Dabei geht der Aufbau der Beschäftigung schon im gesamten Jahresverlauf vor allem von der Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung aus. Besserungstendenzen sind mittlerweile in den meisten Wirtschaftsbereichen zu beobachten. Im November wirkte sich zusätzlich die milde Witterung positiv auf den Arbeitsmarkt aus. Die Arbeitslosigkeit ging ungewöhnlich stark weiter zurück und unterschritt sogar erstmals seit vier Jahren die Vier-Millionen-Grenze.

Bei der Erwerbstätigkeit setzt sich der Aufwärtstrend im Zuge der günstigen konjunkturellen Entwicklung ungebrochen fort. Die Erwerbstätigkeit nach dem Inlands-konzept nahm im Oktober binnen Jahresfrist um 346.000 Personen auf 39,68 Millionen weiter zu. Der Beschäfti-

gungsaufbau wurde vor allem durch die Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, aber auch durch die steigende Zahl der Selbständigen gestützt, die sich im dritten Quartal gegenüber dem Vorjahr um gut 40.000 erhöhte. Die Anzahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten ging demgegenüber im November im Vergleich zum Vorjahr um 54.000 auf 4,72 Millionen zurück. In Arbeitsgelegenheiten waren 286.000 Personen beschäftigt, 3.000 weniger als im Vorjahr. Saisonbereinigt erhöhte sich die Erwerbstätigkeit von September auf Oktober weiter um 26.000 Personen. In den vorangegangenen sechs Monaten hatte sie saisonbereinigt um durchschnittlich 51.000 zugenommen.



Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steigt saisonbereinigt seit Februar dieses Jahres und liegt seit April über Vorjahresniveau. Im September waren 26,88 Millionen Personen (Ursprung) sozialversicherungspflichtig beschäftigt, 317.000 mehr als im Vorjahr. Saisonbereinigt erhöhte sie sich weiter um rund 19.000 Personen. Dies war weniger als im Durchschnitt der vorangegangenen sechs Monate, in denen sie monatlich um rund 50.000 zunahm. Der Beschäftigungsaufbau vollzog sich, gemessen an den Veränderungen zum Vorjahr, vor allem im Bereich der Dienstleistungen. Insbesondere bei den unternehmensnahen Dienstleistungen gab es, getragen von der Expansion der Arbeitnehmerüberlassung, kräftige Zuwächse. Darüber hinaus wurden auch in anderen Bereichen wie Verkehr und Nachrichtenübermittlung,

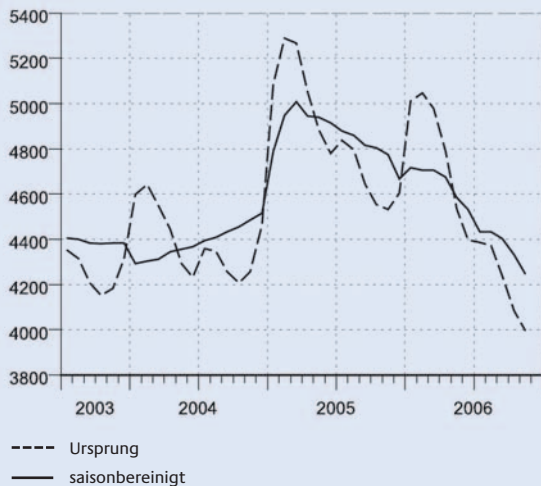
sonstige Dienstleistungen sowie Gesundheits- und Sozialwesen per Saldo sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen. Gleichzeitig wurde aber auch der Rückgang im Verarbeitenden Gewerbe schwächer, und der Personalabbau im Baugewerbe scheint auszulaufen. Zwar ist zu berücksichtigen, dass die Angaben zur Beschäftigung am aktuellen Rand auf Schätzungen beruhen und revisionsanfällig sind. Die positiven Grundtendenzen wurden aber in den vergangenen Monaten zunehmend bestätigt.

Korrespondierend mit der positiven Beschäftigungsentwicklung ging die Zahl der registrierten Arbeitslosen von Oktober auf November außerordentlich deutlich um 89.000 auf 3,995 Millionen zurück. Der Rückgang war sehr viel stärker als im November des Vorjahres (-24.000). Auch saisonbereinigt setzte sich der Abbau der Arbeitslosigkeit mit 86.000 im November verstärkt fort. In den vorangegangenen sechs Monaten war die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt im Monatsdurchschnitt um rund 57.000 zurückgegangen. Zur überaus günstigen Entwicklung in diesem November haben neben der nunmehr seit sieben Quartalen aufwärts gerichteten konjunkturellen Entwicklung die milde Witterung in Verbindung mit dem frühen Zähltag sowie weitere Sonderfaktoren beigetragen. Neben der intensiveren Betreuung der Arbeitslosen ist hier gerade auch die systematische Aktualisierung der Bewerberangebote anzuführen. Die Entlastung des Arbeitsmarktes durch aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ist demgegenüber zwar weiterhin hoch, aber nicht ausschlaggebend für die aktuelle Entwicklung. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Zahl der registrierten Arbeitslosen – nach -471.000 im Oktober – im November um 536.000 (Ursprungszahl) ab. Die Arbeitslosenquote sank bundesweit weiter auf 9,6 %, nach 9,8 % im Vormonat. In den alten Ländern betrug die Arbeitslosenquote zuletzt 8,0 % und in den neuen Ländern 15,5 %.

Die Zahl der Erwerbslosen in der Abgrenzung der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), die für internationale Vergleiche ein geeigneter Maßstab ist, sank von September auf Oktober um 37.000 auf 3,10 Millionen (Ursprung). Bei saisonbereinigter Betrachtung ging sie um 18.000 zurück. Die Erwerbslosenquote nach IAO nahm im Oktober auf 7,3 % (September: 8,1 %) ab. In Westdeutschland betrug sie 6,7 %, in Ostdeutschland 9,6 % (Ursprung).

Arbeitslose

(in 1.000, Abgrenzung nach SGB III)



Ein weiteres Indiz für die Belebung des Arbeitsmarktes und die zunehmende Nachfrage nach Arbeitskräften ist die Entwicklung des Stellenangebots. Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen hat sich saisonbereinigt von Oktober auf November um 32.000 weiter erhöht. Die Zahl der die konjunkturelle Entwicklung widerspiegelnden ungeforderten Stellen stieg dabei um 15.000 an. Gegenüber dem Vorjahr nahm die Zahl der offenen Stellen im November um 187.000 auf insgesamt 609.000 zu. Der Bestand an ungeforderten Stellen erhöhte sich dabei um 116.000 auf 402.000.

6. Preise

Die Preisentwicklung in Deutschland ist auch weiterhin maßgeblich durch die Energiepreise geprägt. Ein entscheidender Einflussfaktor ist hier die Preisentwicklung beim Rohöl. Im November war der Preis für ein Barrel der Sorte Brent auf rd. 56 \$ zurückgegangen. Nach einem Anstieg über 65 \$ Anfang Dezember notierte der Rohölpreis zur Mitte dieses Monats bei rd. 62 \$. Vereinzelt könnte es in letzter Zeit auch bereits zu vorgezogenen Preiserhöhungen im Vorfeld der zu Beginn des nächsten Jahres anstehenden Mehrwertsteuererhöhung gekommen sein. In welchem Umfang solche Effekte tatsächlich zum Tragen kommen, lässt sich aber nur sehr schwer bestimmen. Insgesamt ist das Preisklima derzeit nach wie vor ruhig.

Die Einfuhrpreise sind im Oktober gegenüber dem Vormonat nochmals spürbar zurückgegangen (-1,3%), nachdem sie bereits im September leicht rückläufig waren (-0,3%). Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Index der Einfuhrpreise nur noch um 3,0%. Im Mai hatte die Jahresteuerrate hier einen Höchststand von 7,5% erreicht. Ausschlaggebend für die Abschwächung des Preisauftriebs bei den Einfuhrpreisen waren die spürbaren Preisrückgänge bei Erdöl und Mineralölerzeugnissen.

Die Jahresteuerrate der Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte nimmt seit Jahresmitte ebenfalls wieder ab, nachdem sie im Gefolge der Preiserhöhungen bei Mineralölerzeugnissen sowie Strom, Gas und Fernwärme deutlich angestiegen waren. Im Oktober schwächte sie sich auf +4,6% ab, nachdem sie im Monat zuvor bei +5,1% gelegen hatte. Der aktuelle Rückgang der Erzeugerpreise beruht teilweise allerdings auf Basiseffekten. Im Verlauf erhöhten sich die Erzeugerpreise im Oktober um 0,3%, nach -0,3% im September. Im Verlauf dämpfend hat sich dabei die Entwicklung der Energiepreise ausgewirkt.

Preisentwicklung

(Veränderungen gegen Vorjahr in %)



Die Verbraucherpreise sind von Oktober auf November leicht um 0,1% zurückgegangen, nachdem sie sich im Monat zuvor um denselben Prozentsatz erhöht hatten. Ausschlaggebend hierfür waren neben deutlich rückläufigen Preisen für Heizöl und Kraftstoffe (-5,1% bzw. -0,5%) saisonbedingte Verbilligungen von Pauschalreisen (-8,3%)

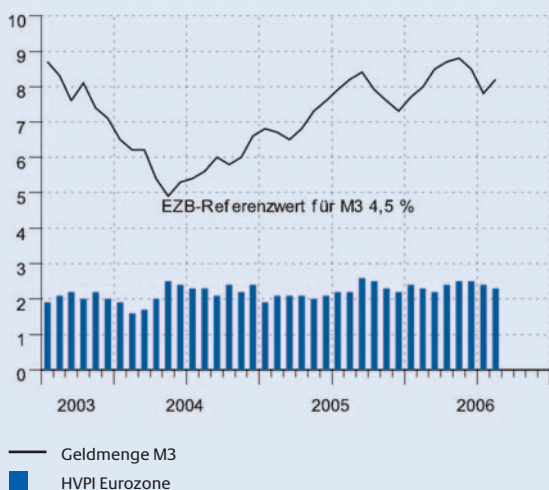
und Preisrückgänge bei der Nachrichtenübermittlung (-0,4%). Im Vorjahresvergleich erhöhten sich die Verbraucherpreise zuletzt um 1,5%, nach +1,1% im Oktober. Die Jahresrate der Kerninflation (ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel) lag im November bei +1,1%. Der auf europäischer Ebene vergleichbare harmonisierte Verbraucherpreisindex erhöhte sich im November binnen Jahresfrist um 1,5%. Nach wie vor weist Deutschland damit eine der niedrigsten Inflationsraten im Euroraum auf.

7. Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im Oktober saisonbereinigt bei +8,5%. Der Dreimonatsdurchschnitt der jährlichen Wachstumsrate der Geldmenge M3 von August bis Oktober 2006 hat sich damit auf 8,4% erhöht, nach +8,2% im Zeitraum Juli bis September 2006. Die Geldmengenexpansion im Oktober ist vor allem auf den Anstieg der kurzfristigen Einlagen (ohne täglich fällige Einlagen) um 10,8% (September: +9,9%) sowie die Erhöhung der jährlichen Wachstumsrate der marktfähigen Finanzinstrumente auf 10,5% (September: +9,3%) zurückzuführen. Demgegenüber ging die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M1 im Oktober auf +6,3% zurück (September: +7,2%).

Geldmenge M3 und HVPI für die Eurozone

(Veränderungen gegen Vorjahr in %)



Die EZB hat in ihrer Sitzung am 7. Dezember 2006 den Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems um 25 Basispunkte auf 3,50% angehoben. Die Kurzfristzinsen (Drei-Monats EURIBOR) erhöhten sich seit September 2005 aufgrund der seither erfolgten Anhebungen des Mindestbietungssatzes der EZB von durchschnittlich 2,14% auf 3,60% im November 2006. Die Langfristzinsen, gemessen an der Umlaufrendite 9- bis 10-jähriger Bundesanleihen, stiegen von ihrem Tiefpunkt im September 2005 mit 3,07% bis Juli 2006 auf 4,01% an und sind danach tendenziell wieder zurückgegangen. Im November 2006 lag die Umlaufrendite langfristiger Bundesanleihen bei 3,71%. Die Zinsstrukturkurve ist auf Grund dieser Entwicklungen in den letzten Monaten in der Tendenz noch etwas flacher geworden. Die Zinsdifferenz zwischen den USA und Deutschland, die bei den kurzfristigen Anlagen bis zur Mitte dieses Jahres deutlich angestiegen war, hat in den folgenden Monaten wieder abgenommen. Sie betrug, gemessen an den 3-monatigen Interbankraten, im Dezember etwa 180 Basispunkte. Bei den langfristigen Staatspapieren ist die Zinsdifferenz nach spürbar rückläufiger Entwicklung von Mai 2006 bis November 2006 im Dezember wieder angestiegen. Sie lag bei den 10-jährigen Staatspapieren zuletzt bei etwa 90 Basispunkten.

Das Wachstum der Kredite an Nichtbanken im Euroraum verläuft weiterhin kräftig. Nach einem Anstieg auf eine saisonbereinigte Jahresrate von +12,2% im September hat sich das Kreditwachstum im Oktober nur leicht auf +12,0% abgeschwächt. In Deutschland ist der Anstieg der Kredite insgesamt nach wie vor deutlich schwächer ausgeprägt. Im Oktober ging das Kreditwachstum hier auf +1,9% zurück (September: +2,5%).

III. Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung¹

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ²							
	2004		2005				2006	
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten								
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	0,0	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,1	+ 0,6
Inländische Verwendung	- 0,1	- 0,3	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,2
Private Konsumausgaben ³	+ 0,8	- 0,4	0,0	+ 0,6	- 0,8	+ 1,0	- 0,2	+ 0,7
Konsumausgaben des Staates	- 1,2	+ 0,8	+ 1,2	- 0,1	- 0,6	+ 1,6	- 1,0	+ 0,9
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,3	- 0,2	- 0,1	+ 2,2	+ 1,1	0,0	+ 4,4	+ 0,8
Ausrüstungen	- 1,7	+ 3,2	+ 0,4	+ 2,4	+ 0,5	+ 3,6	+ 3,1	+ 0,7
Bauten	+ 0,6	- 2,8	- 0,9	+ 2,0	+ 1,8	- 2,8	+ 5,8	+ 0,8
Sonstige Anlagen	+ 1,2	+ 0,4	+ 2,8	+ 1,7	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,6	+ 1,2
Exporte	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,9	+ 4,1	+ 1,2	+ 4,9	+ 0,8	+ 4,2
Importe	+ 1,6	- 1,1	+ 3,6	+ 3,5	+ 1,7	+ 4,6	+ 0,8	+ 3,6
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten⁴								
Inländische Verwendung	- 0,1	- 0,3	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,2
Private Konsumausgaben ³	+ 0,5	- 0,3	0,0	+ 0,3	- 0,4	+ 0,6	- 0,1	+ 0,4
Konsumausgaben des Staates	- 0,2	+ 0,1	+ 0,2	0,0	- 0,1	+ 0,3	- 0,2	+ 0,2
Bruttoanlageinvestitionen	0,0	0,0	0,0	+ 0,4	+ 0,2	0,0	+ 0,8	+ 0,1
Ausrüstungen	- 0,1	+ 0,2	0,0	+ 0,2	0,0	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1
Bauten	+ 0,1	- 0,3	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	- 0,3	+ 0,5	+ 0,1
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Vorratsveränderung ⁵	- 0,4	- 0,1	+ 0,5	- 0,7	+ 0,7	- 0,4	+ 0,5	- 0,5
Außenbeitrag	+ 0,2	+ 1,0	- 0,5	+ 0,4	- 0,1	+ 0,3	0,0	+ 0,4

	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶							
	2004		2005			2006		
	2003	2004	2005	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten								
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	- 0,2	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,1	+ 3,2	+ 1,3	+ 2,3
Inländische Verwendung	+ 0,6	0,0	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 2,9	+ 0,8	+ 1,7
Private Konsumausgaben ³	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,0	- 0,9	+ 1,4	- 0,0	+ 0,6
Konsumausgaben des Staates	+ 0,4	- 1,3	+ 0,6	+ 0,9	+ 1,1	+ 2,2	0,0	+ 0,9
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,8	- 0,4	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,8	+ 6,0	+ 3,6	+ 4,8
Ausrüstungen	- 0,1	+ 4,2	+ 6,1	+ 4,1	+ 5,4	+ 10,8	+ 6,1	+ 6,8
Bauten	- 1,6	- 3,8	- 3,6	- 1,3	- 1,6	+ 2,0	+ 1,6	+ 3,3
Sonstige Anlagen	+ 2,5	+ 1,2	+ 4,7	+ 6,4	+ 5,5	+ 5,8	+ 4,8	+ 4,3
Exporte	+ 2,4	+ 9,6	+ 6,9	+ 9,4	+ 8,0	+ 14,9	+ 9,3	+ 10,7
Importe	+ 5,3	+ 6,9	+ 6,5	+ 7,7	+ 7,3	+ 16,2	+ 9,2	+ 10,2

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2000=100;

2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

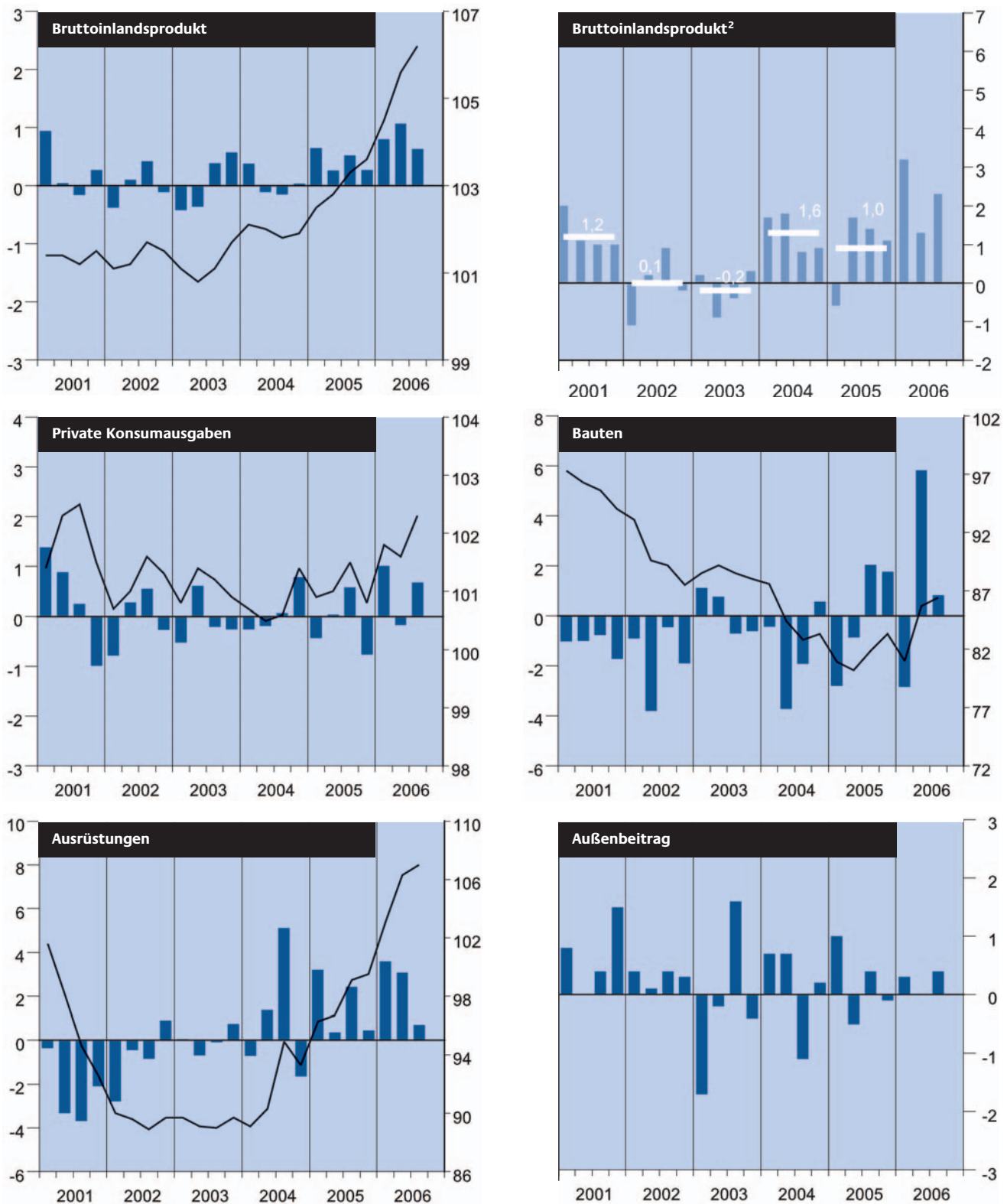
3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;

4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;

5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;

6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten¹



— Kettenindex (rechte Skala)
■ Veränderung gegen Vorquartal, Außenbeitrag: Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten (linke Skala)
■ Veränderung gegen Vorjahr (rechte Skala), weiße Balken = Jahresdurchschnitt

Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, 2000 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA;

² Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ¹							
	2004		2005				2006	
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen²								
Bruttowertschöpfung ³	-0,0	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,7	+ 1,3	+ 0,7
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	- 0,5	+ 1,9	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,5
Baugewerbe	+ 0,6	- 2,9	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,5	- 2,8	+ 6,7	+ 1,2
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,5	- 0,3	+ 1,4	+ 1,8	+ 0,7
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	-0,0	+ 1,1	+ 0,1	- 0,3	+ 0,3	+ 0,6	+ 1,1	0,0
Öffentliche und private Dienstleister	- 0,1	+ 0,5	- 0,5	+ 0,3	-0,0	+ 0,1	- 0,2	+ 0,4
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	- 1,2	- 4,1	+ 1,3	+ 0,9	- 2,3	-0,0	+ 0,7	+ 0,6

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %							
	2003	2004	2005		2006			
			2005	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Preisentwicklung								
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,5
Inländische Verwendung	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,0
Private Konsumausgaben	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,1
Kennzahlen								
Erwerbstätige ³	- 0,9	+ 0,4	- 0,1	- 0,2	-0,0	0,0	+ 0,6	+ 0,9
Arbeitsvolumen ⁴	- 1,4	+ 0,6	- 0,4	- 0,4	- 0,7	+ 1,2	- 0,6	+ 0,8
Arbeitsproduktivität ⁵	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,6	+ 1,1	+ 3,2	+ 0,7	+ 1,4
Lohnkosten je Arbeitnehmer ⁶	+ 1,5	+ 0,4	- 0,1	- 0,1	- 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,6
Lohnstückkosten ⁷	+ 0,8	- 0,4	- 1,1	- 1,7	- 1,4	- 2,8	- 0,2	- 0,8
verfügbares Einkommen ⁸	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,7	+ 2,4	+ 1,1	+ 2,8	+ 1,3	+ 1,3
Terms of Trade	+ 0,9	- 0,1	- 0,8	- 1,0	- 1,0	- 3,2	- 3,0	- 1,3

Prognose Bruttoinlandsprodukt ⁹		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		Stand	2006	2007
ifo	ifo-Institut für Wirtschaftsforschung	12 / 06	+ 2,5	+ 1,9
IfW	Institut für Weltwirtschaft	12 / 06	+ 2,6	+ 2,1
IWF	Internationaler Währungsfonds	12 / 06	+ 2,5	+ 1,5
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	12 / 06	+ 2,5	+ 1,9
EU	Europäische Union	11 / 06	+ 2,4	+ 1,2
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development ¹⁰	11 / 06	+ 2,6	+ 1,5
Bundesregierung	Frühjahrs- und Herbstprojektion	10 / 06	+ 2,3	+ 1,4
Institute	Gemeinschaftsdiagnose	10 / 06	+ 2,3	+ 1,4
HWWA	Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv	09 / 06	+ 2,1	+ 1,1
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle	09 / 06	+ 2,0	+ 0,8
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	07 / 06	+ 1,8	+ 1,4

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

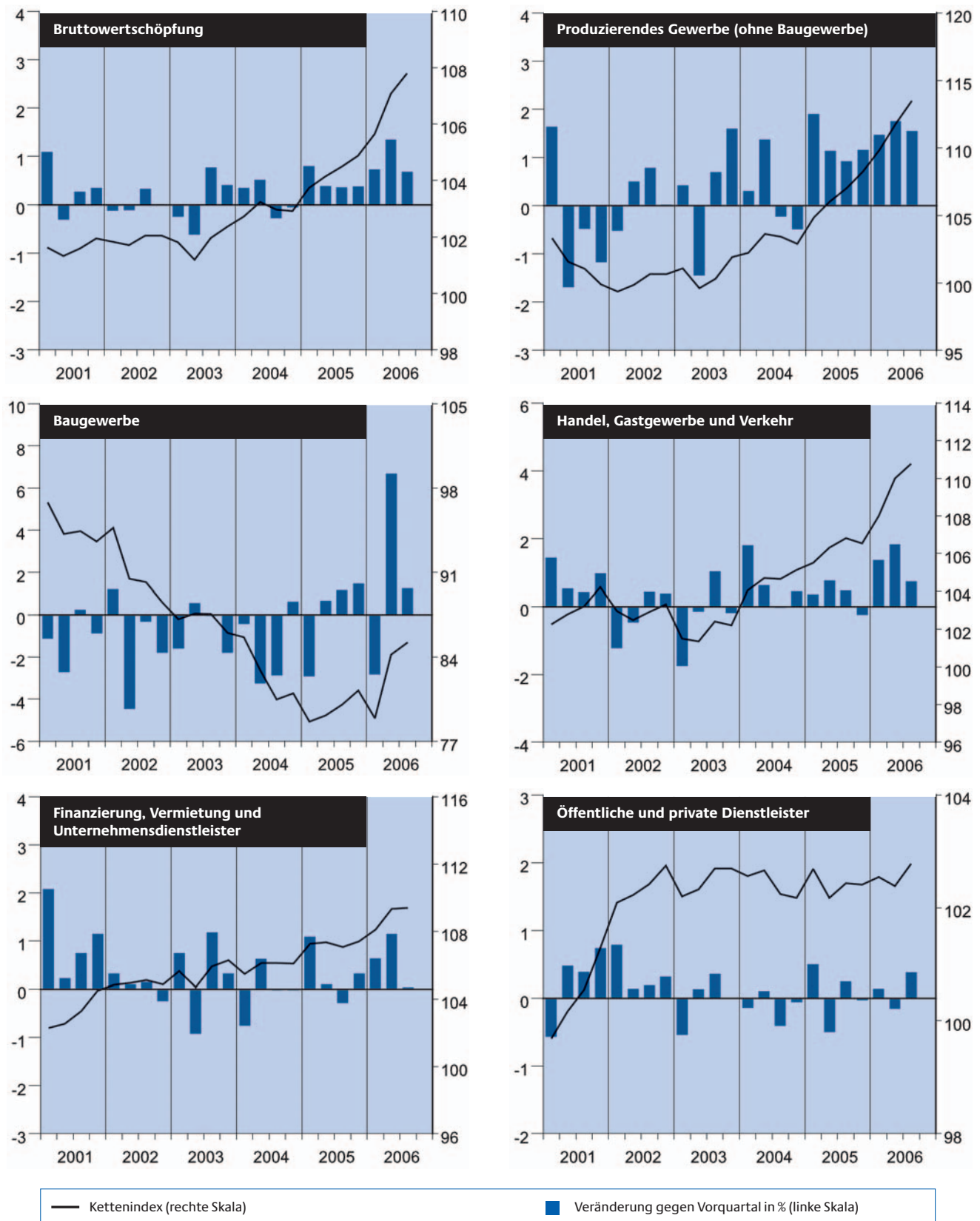
1 Preisbereinigt, Kettenindex 2000 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern;

3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen;

6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen;

10 kalenderbereinigte Werte.

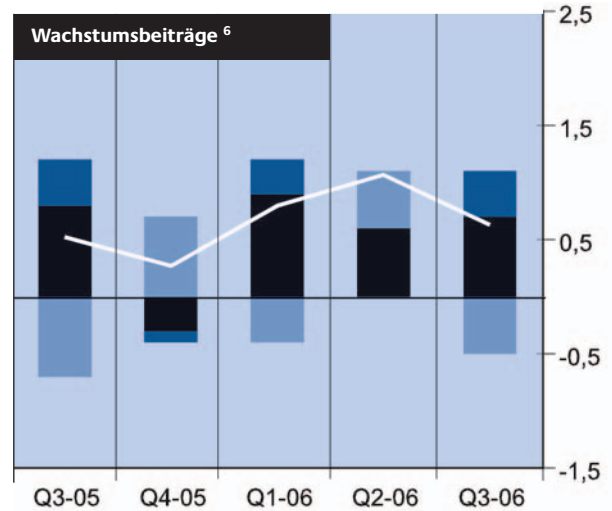
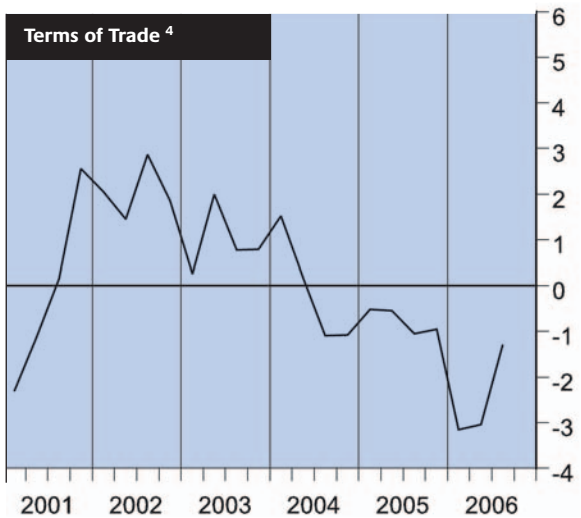
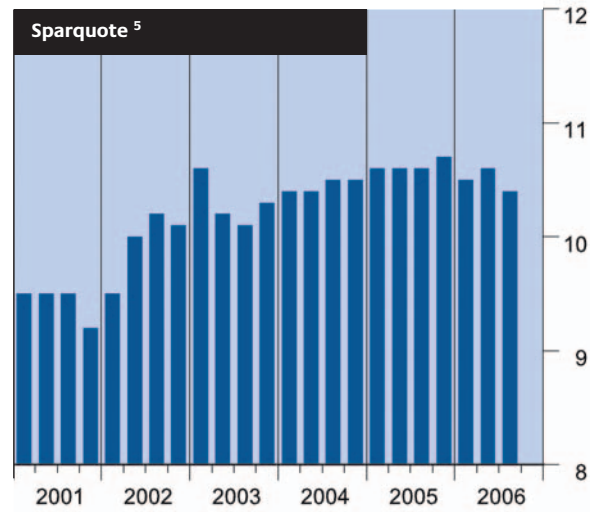
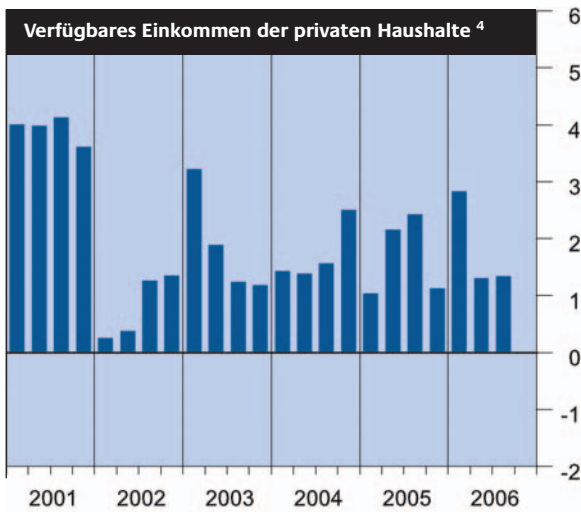
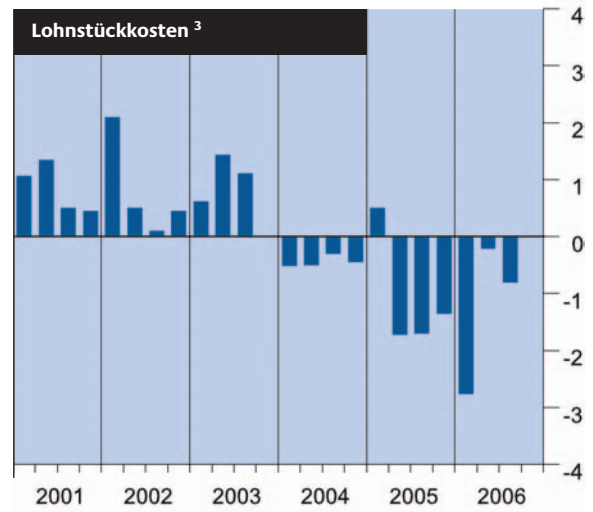
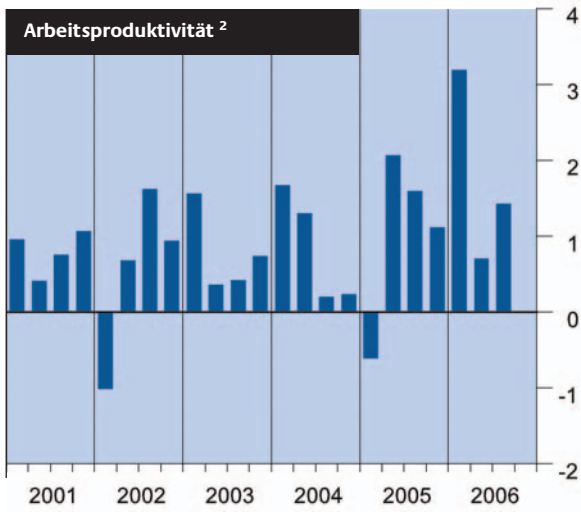
1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹



Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, Kettenindex 2000 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen¹



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Vorratsveränderungen
 ■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)
 ■ Außenbeitrag
 Weiße Linie = reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2000 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen;

4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.6 Internationaler Vergleich

	2002		2003		2004				2005				2006			
	2002	2003	2004	2005	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bruttoinlandsprodukt ¹																
Deutschland	-0,0	-0,2	+1,3	+0,9	+0,6	+0,4	-0,1	-0,1	0,0	+0,6	+0,3	+0,5	+0,3	+0,8	+1,1	+0,6
Eurozone (EUR - 12)	+0,9	+0,8	+1,7	+1,4	+0,5	+0,7	+0,3	+0,2	+0,2	+0,4	+0,4	+0,6	+0,4	+0,8	+1,0	+0,5
Europäische Union (EU - 25)	+1,2	+1,3	+2,2	+1,7	+0,7	+0,7	+0,5	+0,3	+0,3	+0,4	+0,4	+0,7	+0,5	+0,8	+1,0	+0,6
Japan	+0,3	+1,5	+2,7	+1,9	+1,5	+1,3	-0,3	+0,3	-0,1	+0,8	+0,8	+0,7	+0,5	+0,7	+0,3	+0,2
USA	+1,6	+2,5	+3,9	+3,2	+0,7	+0,9	+1,0	+0,8	+0,6	+0,8	+0,8	+1,0	+0,4	+1,4	+0,6	+0,5

Leistungsbilanzsaldo in % des BIP ²																
Deutschland	+0,7	+0,6	+1,2	+1,3	+0,9	+1,5	+1,5	+0,8	+1,2	+1,8	+1,3	+1,1	+1,1	+1,6	+1,3	+1,1
Eurozone (EUR - 12)	+0,8	+0,4	+0,7	-0,1	+1,0	+0,8	+0,2	+0,6	+1,2	+0,4	-0,4	0,0	-0,4	-0,6	-0,4	0,0
Europäische Union (EU - 25)	0,0	0,0	-0,1	-0,6	+0,1	-0,2	-0,3	-0,3	+0,4	-0,4	-0,4	-0,8	-0,9	-1,3	-0,8	-0,8
Japan	+2,9	+3,2	+3,7	+3,7	+3,5	+3,8	+3,8	+3,7	+3,6	+3,5	+3,5	+3,5	+4,2	+3,8	+3,4	+3,7
USA	-4,5	-4,8	-5,7	-6,4	-4,6	-5,1	-5,7	-5,6	-6,2	-6,3	-6,3	-5,8	-7,0	-6,6	-6,6	-

	Jahresdurchschnitt			2005					2006							
	2003	2004	2005	Nov	Dez	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov
Arbeitslosenquoten in %³																
Deutschland	8,8	9,2	9,2	8,9	9,0	8,6	8,5	8,3	7,9	8,1	8,0	8,0	8,2	8,3	7,9	-
Eurozone (EUR - 12)	8,7	8,8	8,6	8,5	8,4	8,3	8,2	8,1	7,9	7,8	7,8	7,8	7,8	7,8	7,7	-
Europäische Union (EU - 25)	9,0	9,1	8,8	8,6	8,6	8,3	8,3	8,2	8,0	8,0	7,9	7,9	7,9	7,9	7,9	-
Japan	5,3	4,7	4,4	4,5	4,4	4,5	4,1	4,1	4,1	4,0	4,2	4,0	4,2	4,2	4,1	-
USA	6,0	5,5	5,1	5,0	4,9	4,7	4,8	4,7	4,7	4,7	4,6	4,8	4,7	4,6	4,4	-

Verbraucherpreise ⁴																
Deutschland	+1,0	+1,8	+1,9	+2,2	+2,1	+2,1	+2,1	+1,9	+2,3	+2,1	+2,0	+2,1	+1,8	+1,0	+1,1	+1,5
Eurozone (EUR - 12)	+2,1	+2,1	+2,2	+2,3	+2,2	+2,4	+2,3	+2,2	+2,5	+2,5	+2,5	+2,4	+2,3	+1,7	+1,6	+1,8
Europäische Union (EU - 25)	+1,9	+2,1	+2,2	+2,3	+2,1	+2,3	+2,2	+2,1	+2,3	+2,4	+2,4	+2,4	+2,3	+1,9	+1,8	-
Japan	-0,3	-0,1	-0,1	-0,1	-0,2	-0,1	0,0	+0,1	-0,1	0,0	+0,2	+0,2	+0,3	+0,2	+0,1	-
USA	+2,3	+2,7	+3,4	+3,5	+3,4	+4,0	+3,6	+3,4	+3,5	+4,2	+4,3	+4,1	+3,8	+2,1	+1,3	-

Quellen: EUROSTAT, OECD, Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungswerten berechnet, Quartalsangaben auf Basis saisonbereinigter Werte berechnet;

² Jahresangaben = Veränderung in % gegen Vorjahr, Quartalsangaben = Veränderung in % gegen Vorzeitraum;

³ Berechnung auf Basis saisonbereinigter Größen, für Deutschland, EUR - 12 und EU - 25 harmonisierte Daten;

⁴ Veränderung in % gegen Vorjahreszeitraum.

1.7 Internationaler Vergleich – Frühindikatoren

	2005					2006						
	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
USA												
Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe ¹	55,6	54,8	56,7	55,2	57,3	54,4	53,8	54,7	54,5	52,9	51,2	49,5
Auftragseingänge in der Industrie ²	+10,6	+ 7,3	+ 7,1	+10,7	+ 8,5	+ 5,3	+ 6,4	+ 8,0	+ 4,3	+ 7,3	+ 0,6	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	4,5	4,4	4,6	4,7	5,0	5,1	5,1	5,1	4,9	4,7	4,7	4,6
Konsumentenvertrauen ³	91,5	91,2	86,7	88,9	87,4	79,1	84,9	84,7	82,0	85,4	93,6	92,1
Japan												
All-Industry-Activity-Index ⁴	105,4	106,4	105,5	104,6	106,2	106,1	106,1	105,7	106,2	105,2	-	-
Auftragseingänge in der Industrie ⁵	+12,5	+ 9,0	+ 8,9	+11,2	+13,9	+16,2	+15,1	+ 1,1	- 0,4	+ 7,0	-0,0	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	1,5	1,5	1,6	1,7	1,9	1,9	1,9	1,9	1,8	1,7	1,8	1,7
Konsumentenvertrauen ⁶	46,7	49,5	49,9	48,2	50,2	49,9	47,3	48,6	47,8	46,6	48,4	-
Eurozone												
Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe ⁷	53,6	53,5	54,5	56,1	56,7	57,0	57,7	57,4	56,5	56,6	57,0	56,6
Auftragseingänge in der Industrie ⁸	+10,0	+ 6,2	+12,7	+11,6	+ 8,5	+11,9	+ 5,7	+ 9,9	+14,4	+10,2	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,4	3,3	3,5	3,7	3,9	4,0	4,0	4,0	3,9	3,8	3,8	3,7
Konsumentenvertrauen ⁹	-11,1	-11,0	-10,4	-11,0	-10,5	- 9,0	- 9,4	- 8,4	- 8,6	- 8,0	- 7,8	- 7,2

1 Institut for Supply Management (ISM), Indexwerte > 50 (< 50) = Verbesserung (Verschlechterung) der Geschäftslage, saisonbereinigt;

2 US Census Bureau, Veränderung gegen Vorjahresmonat in %;

3 University of Michigan, Index (1. Quartal 1996 = 100);

4 Ministry of Economy, Trade and Industry, Index (2000 = 100), saisonbereinigt;

5 Economic and Social Research Institute, Cabinet Office, Private Machinery, Veränderung gegen Vorjahresmonat in %;

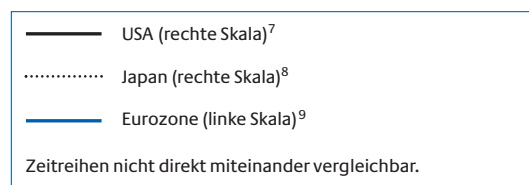
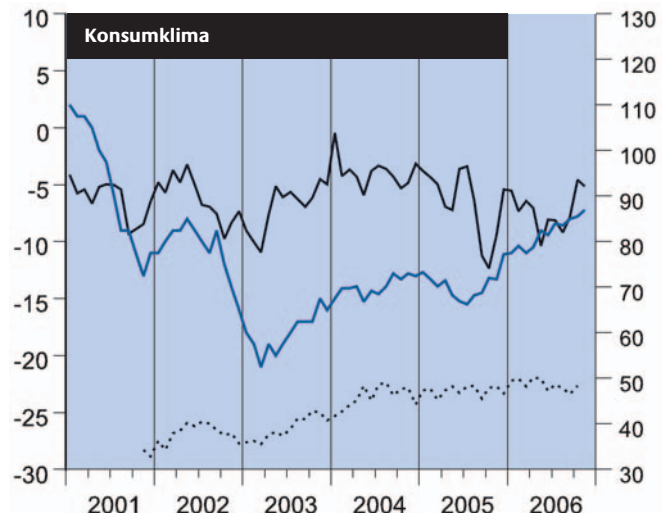
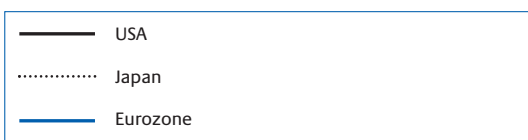
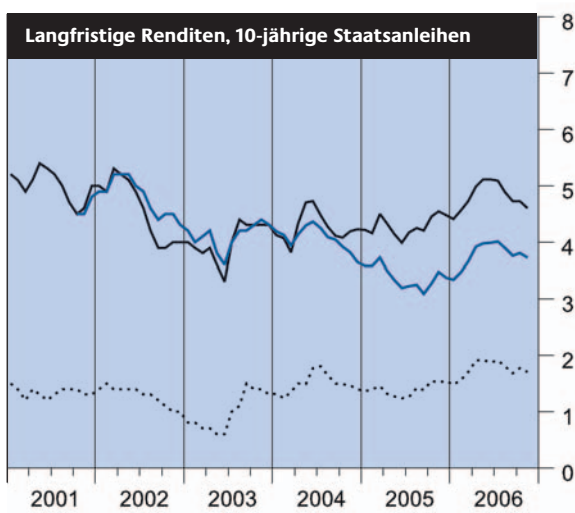
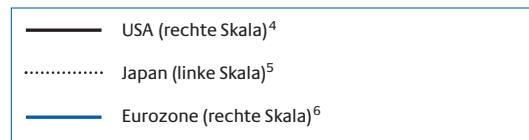
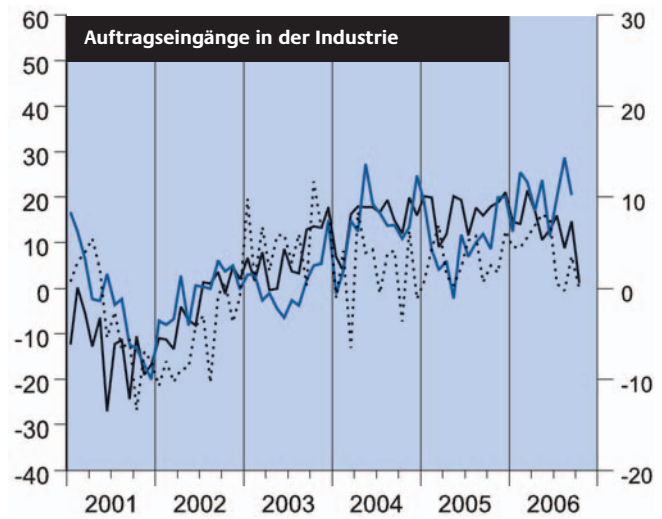
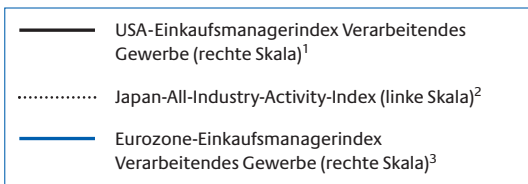
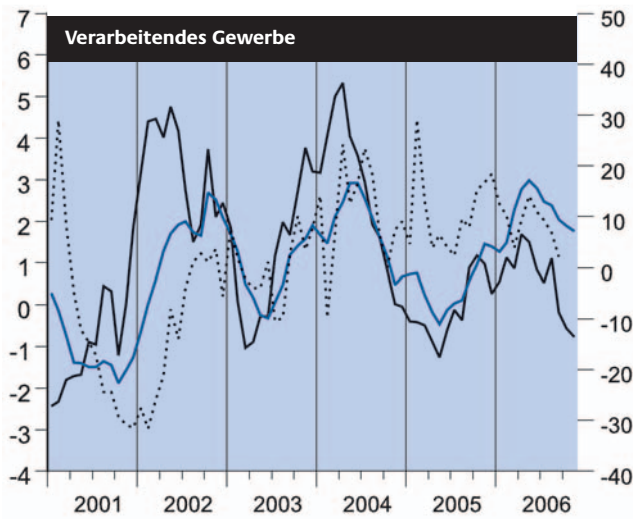
6 Economic and Social Research Institute, Cabinet Office, Indexwerte > 50 (< 50) = Verbesserung (Verschlechterung) des Konsumentenvertrauens, saisonbereinigt;

7 Reuters, Indexwerte > 50 (< 50) = Verbesserung (Verschlechterung) der Geschäftslage, saisonbereinigt;

8 Eurostat, Veränderung gegen Vorjahresmonat in %;

9 EU-Kommission, saisonbereinigte Salden.

1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Frühindikatoren



- 1 Institut for Supply Management (ISM), Indexpunkte > 50 (< 50) = Verbesserung (Verschlechterung) der Geschäftslage, saisonbereinigt;
- 2 Ministry of Economy, Trade and Industry, Index (2000 = 100), saisonbereinigt;
- 3 Reuters, Indexpunkte > 50 (< 50) = Verbesserung (Verschlechterung) der Geschäftslage, saisonbereinigt;
- 4 US Census Bureau, Veränderung gegen Vorjahresmonat in %;
- 5 Economic and Social Research Institute, Cabinet Office, Japan, New Orders, Machinery, By Sector, Private, excl volatile orders, saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahresmonat in %;
- 6 Eurostat, Veränderung gegen Vorjahresmonat in %;
- 7 University of Michigan, Index (1. Quartal 1996 = 100);
- 8 Economic and Social Research Institute, Cabinet Office, Indexpunkte > 50 (< 50) = Verbesserung (Verschlechterung) des Konsumentenvertrauens, saisonbereinigt;
- 9 EU-Kommission, saisonbereinigte Salden.

2. Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion und Kapazitätsauslastung

Bundesrepublik Deutschland

Produktion ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)				
	2006				
	Juli	August	September	Oktober ^p	Sept./Oktober ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	+ 0,7	+ 1,4	- 0,6	- 1,4	- 0,6
Industrie ³	+ 0,6	+ 1,7	- 0,4	- 1,2	- 0,3
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 0,4	+ 2,8	- 1,3	- 0,5	- 0,2
Investitionsgüterproduzenten	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,7	- 1,8	+ 0,2
Konsumgüterproduzenten	+ 0,7	+ 1,7	- 1,1	- 1,6	- 1,1
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 2,7	+ 5,2	- 4,4	- 1,8	- 2,9
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,3	+ 0,9	- 0,3	- 1,5	- 0,6
Energie ⁴	+ 0,8	- 0,6	- 2,9	- 1,9	- 4,0
Bauhauptgewerbe ⁵	+ 3,4	+ 0,1	- 0,7	- 2,3	- 1,8

Produktion ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶				
	2006				
	Juli	August	September	Oktober ^p	Jan.-Oktober ^p
Produzierendes Gewerbe insgesamt	+ 5,3	+ 7,7	+ 5,8	+ 3,4	+ 5,3
Industrie ³	+ 5,8	+ 8,2	+ 6,1	+ 3,9	+ 5,9
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 8,0	+ 10,8	+ 8,6	+ 7,1	+ 7,6
Investitionsgüterproduzenten	+ 5,7	+ 8,1	+ 5,8	+ 3,6	+ 6,0
Konsumgüterproduzenten	+ 1,8	+ 3,5	+ 2,0	- 1,6	+ 2,1
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 7,5	+ 12,7	+ 9,0	+ 4,5	+ 6,4
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,8	+ 2,0	+ 0,6	- 2,9	+ 1,3
Energie ⁴	+ 0,7	+ 2,4	+ 0,9	- 2,1	+ 1,0
Bauhauptgewerbe ⁵	+ 6,1	+ 6,5	+ 7,0	+ 3,0	+ 4,4

Kapazitäts- und Geräteauslastung	In % der betriebsüblichen Vollausslastung (saisonbereinigt ⁷)				
	2005		2006		
	September	Dezember	März	Juni	September
Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe⁸	82,9	84,4	85,0	86,3	86,5

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Preisbereinigt, Index 2000 = 100;

3 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen) = Verarbeitendes Gewerbe – soweit nicht der Energie zugeordnet – sowie Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden;

4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung;

5 Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau;

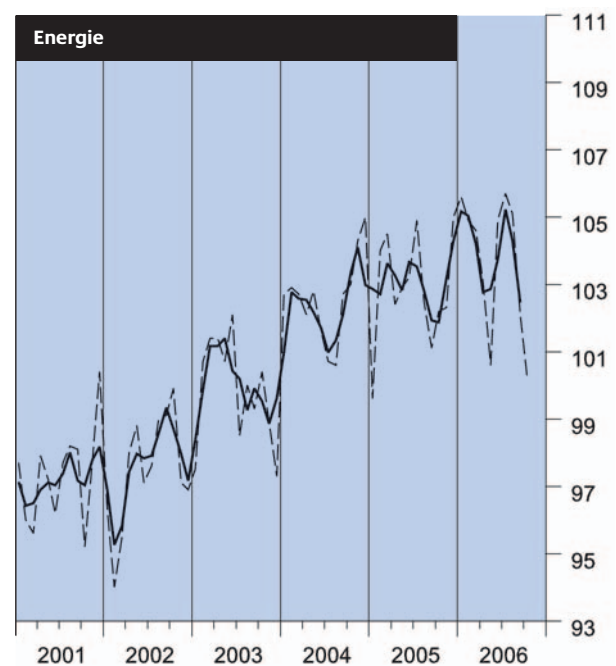
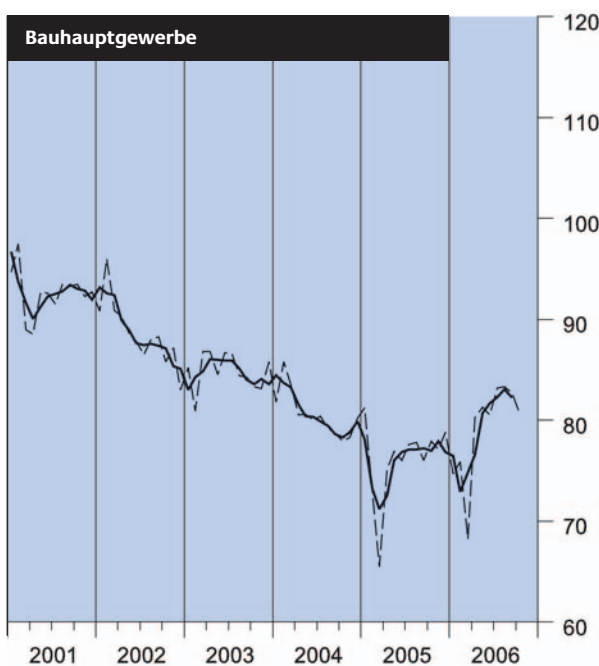
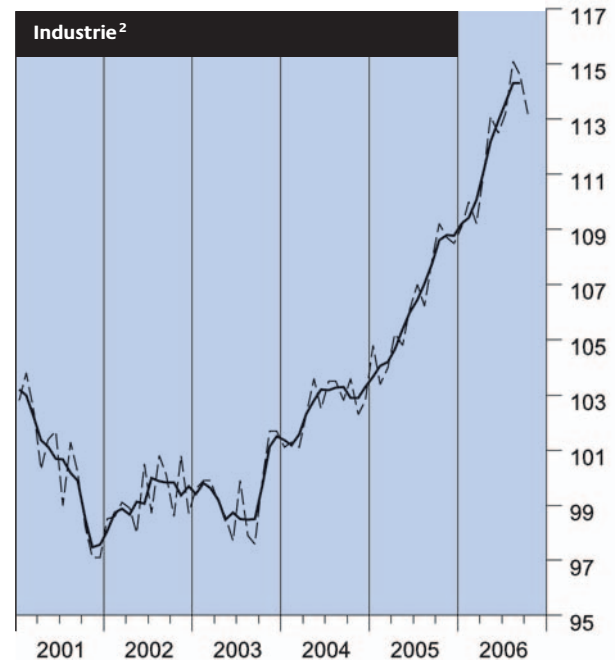
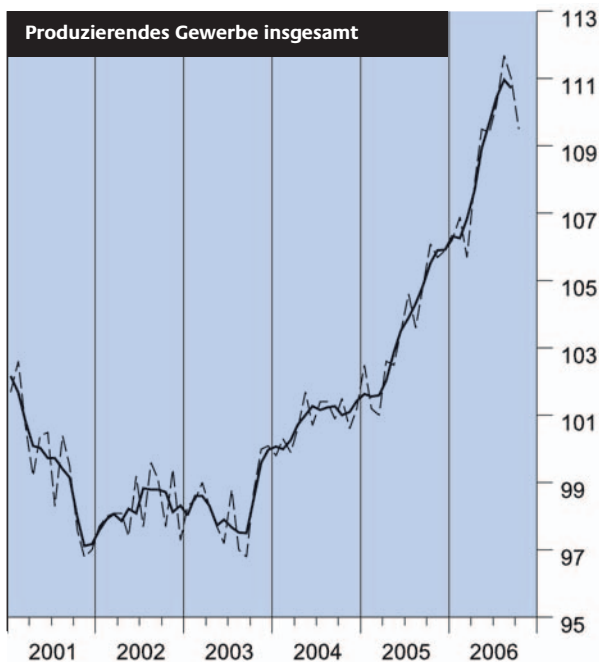
6 Ursprungszahlen arbeitstäglich bereinigt;

7 Saisonbereinigung des ifo-Instituts;

8 Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und ohne Chemische Industrie;

p Vorläufiges Ergebnis.

2.2 Entwicklung der Produktion¹ Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monatsdurchschnitt - - - - - Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.
 1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2000 = 100;
 2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen).

2.3 Auftragseingang der Industrie/ Auftragsbestand des Verarbeitenden Gewerbes

Bundesrepublik Deutschland

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)				
	2006				
	Juli	August	September	Oktober ^P	Sept./Okt. ^P
Industrie insgesamt³	+ 2,1	+ 3,7	- 3,0	- 1,1	- 1,7
Inland	+ 1,5	+ 3,1	+ 1,1	- 2,6	+ 1,3
Ausland	+ 2,7	+ 4,2	- 6,8	+ 0,6	- 4,6
Eurozone	- 1,6	+ 3,0	- 4,2	+ 4,3	- 0,8
Nicht-Eurozone	+ 6,1	+ 5,2	- 8,7	- 2,3	- 7,4
Vorleistungsgüterproduzenten	- 0,3	+ 1,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,9
Inland	- 0,9	+ 1,9	- 0,3	+ 0,1	+ 0,7
Ausland	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,3
Investitionsgüterproduzenten	+ 4,2	+ 5,9	- 5,6	- 2,8	- 4,2
Inland	+ 4,3	+ 5,0	+ 2,4	- 6,5	+ 1,5
Ausland	+ 4,2	+ 6,5	- 11,3	+ 0,2	- 8,4
Konsumgüterproduzenten	+ 1,2	+ 1,8	- 0,5	+ 1,8	+ 1,4
Inland	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,5	+ 2,1
Ausland	+ 1,8	+ 3,0	- 2,8	+ 2,5	- 0,1

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁴				
	2006				
	Juli	August	September	Oktober ^P	Jan.-Okt. ^P
Industrie insgesamt³	+ 8,1	+ 14,6	+ 5,3	+ 10,0	+ 9,9
Inland	+ 6,3	+ 10,1	+ 6,7	+ 10,4	+ 7,3
Ausland	+ 10,0	+ 19,7	+ 4,0	+ 9,7	+ 12,5
Eurozone	+ 5,1	+ 13,2	+ 1,6	+ 7,8	+ 10,6
Nicht-Eurozone	+ 13,9	+ 24,6	+ 6,0	+ 11,3	+ 14,2
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 9,3	+ 12,6	+ 7,7	+ 13,8	+ 10,9
Inland	+ 7,1	+ 10,2	+ 5,2	+ 11,7	+ 8,3
Ausland	+ 12,2	+ 15,9	+ 11,0	+ 16,7	+ 14,4
Investitionsgüterproduzenten	+ 8,7	+ 18,7	+ 4,3	+ 7,5	+ 10,3
Inland	+ 8,2	+ 12,6	+ 10,0	+ 10,2	+ 7,7
Ausland	+ 9,0	+ 23,7	+ 0,1	+ 5,7	+ 12,3
Konsumgüterproduzenten	+ 1,9	+ 4,5	+ 2,1	+ 8,5	+ 3,9
Inland	- 1,7	+ 2,0	+ 0,8	+ 7,2	+ 2,0
Ausland	+ 7,9	+ 9,0	+ 4,3	+ 10,5	+ 6,9
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 2,8	+ 9,5	+ 3,0	+ 12,1	+ 5,8
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 1,5	+ 2,3	+ 1,6	+ 6,4	+ 2,8

Auftragsbestand	Reichweite in Monaten (saisonbereinigt ⁵)							
	2004		2005			2006		
	Dezember	März	Juni	September	Dezember	März	Juni	September
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	2,7	2,6	2,5	2,6	2,6	2,6	2,7	2,8
Vorleistungsgüterproduzenten	2,0	2,0	1,9	1,9	1,9	2,0	2,0	2,1
Investitionsgüterproduzenten	3,6	3,5	3,4	3,6	3,5	3,6	3,8	3,9
Konsumgüterproduzenten	1,9	1,7	1,9	1,8	2,1	2,1	2,2	2,2

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;

2 Preisbereinigt, Index 2000 = 100;

3 Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung; ohne Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen;

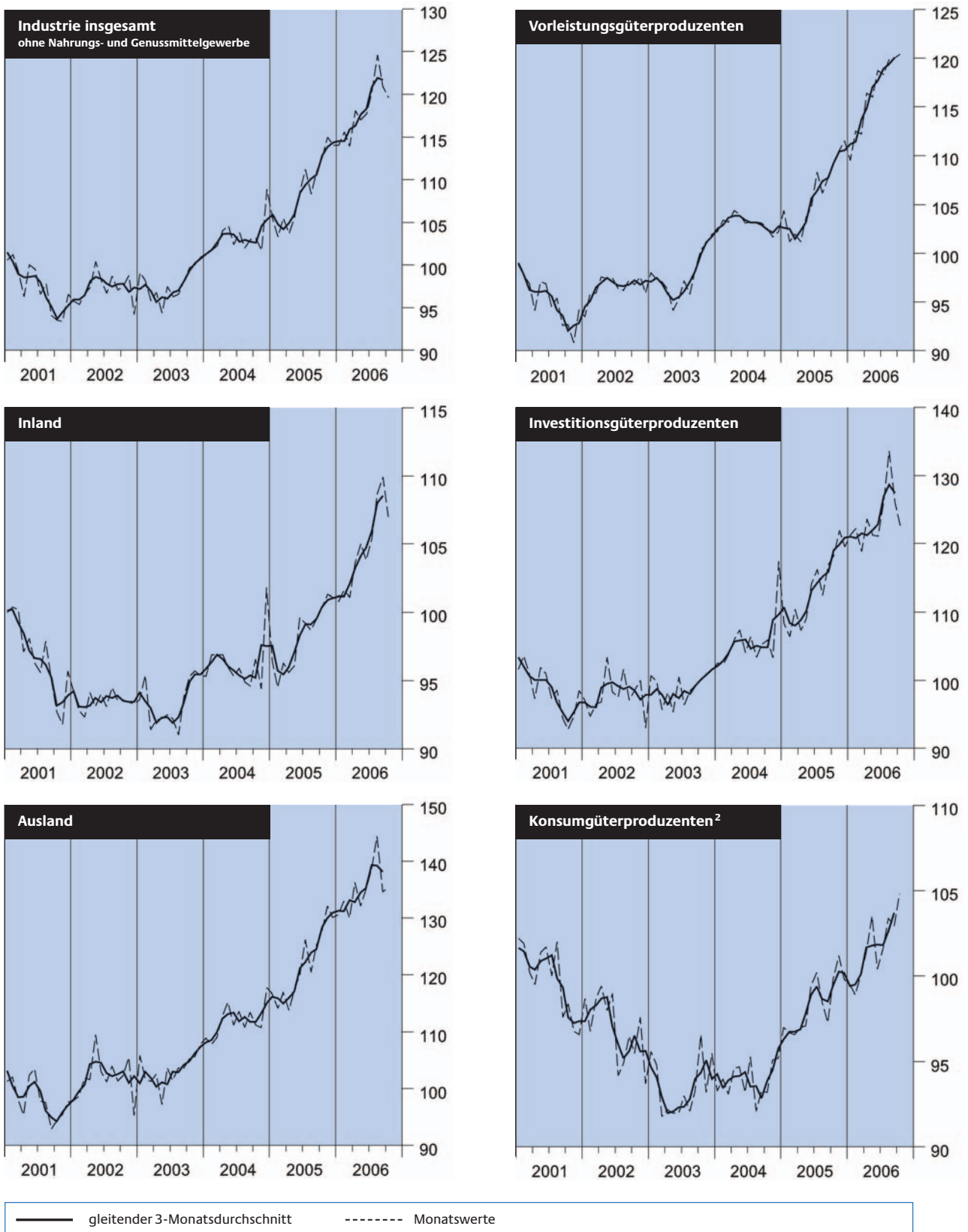
4 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt;

5 Saisonbereinigung des ifo-Instituts;

p Vorläufiges Ergebnis.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie¹

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisbereinigt, Index 2000 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland, Westdeutschland, Ostdeutschland

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ¹)				
	2006				
	3.Vj.	Juli	August	September	Aug. / Sept.
Deutschland					
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 0,4	+ 5,4	- 1,9	- 3,5	- 1,1
Hochbau	+ 0,6	+ 9,3	- 1,1	- 5,2	+ 0,6
Wohnungsbau	+ 0,8	+ 10,8	- 12,0	- 1,5	- 8,2
Hochbau ohne Wohnungsbau	+ 0,4	+ 8,5	+ 5,2	- 7,0	+ 5,7
Tiefbau	- 1,6	+ 1,4	- 2,9	- 1,5	- 2,9
Straßenbau	- 0,3	- 3,6	0,0	- 4,7	- 4,1
Tiefbau ohne Straßenbau	- 2,3	+ 4,7	- 4,7	+ 0,6	- 2,2
Westdeutschland					
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 0,9	+ 6,0	- 0,1	- 5,7	- 0,1
Hochbau	- 0,4	+ 10,6	- 0,4	- 6,6	+ 1,2
Tiefbau	- 1,2	+ 1,1	+ 0,2	- 4,4	- 1,5
Ostdeutschland					
Hoch- und Tiefbau insgesamt	+ 1,1	+ 3,1	- 8,5	+ 4,8	- 4,8
Hochbau	+ 5,9	+ 4,4	- 4,6	+ 1,5	- 1,8
Tiefbau	- 2,3	+ 2,0	- 11,1	+ 7,3	- 6,8

Auftragseingang ²	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³				
	2006				
	3.Vj.	Juli	August	September	Jan. - Sept.
Deutschland					
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 0,1	+ 5,2	- 1,4	- 3,6	+ 4,3
Hochbau	+ 6,0	+ 11,3	+ 14,2	- 5,0	+ 6,7
Wohnungsbau	+ 5,3	+ 14,3	+ 1,5	+ 0,2	+ 4,5
Hochbau ohne Wohnungsbau	+ 6,4	+ 9,7	+ 21,7	- 7,4	+ 7,9
Tiefbau	- 5,6	- 0,4	- 13,4	- 2,1	+ 1,8
Straßenbau	- 5,4	- 2,8	- 8,6	- 4,6	+ 3,3
Tiefbau ohne Straßenbau	- 5,8	+ 1,3	- 16,6	- 0,3	+ 1,0
Westdeutschland					
Hoch- und Tiefbau insgesamt	- 0,2	+ 6,6	- 2,1	- 4,6	+ 4,9
Hochbau	+ 7,5	+ 17,6	+ 15,0	- 6,2	+ 7,4
Tiefbau	- 7,9	- 3,8	- 16,3	- 2,7	+ 2,0
Ostdeutschland					
Hoch- und Tiefbau insgesamt	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,3	- 0,3	+ 2,4
Hochbau	- 0,8	- 10,1	+ 10,4	- 0,4	+ 3,9
Tiefbau	+ 1,0	+ 9,7	- 5,4	- 0,2	+ 1,5

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

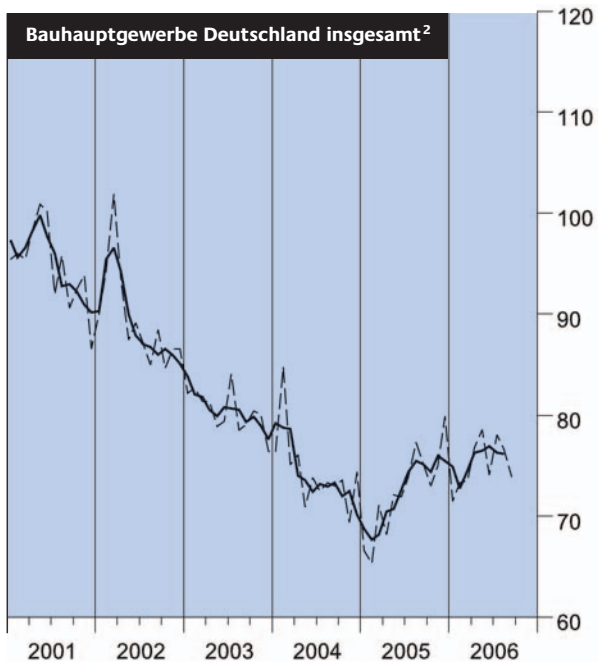
1 Verfahren Census X-12-ARIMA, preisbereinigt, Index 2000 = 100;

2 Einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten; preisbereinigt, Index 2000 = 100;

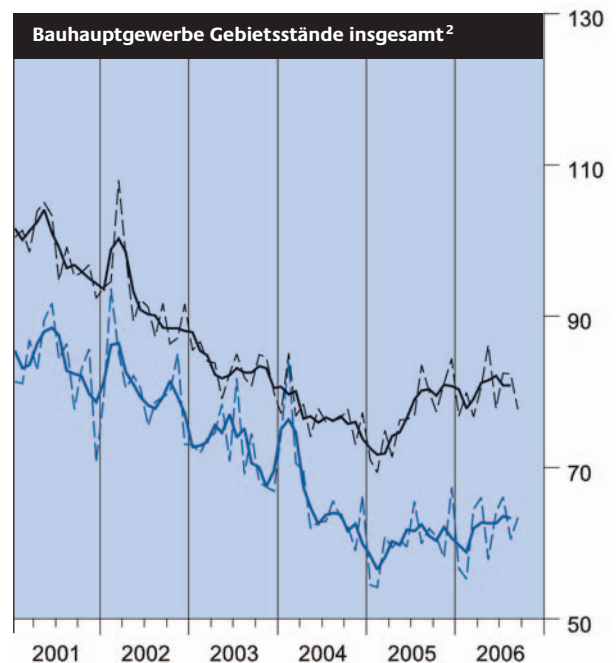
3 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe¹

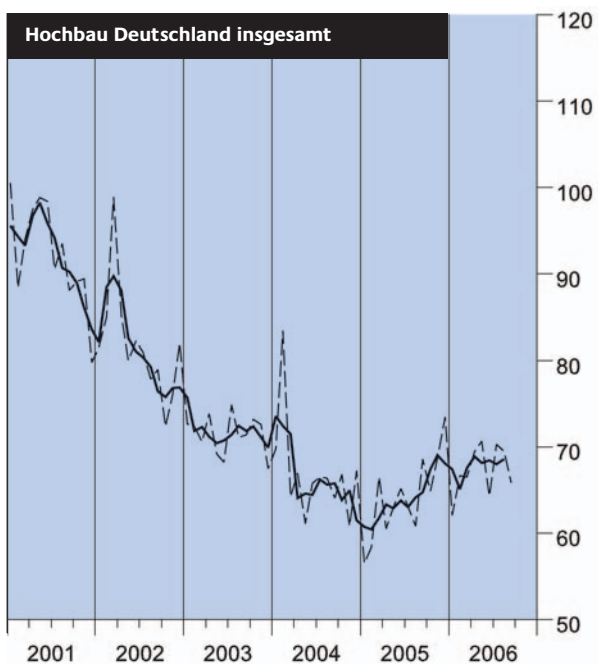
Bundesrepublik Deutschland, Westdeutschland, Ostdeutschland



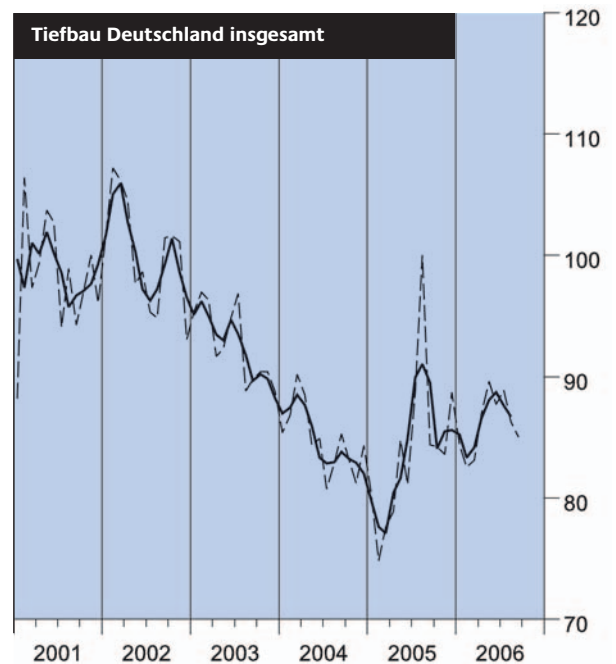
— gleitender 3-Monatsdurchschnitt
 ---- Monatswerte



— gleitender 3-Monatsdurchschnitt Westdeutschland
 ---- Monatswerte Westdeutschland
 — gleitender 3-Monatsdurchschnitt Ostdeutschland
 ---- Monatswerte Ostdeutschland



— gleitender 3-Monatsdurchschnitt
 ---- Monatswerte



Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Index 2000 = 100, saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

² Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten.

2.7 ifo – Geschäftsklima

Bundesrepublik Deutschland

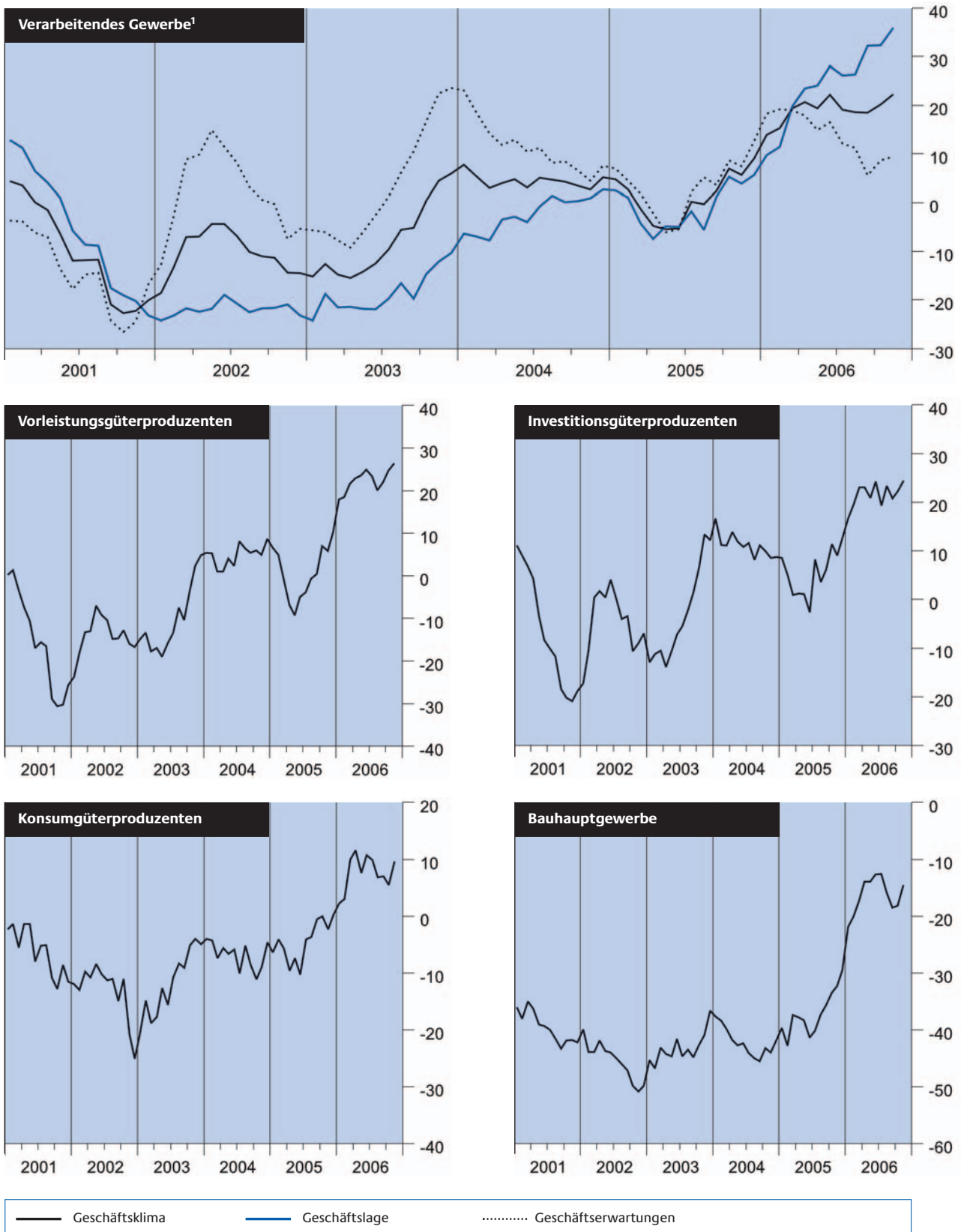
	Salden saisonbereinigt ¹					
	2006					
	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
Gewerbliche Wirtschaft						
Geschäftsklima	+ 12,7	+ 10,3	+ 9,2	+ 9,0	+ 9,8	+ 12,8
Geschäftslage (Beurteilung)	+ 14,7	+ 13,1	+ 13,2	+ 18,3	+ 19,4	+ 23,4
Geschäftslage (Erwartungen)	+ 10,7	+ 7,6	+ 5,2	+ 0,2	+ 0,7	+ 2,7
Verarbeitendes Gewerbe						
Geschäftsklima	+ 22,2	+ 19,1	+ 18,6	+ 18,5	+ 20,2	+ 22,3
Geschäftslage (Beurteilung)	+ 28,0	+ 26,2	+ 26,4	+ 32,2	+ 32,3	+ 35,9
Geschäftslage (Erwartungen)	+ 16,5	+ 12,1	+ 11,2	+ 5,6	+ 8,7	+ 9,5
Vorleistungsgüterproduzenten						
Geschäftsklima	+ 24,9	+ 23,4	+ 20,1	+ 22,0	+ 24,7	+ 26,4
Geschäftslage (Beurteilung)	+ 31,9	+ 33,1	+ 31,3	+ 37,7	+ 37,4	+ 42,5
Geschäftslage (Erwartungen)	+ 18,1	+ 14,0	+ 9,5	+ 7,3	+ 12,7	+ 11,4
Investitionsgüterproduzenten						
Geschäftsklima	+ 24,2	+ 19,3	+ 23,4	+ 20,8	+ 22,3	+ 24,4
Geschäftslage (Beurteilung)	+ 33,7	+ 33,4	+ 34,8	+ 41,7	+ 40,2	+ 42,2
Geschäftslage (Erwartungen)	+ 15,2	+ 6,0	+ 12,6	+ 1,7	+ 5,7	+ 7,8
Konsumgüterproduzenten						
Geschäftsklima	+ 10,7	+ 9,9	+ 6,8	+ 7,0	+ 5,5	+ 9,6
Geschäftslage (Beurteilung)	+ 8,4	+ 5,9	+ 4,5	+ 8,0	+ 8,0	+ 16,1
Geschäftslage (Erwartungen)	+ 13,1	+ 14,0	+ 9,2	+ 6,0	+ 3,1	+ 3,4
Bauhauptgewerbe						
Geschäftsklima	- 12,7	- 12,6	- 15,8	- 18,5	- 18,2	- 14,5
Geschäftslage (Beurteilung)	- 21,3	- 19,4	- 21,8	- 18,4	- 18,0	- 17,6
Geschäftslage (Erwartungen)	- 3,8	- 5,5	- 9,6	- 18,5	- 18,3	- 11,3

Quelle: ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Saisonbereinigungsverfahren des ifo-Instituts.

2.8 Entwicklung des ifo-Geschäftsklimas¹

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo-Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo-Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Einzelhandelsumsatz, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ¹							
	Werte				Volumen			
	2006							
	August	September	Oktober	Sept. / Okt.	August	September	Oktober	Sept. / Okt.
Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen)²	+ 0,3	- 1,3	- 0,3	- 1,3	+ 0,5	- 1,4	- 0,5	- 1,4
darunter: Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	- 3,8	+ 0,4	- 1,8	- 2,4	- 4,1	+ 0,2	- 2,2	- 3,0
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	+ 4,4	- 5,9	+ 2,1	- 2,9	+ 4,5	- 7,3	+ 1,4	- 4,5
Einrichtungsgegenstände, Haushaltsgeräte, Baubedarf	+ 4,3	+ 0,2	- 0,4	+ 2,1	+ 4,5	+ 0,2	- 0,5	+ 2,1
Einzelhandelsumsatz zzgl. Einzelhandelsumsatz mit Kraftfahrzeugen und Tankstellen²	+ 0,8	- 0,7	- 0,1	- 0,4	+ 1,0	- 0,8	- 0,3	- 0,4
darunter: Kraftwagen, -teile und Zubehör	+ 3,2	+ 1,2	+ 0,7	+ 3,1	+ 3,0	+ 1,0	+ 0,7	+ 2,9

	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³							
	2006							
	August	September	Oktober	Jan. - Okt.	August	September	Oktober	Jan. - Okt.
	Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen)²	+ 1,8	- 0,7	0,0	+ 0,8	+ 1,2	- 1,2	- 0,5
darunter: Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	+ 1,1	- 0,7	- 1,7	+ 0,5	- 1,2	- 2,8	- 4,0	- 1,3
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	+ 5,9	- 2,3	+ 0,7	+ 1,3	+ 6,4	- 2,2	+ 0,6	+ 2,1
Einrichtungsgegenstände, Haushaltsgeräte, Baubedarf	+ 3,5	+ 4,1	+ 3,6	+ 1,9	+ 4,7	+ 5,2	+ 4,4	+ 2,9
Einzelhandelsumsatz zzgl. Einzelhandelsumsatz mit Kraftfahrzeugen und Tankstellen²	+ 4,2	+ 0,8	+ 4,0	+ 2,3	+ 3,1	0,0	+ 3,3	+ 1,1
darunter: Kraftwagen, -teile und Zubehör	+ 7,7	+ 2,2	+ 11,5	+ 3,3	+ 5,9	+ 0,6	+ 10,0	+ 1,5

	Salden saisonbereinigt							
	2006							
	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
ifo – Konjunkturtest Einzelhandel⁴								
Geschäftsklima	- 5,7	- 0,4	- 6,0	- 5,7	- 3,8	- 7,4	- 9,2	-
Geschäftslage (Beurteilung)	- 13,4	- 4,2	- 9,8	- 8,6	- 3,3	+ 0,8	+ 5,3	-
Geschäftslage (Erwartungen)	+ 2,3	+ 3,4	- 2,1	- 2,8	- 4,4	- 15,4	- 22,7	-
GfK – Konsumklima⁵	+ 5,9	+ 7,1	+ 7,9	+ 8,5	+ 8,8	+ 9,0	+ 9,3	+ 9,4
darunter: Anschaffungsneigung	+ 37,0	+ 45,3	+ 53,0	+ 57,3	+ 60,3	+ 62,4	+ 63,0	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo – Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung.

1 Saison- und preisbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

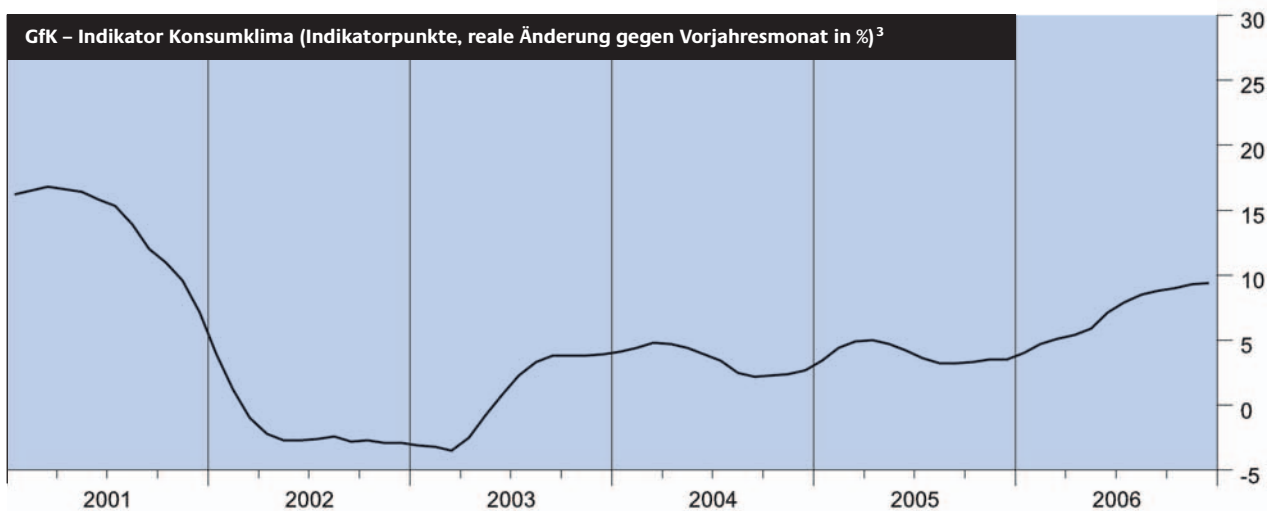
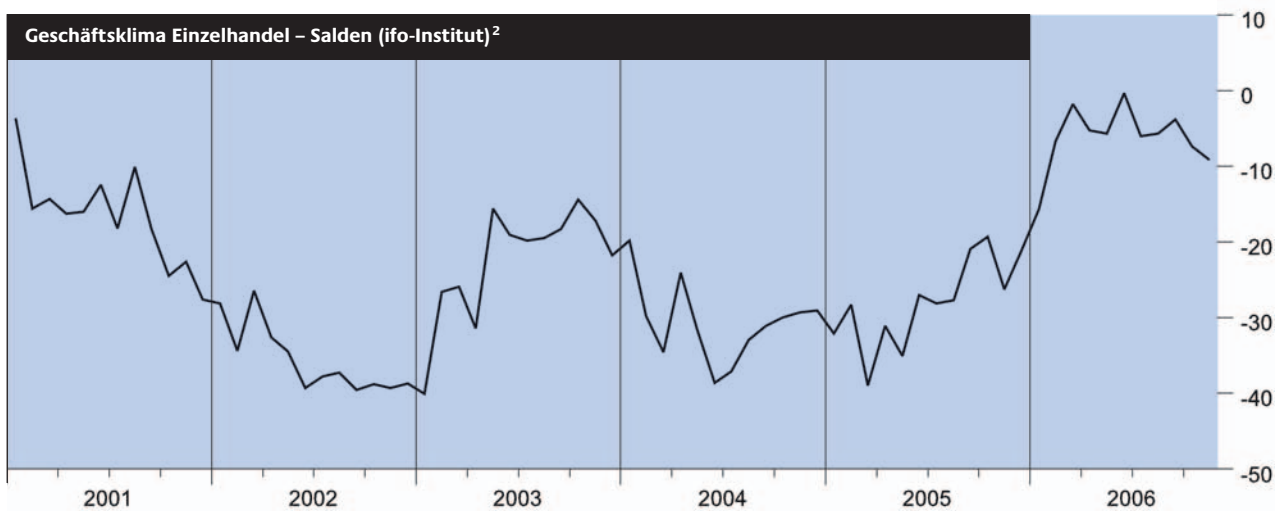
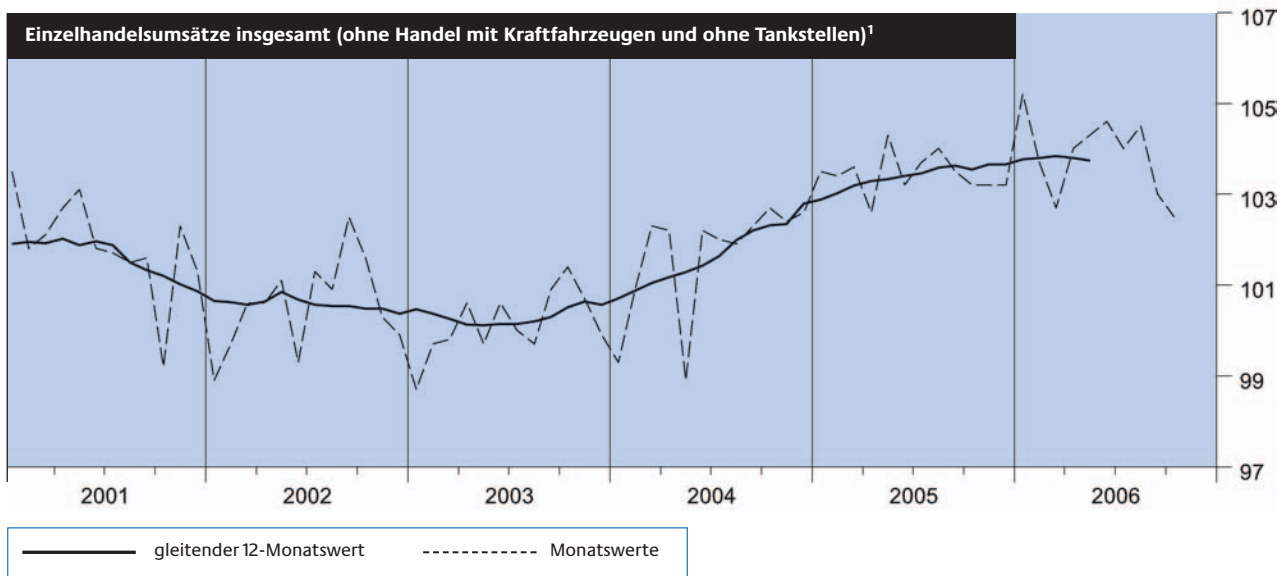
2 Gewichte berechnet ohne Niedersachsen;

3 Index 2003 = 100, Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt; Klassifikation WZ 2003;

4 Saisonbereinigung des ifo-Instituts;

5 Saisonbereinigung der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

3.2 Entwicklung des privaten Konsums



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Index 2003 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo-Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Einfuhr, Ausfuhr, Leistungsbilanz

	Werte in Mrd. Euro					
	2005			2006		
	September	Oktober	Jan.-Okt.	September	Oktober	Jan.-Okt.
Einfuhr (Waren)	54,5	56,8	511,8	63,8	66,8	602,6
Ausfuhr (Waren)	69,4	68,6	648,1	79,5	84,1	737,5
Saldo der						
Handelsbilanz	+ 14,9	+ 11,8	+136,3	+ 15,7	+ 17,3	+134,8
Ergänzungen zum Warenverkehr	- 1,8	- 2,4	- 16,6	- 1,7	- 1,8	- 16,4
Dienstleistungen	- 3,8	- 2,8	- 26,0	- 3,4	- 2,2	- 23,6
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	+ 1,5	+ 1,4	+ 6,5	+ 1,7	+ 1,1	+ 5,5
laufenden Übertragungen	- 2,9	- 2,3	- 23,7	- 2,7	- 2,9	- 21,3
Leistungsbilanz	+ 8,0	+ 5,8	+ 76,6	+ 9,7	+ 11,6	+ 79,0

	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum ¹					
	2006					
	2.Vj.	3.Vj.	August	September	Oktober	Jan.-Okt.
	in Mrd. Euro					
Saldo der						
Handelsbilanz	- 3,1	- 0,6	- 1,0	+ 0,8	+ 5,5	- 1,5
Ergänzungen zum Warenverkehr	- 0,2	0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,2
Dienstleistungen	+ 1,6	+ 0,7	- 0,3	+ 0,4	+ 0,6	+ 2,4
Erwerbs- und Vermögenseinkommen	- 0,8	-0,0	- 0,1	+ 0,2	- 0,4	- 1,1
laufenden Übertragungen	+ 1,5	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	- 0,5	+ 2,4
Leistungsbilanz	- 0,9	+ 0,2	- 1,2	+ 1,7	+ 5,8	+ 2,4
	in %					
Einfuhr (Waren)	+ 14,2	+ 16,2	+ 13,9	+ 17,1	+ 17,6	+ 17,7
Ausfuhr (Waren)	+ 9,7	+ 12,5	+ 9,6	+ 14,5	+ 22,6	+ 13,8

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % (saisonbereinigt ²)					
	Werte			Volumen ³		
	2006					
	September	Oktober	Sept. / Okt.	August	September	Aug. / Sept.
Einfuhr (Waren)	+ 3,6	- 0,2	+ 3,4	+ 0,2	+ 4,4	+ 2,4
Ausfuhr (Waren)	+ 6,5	+ 2,6	+ 8,1	- 0,9	+ 7,0	+ 4,7

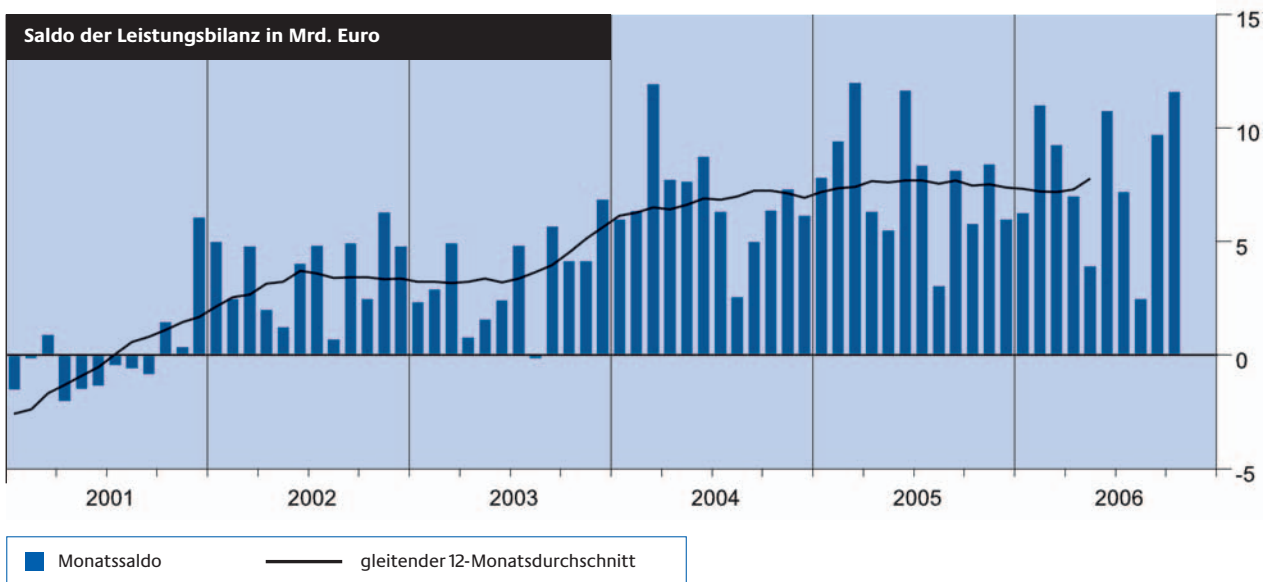
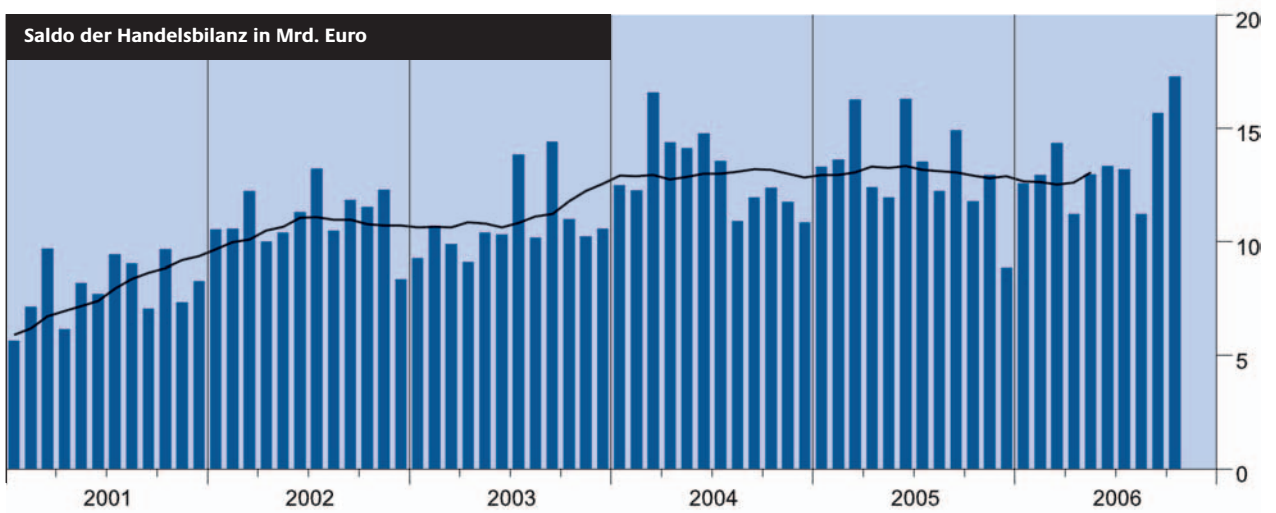
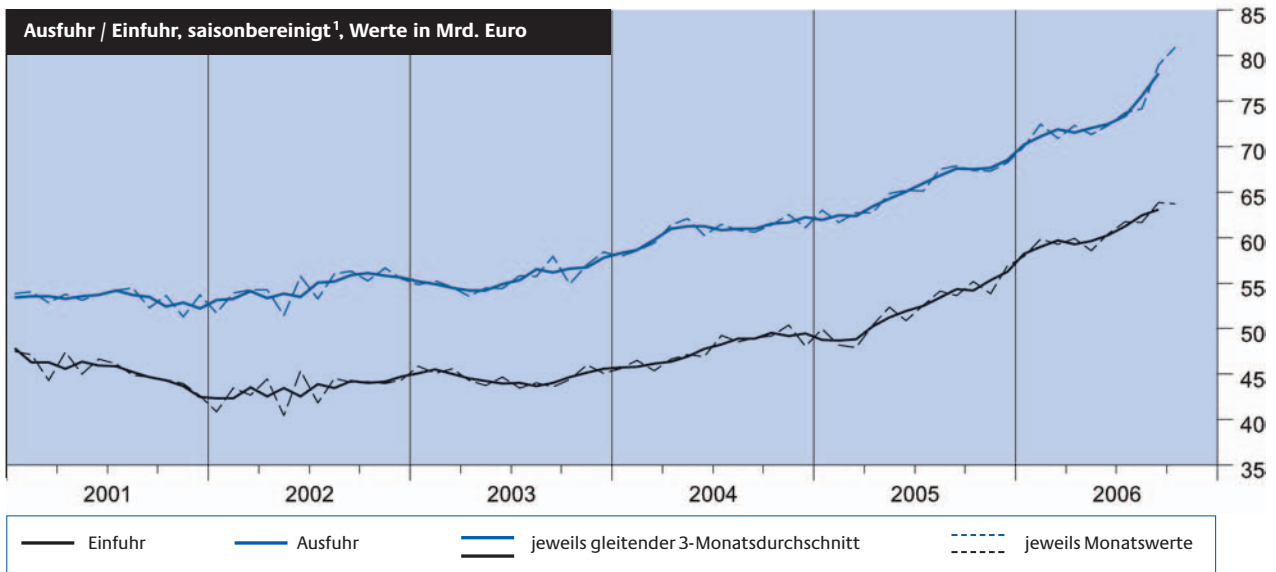
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Ursprungszahlen;

2 Verfahren Census X-12-ARIMA;

3 Mengen bewertet mit Durchschnittswerten des Jahres 2000; Schätzung der Deutschen Bundesbank.

4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.
 1 Verfahren Census X-12-ARIMA.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, Kurzarbeiter, offene Stellen

Bundesrepublik Deutschland

	Ursprungszahlen ⁶					
	2005			2006		
	September	Oktober	November	September	Oktober	November
Erwerbstätige ¹	39 014	39 215	39 255	39 359	39 565	-
Erwerbslose ²	3 350	3 550	3 500	3 470	3 100	-
Erwerbslosenquote in % ²³	7,9	8,3	8,2	8,1	7,3	-
Arbeitslose ⁴	4 647	4 555	4 531	4 237	4 084	3 995
Arbeitslosenquote in % ³⁴	11,2	11,0	10,9	10,1	9,8	9,6
Zugänge an Arbeitslosen ⁴	503	593	571	557	547	541
Abgänge an Arbeitslosen ⁴	635	679	598	676	684	622
Kurzarbeiter ⁴	96	102	98	46	-	-
Offene Stellen ⁴	467	453	422	621	626	609

	Veränderungen gegen Vorzeitraum			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum		
	2006					
	September	Oktober	November	September	Oktober	November
Erwerbstätige ¹	+ 326	+ 206	-	+ 345	+ 350	-
Erwerbslose ²⁷	- 150	- 370	-	+ 120	- 450	-
Arbeitslose ⁴	- 134	- 153	- 89	- 409	- 471	- 536
Kurzarbeiter ⁴	- 2	-	-	- 50	-	-
Offene Stellen ⁴	+ 2	+ 5	- 17	+ 154	+ 173	+ 187

	Saisonbereinigte Zahlen ^{5 6}					
	2006					
	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
Erwerbstätige ¹	38 983	39 018	39 040	39 060	39 088	-
Erwerbslose ²	3 380	3 390	3 500	3 520	3 340	-
Erwerbslosenquote in % ²³	8,0	8,0	8,2	8,3	7,9	-
Arbeitslose ⁴	4 532	4 434	4 433	4 404	4 331	4 245
Arbeitslosenquote in % ³⁴	10,8	10,6	10,6	10,5	10,4	10,2
Offene Stellen ⁴	538	584	591	620	672	704

	Veränderungen gegen Vorzeitraum					
Erwerbstätige ¹	+ 50	+ 35	+ 22	+ 20	+ 28	-
Erwerbslose ²	- 30	+ 10	+110	+ 20	-180	-
Arbeitslose ⁴	- 54	- 98	- 1	- 29	- 73	- 86

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt.

1 Berechnung nach dem Inländerkonzept im Rahmen der Erwerbstätigenrechnung des StBA;

2 Abgrenzung nach IAO, Inländerkonzept, Angaben basieren auf einer neuen Telefonbefragung des StBA, siehe <http://www.destatis.de/arbeitsmarkt>;

3 Basis: alle zivilen Erwerbspersonen;

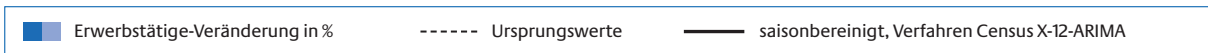
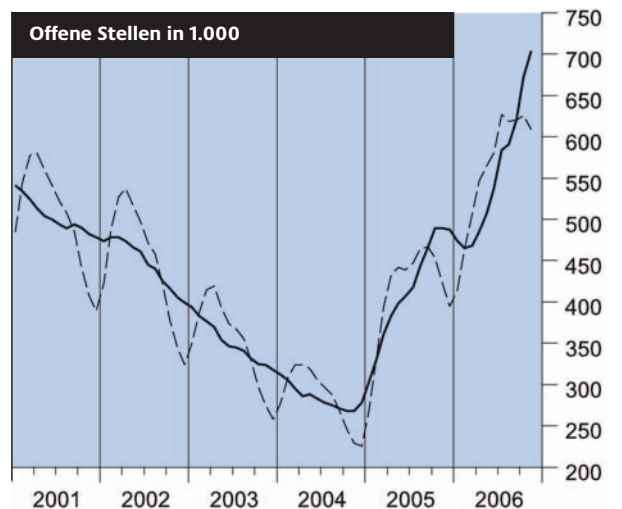
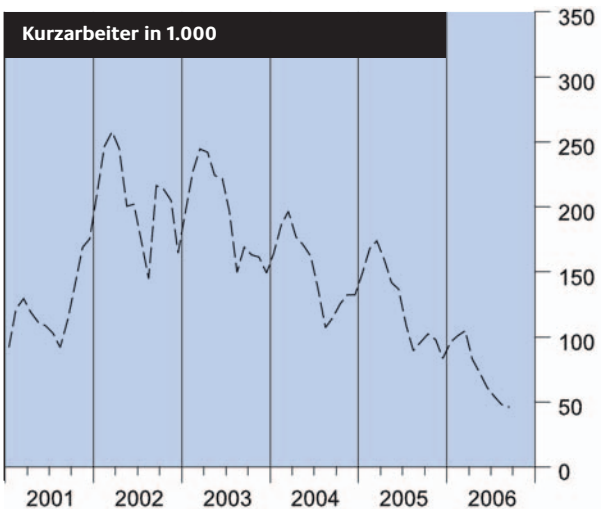
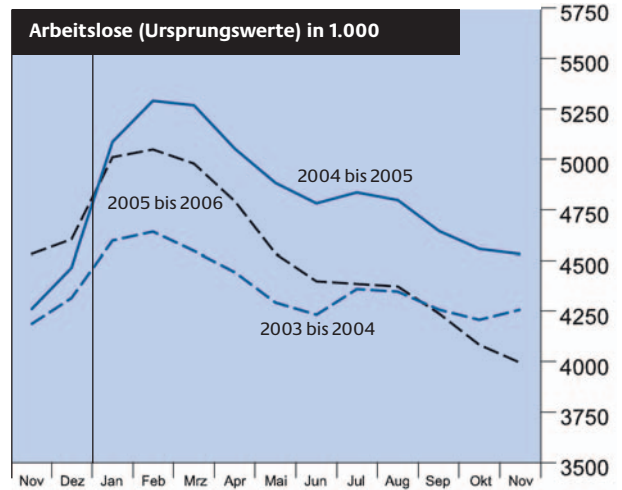
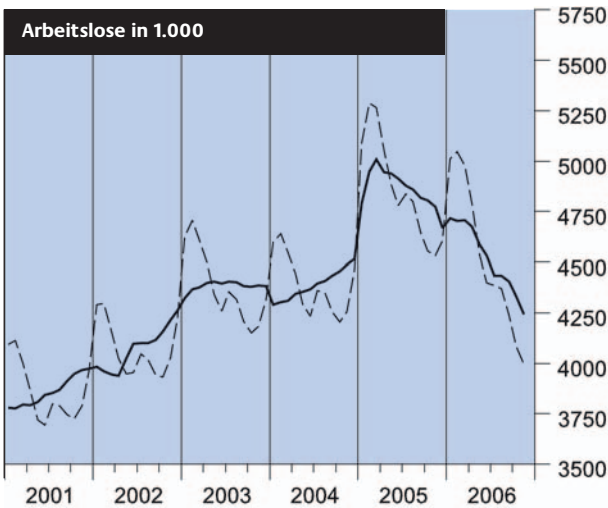
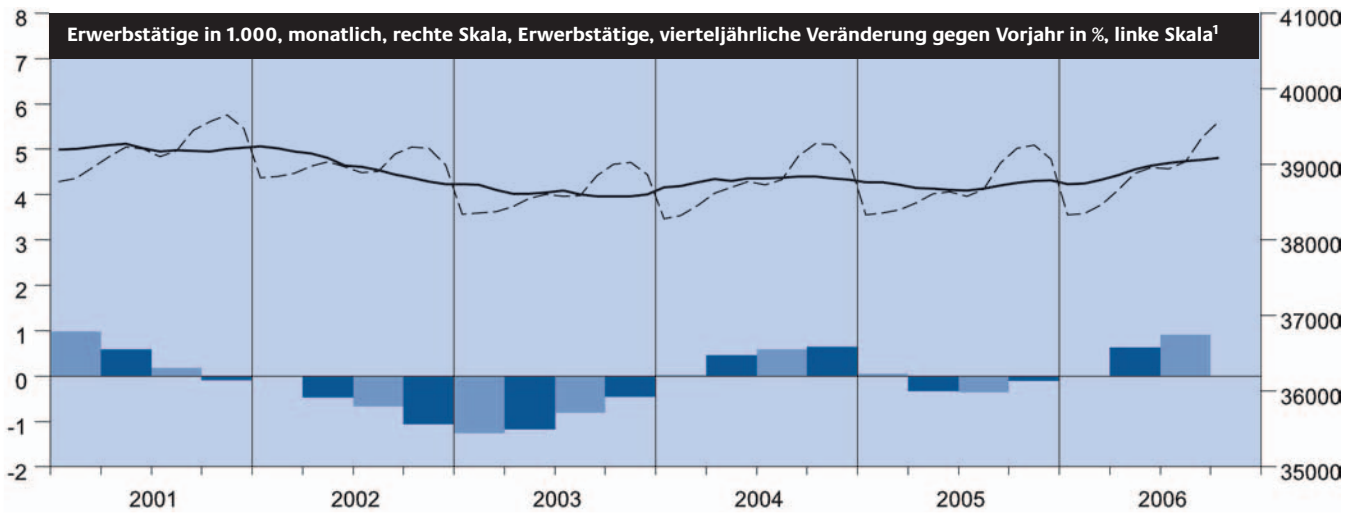
4 Nationale Abgrenzung;

5 Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 In 1.000 Personen, Quoten in %;

7 Vorjahresvergleiche sind nicht möglich, da für die Referenzmonate keine Angaben über Erwerbslose in ausreichender statistischer Qualität verfügbar sind.

5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt.
1 Erwerbstätige nach Inländerkonzept.

5.3 Arbeitslose, Kurzarbeiter, offene Stellen in Westdeutschland

	Ursprungszahlen ⁵					
	2005			2006		
	September	Oktober	November	September	Oktober	November
Erwerbslosenquote in % ¹²	6,8	7,5	7,6	7,3	6,7	-
Arbeitslose ³	3 141	3 099	3 081	2 835	2 738	2 672
Arbeitslosenquote in % ²³	9,5	9,4	9,4	8,5	8,2	8,0
Zugänge an Arbeitslosen ³	337	407	385	373	375	367
Abgänge an Arbeitslosen ³	423	450	403	466	460	424
Kurzarbeiter ³	77	86	81	38	-	-
Offene Stellen ³	357	345	321	478	473	464

	Veränderungen gegen Vorzeitraum			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum		
	2006					
	September	Oktober	November	September	Oktober	November
Arbeitslose ³	- 106	- 97	- 66	- 305	- 360	- 409
Kurzarbeiter ³	- 1	-	-	- 40	-	-
Offene Stellen ³	- 2	- 5	- 9	+ 121	+ 128	+ 143

	Saisonbereinigte Zahlen ⁴⁵					
	2006					
	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
Arbeitslose ³	3 058	2 997	2 970	2 939	2 879	2 816
Arbeitslosenquote in % ²³	9,2	9,0	8,9	8,8	8,7	8,5
Offene Stellen ³	417	457	463	487	521	545

	Veränderungen gegen Vorzeitraum					
	September	Oktober	November	September	Oktober	November
Arbeitslose ³	- 32	- 61	- 27	- 31	- 60	- 63
Offene Stellen ³	+ 23	+ 40	+ 6	+ 24	+ 34	+ 24

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt.

1 Abgrenzung nach IAO, Inländerkonzept, Angaben basieren auf einer neuen Telefonbefragung des StBA, siehe <http://www.destatis.de/arbeitsmarkt>;

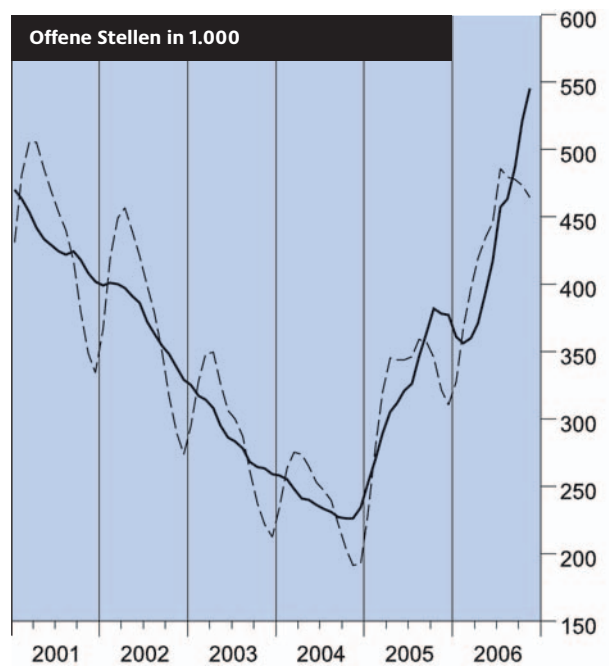
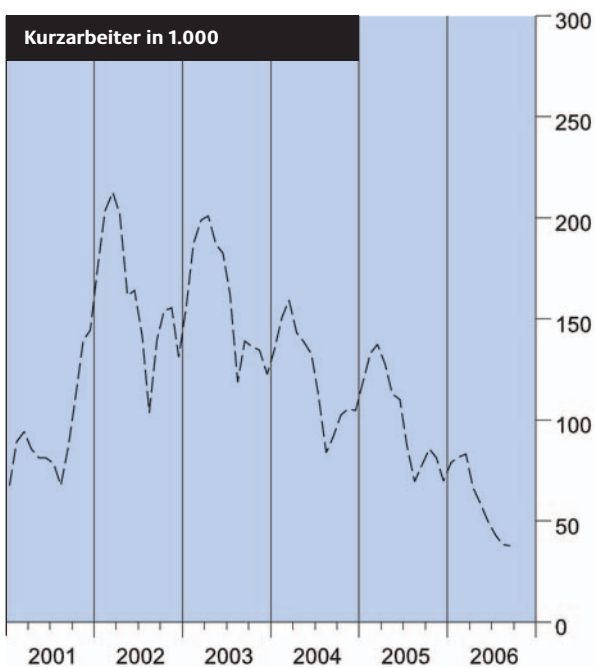
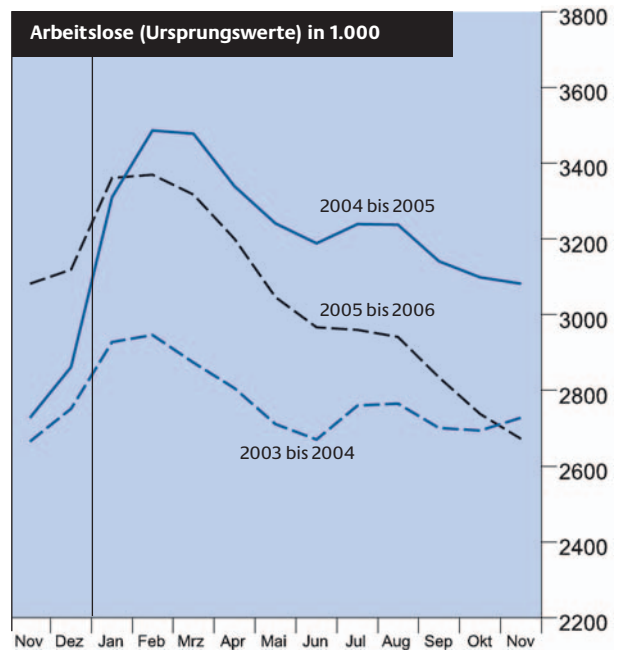
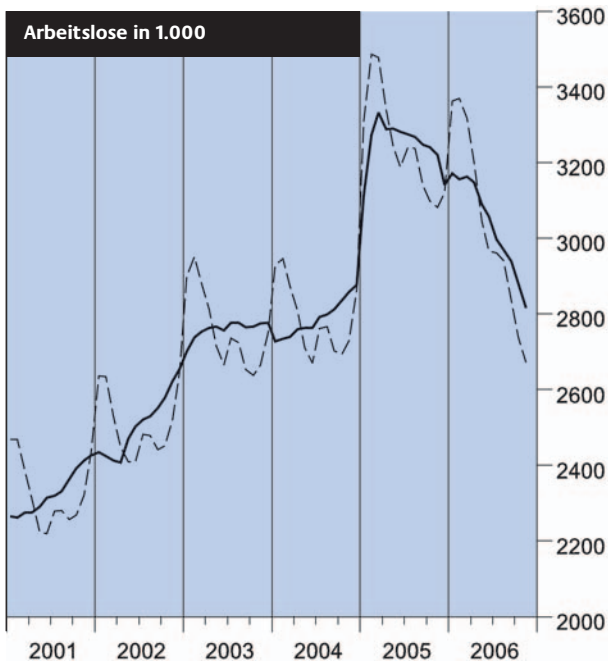
2 Basis: alle zivilen Erwerbspersonen;

3 Nationale Abgrenzung;

4 Verfahren Census X-12-ARIMA;

5 In 1.000 Personen, Quoten in %.

5.4 Entwicklung des Arbeitsmarkts in Westdeutschland



----- Ursprungswerte ——— saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA

5.5 Arbeitslose, Kurzarbeiter, offene Stellen in Ostdeutschland

	Ursprungszahlen ⁵					
	2005			2006		
	September	Oktober	November	September	Oktober	November
Erwerbslosenquote in % ^{1,2}	12,1	11,4	10,5	10,9	9,6	-
Arbeitslose ³	1 506	1 456	1 450	1 402	1 346	1 323
Arbeitslosenquote in % ^{2,3}	17,5	16,9	16,9	16,4	15,7	15,5
Zugänge an Arbeitslosen ³	166	186	186	184	172	175
Abgänge an Arbeitslosen ³	213	229	195	210	224	197
Kurzarbeiter ³	19	17	17	8	-	-
Offene Stellen ³	110	108	100	143	153	145

	Veränderungen gegen Vorzeitraum			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum		
	2006					
	September	Oktober	November	September	Oktober	November
Arbeitslose ³	- 28	- 56	- 23	- 104	- 111	- 127
Kurzarbeiter ³	- 1	-	-	- 10	-	-
Offene Stellen ³	+ 4	+ 10	- 8	+ 33	+ 45	+ 44

	Saisonbereinigte Zahlen ^{4,5}					
	2006					
	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
Arbeitslose ³	1 474	1 437	1 463	1 465	1 452	1 429
Arbeitslosenquote in % ^{2,3}	17,2	16,8	17,1	17,1	17,0	16,7
Offene Stellen ³	121	127	128	133	151	159

	Veränderungen gegen Vorzeitraum					
	September	Oktober	November	September	Oktober	November
Arbeitslose ³	- 22	- 37	+ 26	+ 2	- 13	- 23
Offene Stellen ³	+ 7	+ 6	+ 1	+ 5	+ 18	+ 8

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt.

1 Abgrenzung nach IAO, Inländerkonzept, Angaben basieren auf einer neuen Telefonbefragung des StBA, siehe <http://www.destatis.de/arbeitsmarkt>;

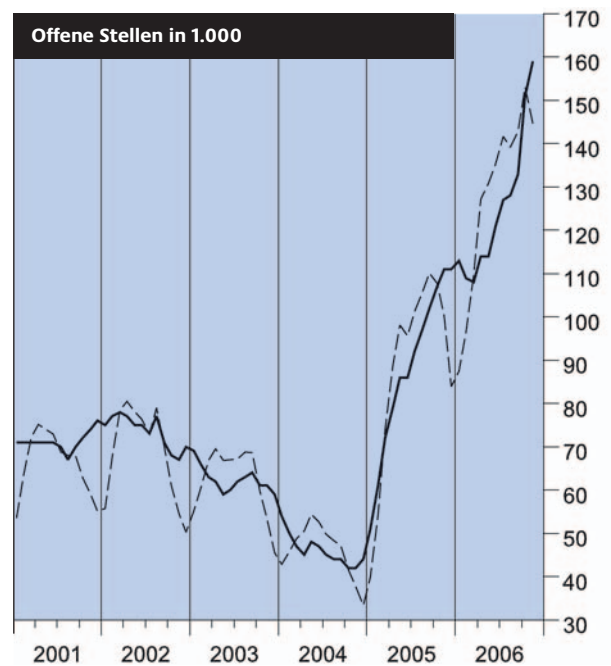
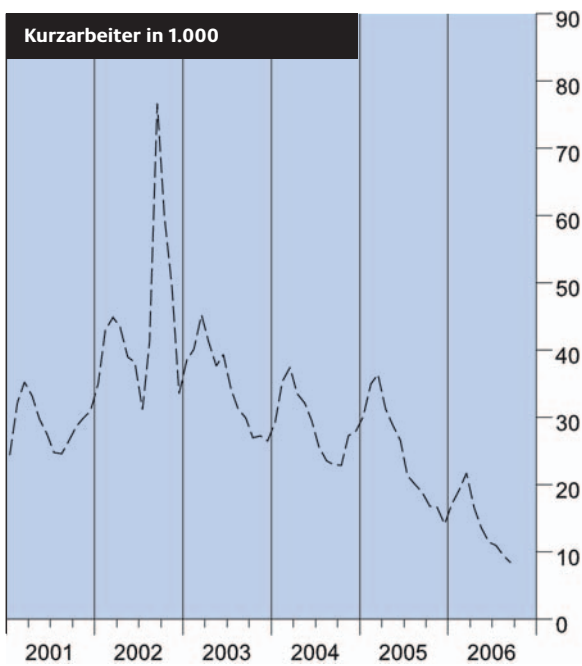
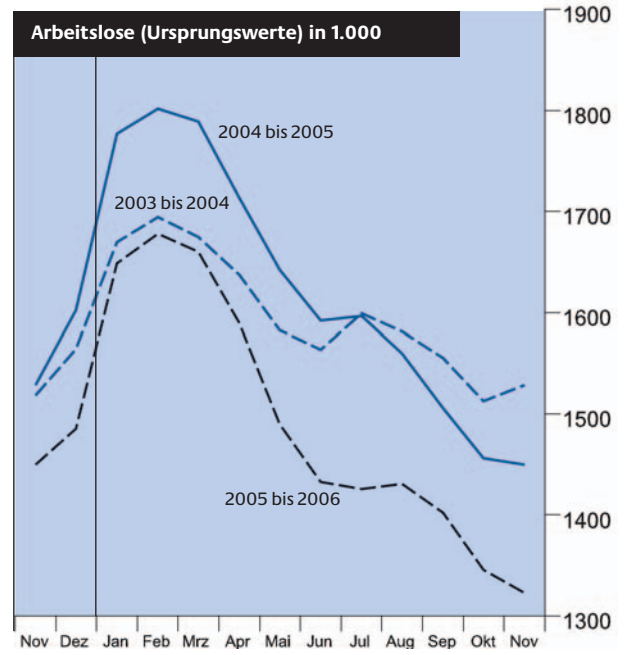
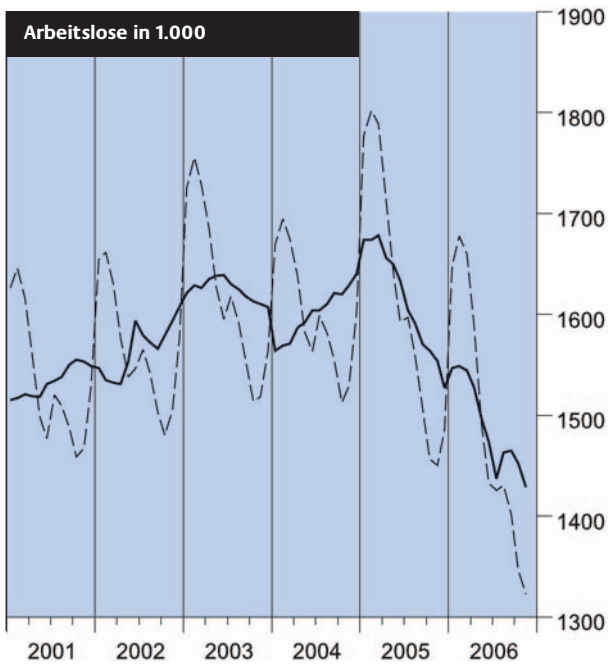
2 Basis: alle zivilen Erwerbspersonen;

3 Nationale Abgrenzung;

4 Verfahren Census X-12-ARIMA;

5 In 1.000 Personen, Quoten in %.

5.6 Entwicklung des Arbeitsmarkts in Ostdeutschland



----- Ursprungswerte ——— saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %		
	2006					
	September	Oktober	November	September	Oktober	November
Verbraucherpreise¹						
Insgesamt	- 0,4	+ 0,1	- 0,1	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,5
Waren	- 0,4	+ 0,3	0,0	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,7
Verbrauchsgüter	- 1,1	+ 0,3	0,0	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,9
darunter: Nahrungsmittel	+ 0,3	- 0,5	+ 0,3	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,1
darunter: Saisonabhängige Nahrungsmittel ²	+ 0,5	- 3,5	+ 1,6	+ 12,4	+ 11,0	+ 11,9
Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer	+ 1,7	+ 0,6	0,0	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Langlebige Gebrauchsgüter	0,0	0,0	+ 0,2	- 0,6	- 0,5	- 0,3
Dienstleistungen	- 0,5	0,0	- 0,3	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1
darunter: Wohnungsmiete	0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,1
nachrichtlich: Kerninflation ³	0,0	+ 0,3	- 0,1	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,1

	September ^p	Oktober ^p	November ^p	September ^p	Oktober ^p	November ^p
HVPI ⁴	- 0,5	+ 0,1	- 0,1	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,5

Erzeugerpreise gewerblicher Produkte⁵						
	September	Oktober	November	September	Oktober	November
Insgesamt	- 0,3	+ 0,3	-	+ 5,1	+ 4,6	-
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 0,2	+ 0,6	-	+ 5,7	+ 5,8	-
Investitionsgüterproduzenten	+ 0,2	+ 0,4	-	+ 0,7	+ 1,0	-
Konsumgüterproduzenten	+ 0,1	+ 0,5	-	+ 1,5	+ 1,6	-
Gebrauchsgüterproduzenten	0,0	+ 0,2	-	+ 0,7	+ 0,8	-
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,2	+ 0,5	-	+ 1,7	+ 1,8	-
Energie	- 1,9	- 0,3	-	+ 12,0	+ 9,5	-

	2006					
	Februar	Mai	August	Februar	Mai	August
Baupreise⁵						
Wohngebäude	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,6	+ 2,8
Straßenbau	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,6	+ 2,3	+ 3,4	+ 5,0

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisindex 2000 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose);

2 Obst, Gemüse (einschl. Kartoffeln), Fische;

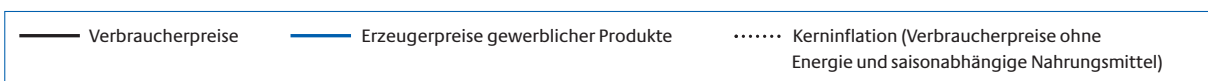
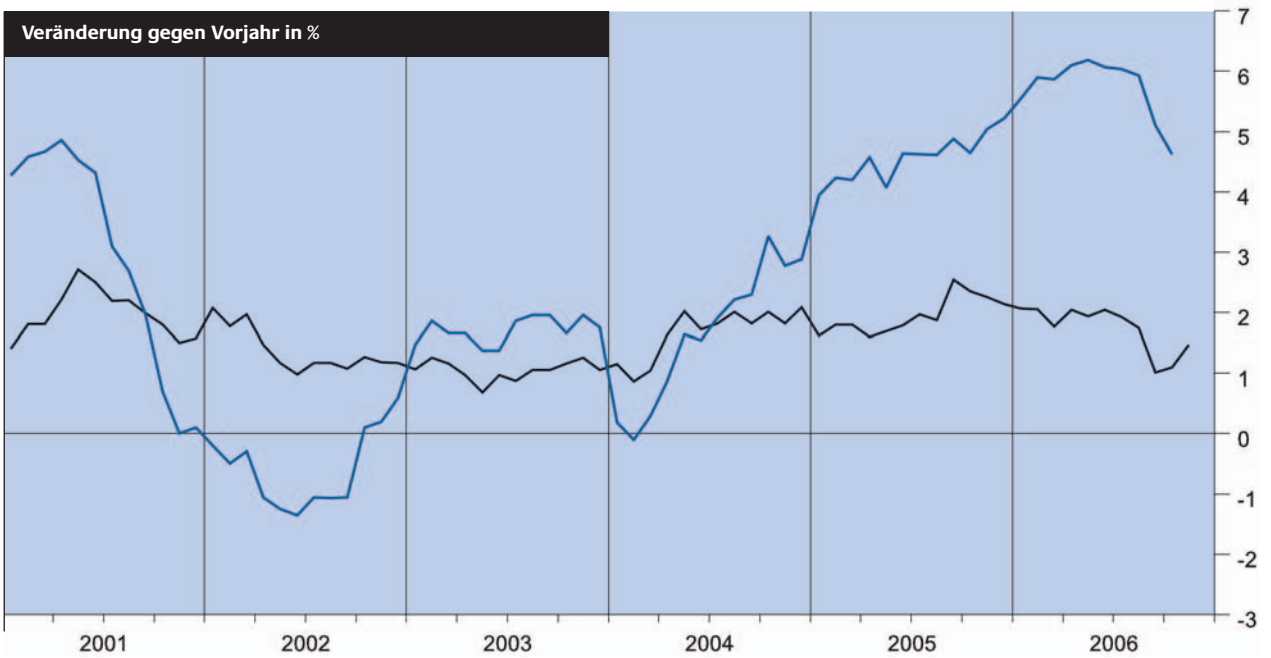
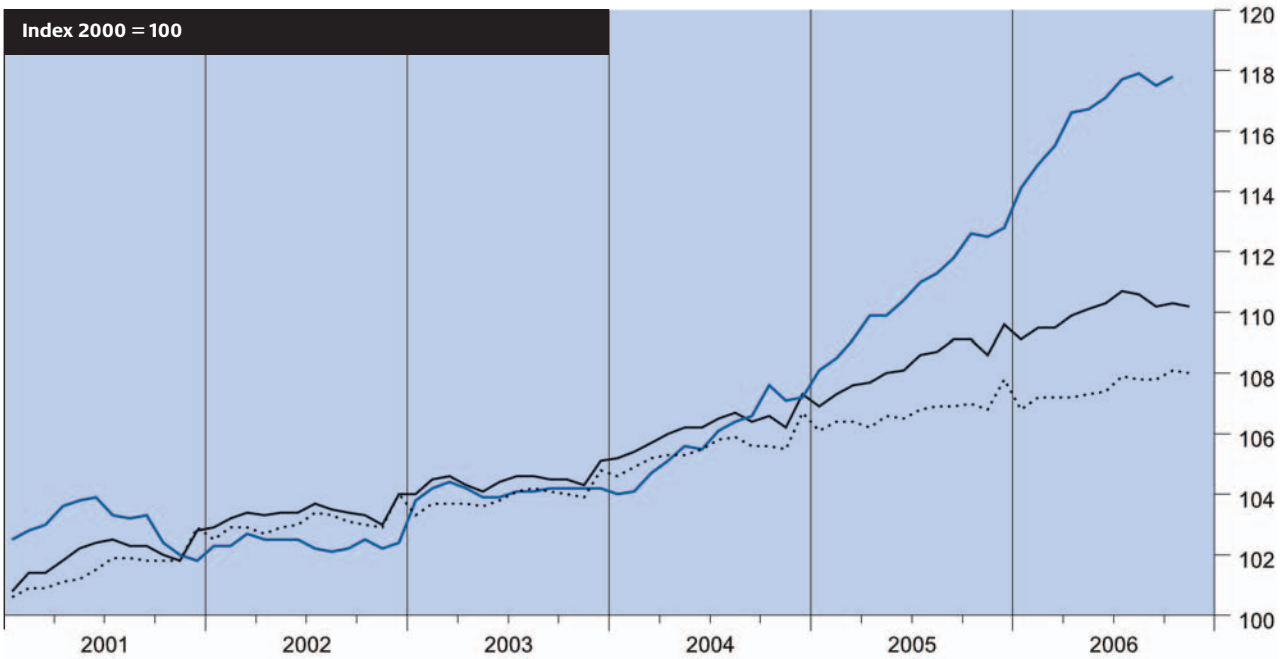
3 Insgesamt ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel;

4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex, Basis 1996 = 100;

5 Preisindex 2000 = 100;

p Vorläufiges Ergebnis.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Kerninflation



6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenwert des Euro, Außenhandelspreise

Bundesrepublik Deutschland

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in %			Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in %		
	2006					
	September	Oktober	November	September	Oktober	November
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹						
Insgesamt	- 10,2	- 3,7	+ 1,1	+ 7,5	+ 8,3	+ 13,7
Nahrungs- und Genußmittel	- 0,2	+ 5,7	+ 7,5	+ 10,6	+ 15,7	+ 24,3
Industrie-Rohstoffe	- 1,4	+ 2,6	- 0,2	+ 36,4	+ 39,4	+ 36,7
Energierohstoffe (Kohle und Rohöl)	- 13,4	- 6,6	+ 0,9	+ 0,5	- 0,1	+ 6,6
Entwicklung des Außenwertes des Euro						
Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar ²	- 0,7	- 0,9	+ 2,2	+ 3,8	+ 5,0	+ 9,3
nominaler effektiver Wechselkurs des Euro ³	- 0,2	- 0,5	+ 0,7	+ 2,4	+ 2,2	+ 3,7
realer effektiver Wechselkurs des Euro ³	- 0,1	- 0,4	+ 0,7	+ 2,3	+ 2,3	+ 3,6
Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ⁴	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,4
Außenhandelspreise⁵						
Einfuhrpreise insgesamt	- 1,3	- 0,3	-	+ 3,7	+ 3,0	-
Güter der Ernährungswirtschaft	- 0,3	- 0,2	-	+ 4,0	+ 3,1	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	- 1,4	- 0,4	-	+ 3,7	+ 2,9	-
Rohstoffe und Halbwaren	- 5,3	- 2,1	-	+ 11,7	+ 8,8	-
Fertigwaren	+ 0,2	+ 0,4	-	+ 0,9	+ 1,0	-
Ausfuhrpreise insgesamt	0,0	+ 0,4	-	+ 2,3	+ 2,5	-
Terms of Trade	+ 1,3	+ 0,7	-	- 1,3	- 0,5	-

Quellen: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 HWWA-Index auf US-Dollar-Basis, 2000 = 100;

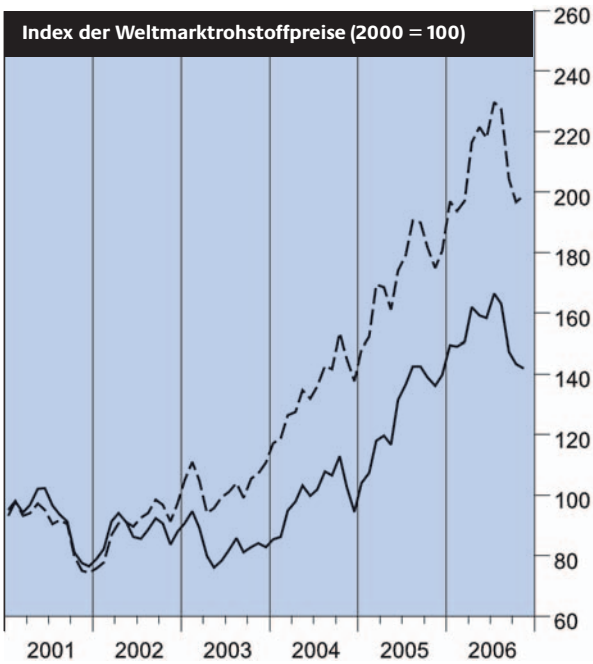
2 1999 = 100;

3 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung Deutsche Bundesbank; EWK-23-Gruppe: Durchschnitte der Euro Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit erwerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Lettland, Litauen, Malta, Norwegen, Polen, Schweden, Schweiz, Singapur, Slowakei, Slowenien, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten sowie Zypern und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;

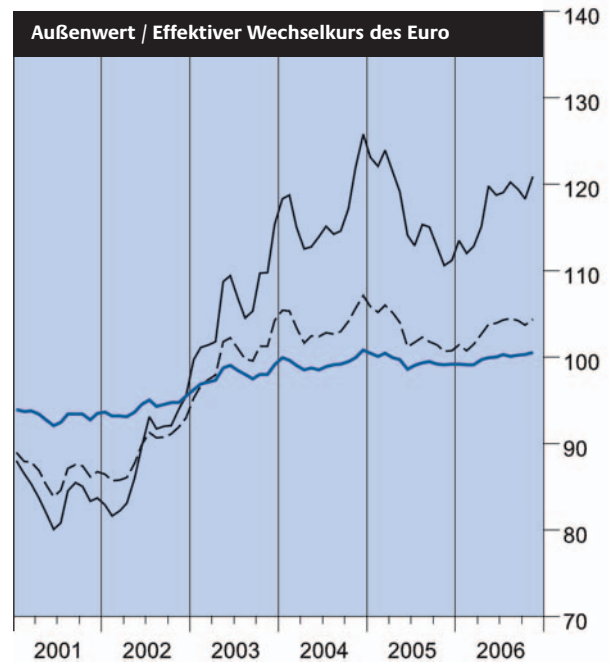
4 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (19 Industrieländer);

5 Index 2000 = 100.

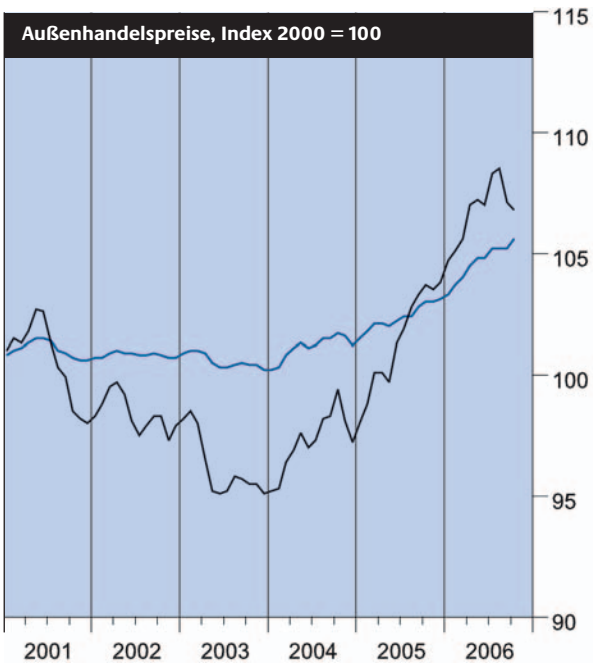
6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro



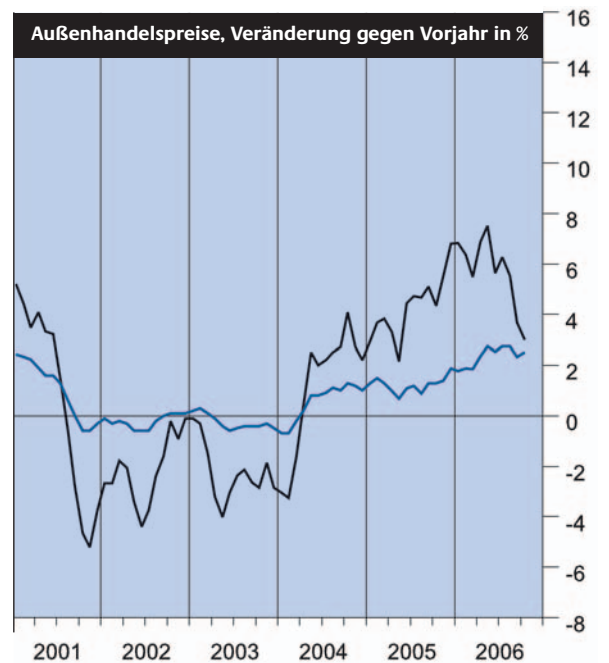
— auf Euro - Basis
- - - auf US-Dollar - Basis



— Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar 1999 = 100
- - - Nominaler effektiver Wechselkurs des Euro¹; 1. Quartal 1999 = 100
— Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit²



— Einfuhrpreise — Ausfuhrpreise



Quellen: HWWA-Institut, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung Deutsche Bundesbank; EWK-23-Gruppe: Durchschnitte der Euro Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Lettland, Litauen, Malta, Norwegen, Polen, Schweden, Schweiz, Singapur, Slowakei, Slowenien, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten sowie Zypern und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;

2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (19 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

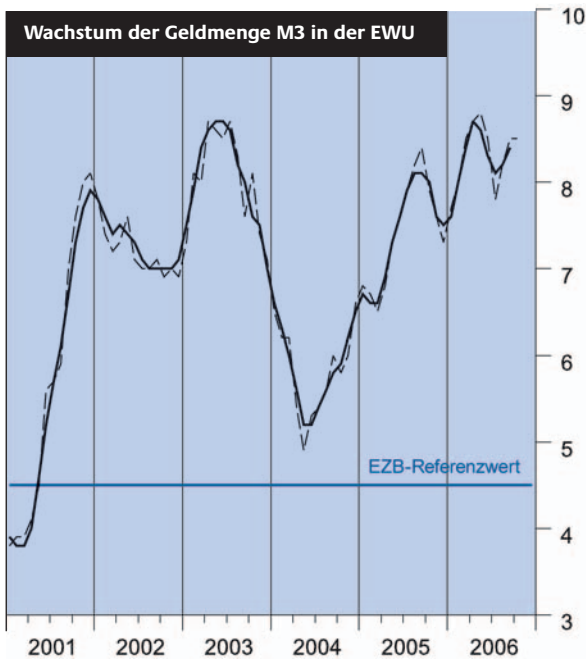
7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes, Wechselkurse

	Ursprungszahlen in % p.a., Monatsdurchschnitte					
	2006					
	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
3-Monats EURIBOR	2,99	3,10	3,23	3,34	3,50	3,60
6-Monats EURIBOR	3,16	3,29	3,41	3,53	3,64	3,73
12-Monats EURIBOR	3,40	3,54	3,62	3,72	3,80	3,86
Umlaufrendite 3-5-jähriger Bundesanleihen	3,66	3,75	3,68	3,63	3,69	3,67
Umlaufrendite 5-8-jähriger Bundesanleihen	3,83	3,90	3,79	3,69	3,74	3,69
Umlaufrendite 9-10-jähriger Bundesanleihen	3,96	4,01	3,88	3,75	3,79	3,71

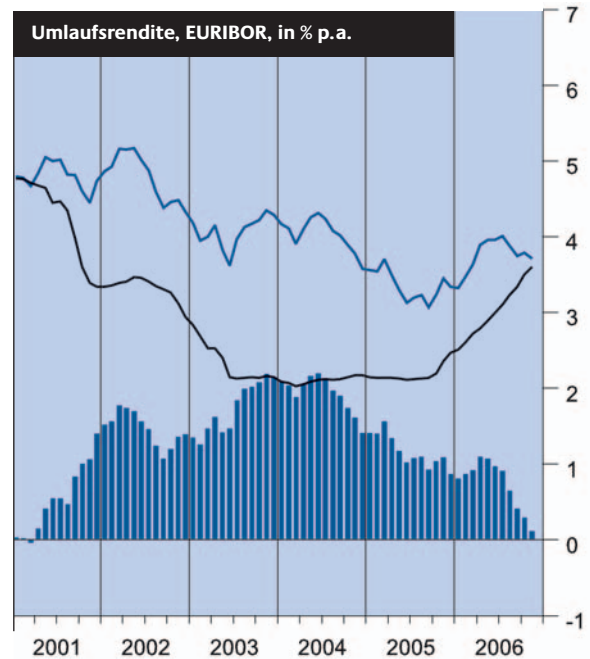
	Veränderungen zum Vorjahr in %, saisonbereinigt ¹					
	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
Wachstum der Geldmenge M1	+ 9,3	+ 7,4	+ 7,2	+ 7,2	+ 6,3	-
Wachstum der Geldmenge M1 3-Monatsdurchschnitt	+ 9,0	+ 8,0	+ 7,3	+ 6,9	-	-
Wachstum der Geldmenge M3	+ 8,5	+ 7,8	+ 8,2	+ 8,5	+ 8,5	-
Wachstum der Geldmenge M3 3-Monatsdurchschnitt	+ 8,3	+ 8,1	+ 8,2	+ 8,4	-	-
Kredite an Nichtbanken in der EWU	+ 11,5	+ 11,8	+ 11,9	+ 12,2	+ 12,0	-
Kredite an Nichtbanken in Deutschland	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5	+ 1,9	-
darunter: Buchkredite in der EWU	+ 11,0	+ 11,1	+ 11,3	+ 11,4	+ 11,2	-
Buchkredite in Deutschland	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,0	-

	Ursprungszahlen, Monatsdurchschnitte					
	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
Dollarkurs (Euro / US-Dollar)	1,2650	1,2684	1,2811	1,2727	1,2611	1,2881
Deutscher Aktienindex (DAX 30)	5683,31	5681,97	5859,57	6004,33	6268,92	6309,19
Euro Stoxx (50)	3648,92	3691,87	3808,70	3899,41	4004,80	3987,23
Dow Jones Industrial Average	10997,97	11032,53	11257,35	11533,60	11963,12	12185,15

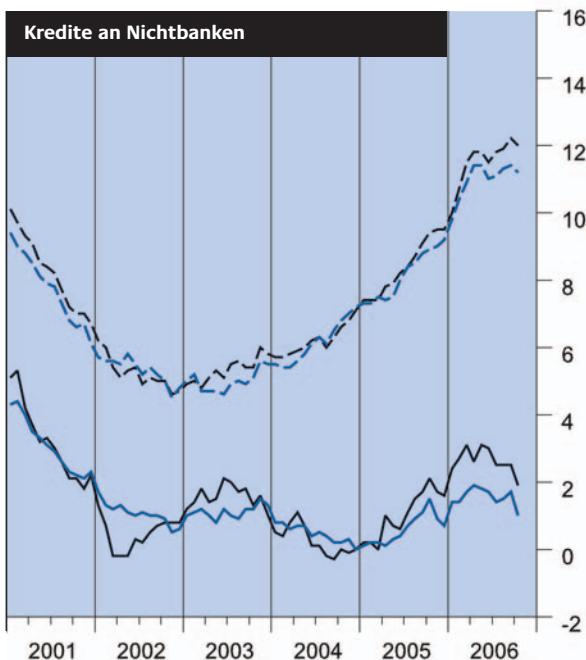
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



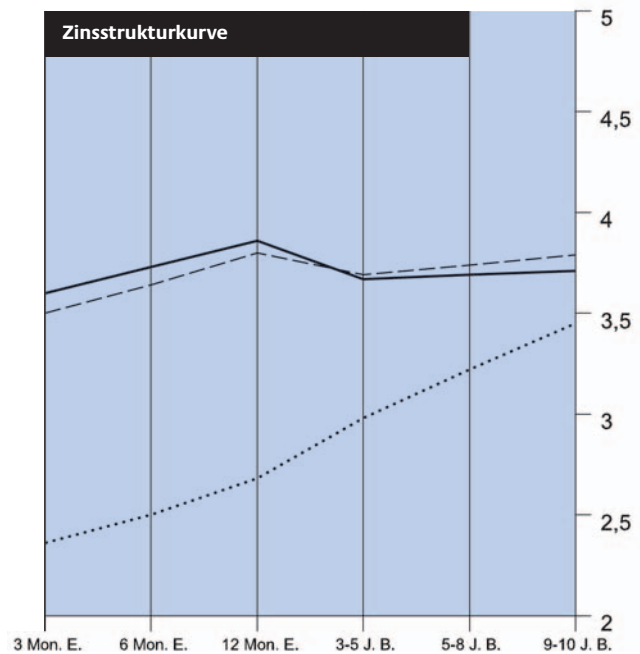
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %¹
 - - - - - monatlich
 ——— gleitender 3-Monatsdurchschnitt



Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR ■
 ——— EURIBOR 3-Monatsgeld²
 ——— Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit²



Veränderung gegen Vorjahr in %
 Deutschland ——— EWU - - - - -
 darunter: Buchkredite Deutschland ———
 Buchkredite EWU - - - - -



Monatsdurchschnitte EURIBOR 3-Monatsgeld /
 Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
 ——— laufender Monat (November 2006)
 - - - - - Vormonat
 Vorjahresmonat

Quelle: Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;

2 Jahresraten.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6 - 8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem soweit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzelatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge, etc.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen, etc.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo-Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, etc.)

Obgleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in sogenannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo-Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei soweit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zu Grunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo-Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie:

Dr. Michael Fraas (Strom- und Gasmärkte)

Gerlind Heckmann (Außenwirtschaft China)

Rudolf Lepers (EU-Ratspräsidentschaft)

Mathias Kesting und Joachim Kaiser
(wirtschaftliche Lage)

Notizen

Notizen

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.